



Bundesamt
für Bevölkerungsschutz
und Katastrophenhilfe

AKNZ-Fachkongress 2017

Betreuungswesen im Bevölkerungsschutz-
Konzepte und Perspektiven für die Zukunft



Dokumentation



BBK. Gemeinsam handeln. Sicher leben.

AKNZ-Fachkongress 2017

Betreuungswesen im Bevölkerungsschutz- Konzepte und Perspektiven für die Zukunft

Erstellt von: Ulf Krüger

Unter der Mitarbeit der benannten Referenten und Moderatoren

Bildnachweis: BBK

Ausgabe: 01

Stand: Februar 2018

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis.....	4
Vorwort.....	5
Programm.....	6
Moderatoren und Referenten.....	9
Reden.....	10
Christoph Unger: Begrüßung zum AKNZ-Fachkongress „Betreuungswesen im Bevölkerungsschutz – Perspektiven und Konzepte für die Zukunft“	11
Hans-Peter von Kirchbach: Ist das Betreuungswesen noch zeitgemäß? – Von der Vergangenheit in die Zukunft.....	14
Jörg M. Haas: Betreuungswesen heute-Komplexes Hilfeleistungssystem.....	23
Harald Lewin: Betreuungswesen heute-Soziale Betreuung/ PSNV	28
Leander Strate, Klaus-Dieter Schinkel: Betreuungswesen heute- Kooperation mit Dritten /Wohlfahrt	35
Udo Rosentreter: Betreuungswesen heute-Einsatzkonzepte/ Betreuungsplatz 500	52
Marian Sauter: Betreuungswesen heute-Ausbildung und Ehrenamt.....	58
Dr. Alexander Götz: Zivile Verteidigung aus Sicht der Länder	67
Dr. Karsten Michael: Betreuungsdienst im Zivilschutz	82
Prof. Dr. Wolf Dombrowsky: Betreuung im Bevölkerungsschutz.....	88
David Fabi: Erdbeben in Italien- Notunterbringung von Bevölkerung.....	89
Shinichi Egawa: Fukushima „Großflächige Evakuierung“	110
Christoph Unger. Verabschiedung.....	146
Ergebnisse der Workshops	147
Workshop 1: Großflächige Evakuierungen, Bevölkerungsbewegungen.....	148
Workshop 2: Material- und Logistikkonzepte / Ressourcenmanagement	154
Workshop 3: Fähigkeiten und Kompetenzen: Anforderungen an die Betreuungshelfer	158
Workshop 4: Schnittstellen zwischen den Akteuren und spezielle Bedarfe der Betroffenen	160
Workshop 5: Soziale Betreuung / PSNV	162
Workshop 6: Einsatzkonzept trifft Wirklichkeit.....	165
Workshop 7: Wahrnehmung des Betreuungsdienstes	167
„Der Workshop in einer Schlagzeile“ – 7 Thesen zu 7 Workshops.....	168
Kontakte:	169

Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

der erste AKNZ-Fachkongress ist erfolgreich zu Ende gegangen.

Er stand 2017 unter dem Titel „Betreuungswesen im Bevölkerungsschutz- Perspektiven und Konzepte für die Zukunft“.

Unter dem Motto „von Fachleuten für Fachleute des Bevölkerungsschutzes“ konnten wir uns an drei Tagen in Bad Breisig Zeit nehmen, um uns vor allem über die Zukunft des Betreuungswesens im Bevölkerungsschutz Gedanken zu machen und gemeinsam auszutauschen. Wir haben dies aus unterschiedlichen Perspektiven vollzogen und in mehreren Workshops wertvolle Impulse für eine zukunftsweisende Weiterentwicklung dieses so wichtigen Fachdienstes erarbeiten können.

Ich freue mich, dass unser methodischer Ansatz der „Entschleunigung“ bei Ihnen so gut angekommen ist, was die Evaluierung belegt. Die Mischung aus sinnvollen Inputs über Fachvorträge mit intensiven Workshop-Phasen, um für den fachlichen Austausch Raum zu geben, wird für die weiteren AKNZ-Fachkongresse die „Methode der Wahl“ bleiben.

Ich darf mich an dieser Stelle daher nochmals für Ihre sehr engagierte Mitarbeit bedanken.

Mit dieser Dokumentation wollen wir Ihnen die uns vorliegenden Vorträge und die Ergebnisse der Workshops zur Verfügung stellen verbunden mit der Bitte, die erarbeiteten Vorstellungen und Thesen zu einem zukunftsweisenden Betreuungswesen aktiv in Ihren Wirkungsbereichen weiter zu diskutieren und konstruktiv zu realisieren.

Ihr Thomas Mitschke

Programm

Moderation: Marion Heymel, Dieter Franke

Mittwoch, 29.11.2017		
12:45	Begrüßung, Ziel des Kongresses	Christoph Unger Thomas Mitschke
13:00	Ist das Betreuungswesen noch zeitgemäß? - Von der Vergangenheit in die Zukunft	Hans-Peter von Kirchbach
13:45	Betreuungswesen heute – DRK - Komplexes Hilfeleistungssystem Betreuungswesen heute – MHD - Soziale Betreuung / PSNV	Jörg Haas Harald Lewin
14:30	Pause	
15:00	Betreuungswesen heute – JUH - Kooperation mit Dritten / Wohlfahrt Betreuungswesen heute – DLRG - Einsatzkonzepte / Betreuungsplatz 500 Betreuungswesen heute – ASB - Ausbildung und Ehrenamt	Klaus-Dieter Schinkel, Leander Strate Udo Rosentreter Marian Sauter
16:30	Betreuungswesen heute – Informations- und Gedankenaustausch (in den Räumen Koblenz, Linz, Rheinpfalz, Breisig, Mainz)	Referenten der Hilfsorganisationen
18:00	Abendessen	

Donnerstag, 30.11.2017		
09:00	... aktuelle Entwicklungen: Die Konzeption Zivile Verteidigung (KZV) - Bedeutung für das Betreuungswesen Zivile Verteidigung aus Sicht der Länder - Zivilschutz & Katastrophenschutz Betreuungsdienst im Zivilschutz	Christine Bullmann Dr. Alexander Götz Dr. Karsten Michael
10:30	Pause	
11:00	...Stationengespräche: Fragestellungen im Betreuungswesen	
	Station 1: Großflächige Evakuierungen, Bevölkerungsbewegungen	Jens Naumann
	Station 2: Material- und Logistikkonzepte / Ressourcenmanagement	Jörg Haas, Thomas Herrschelmann, Dr. Christa-Maria Krieg
	Station 3: Fähigkeiten und Kompetenzen: Anforderungen an die Betreuungshelfer	Ulf Krüger, Marian Sauter
	Station 4: Schnittstellen zwischen den Akteuren und spezielle Bedarfe der Betroffenen	Richard Krings, Klaus-Dieter Schinkel, Leander Strate
	Station 5: Soziale Betreuung / PSNV	Julian Brückner, Clivia Langer, Frank Meurer
	Station 6: Einsatzkonzept trifft Wirklichkeit	Frank Eichhorn, Udo Rosentreter
	Station 7: Wahrnehmung des Betreuungsdienstes	Marcel Kübel, Sonja Sage
12:30	Mittagspause	
14:00	...Workshops zu den Stationen 1 - 7	Moderatoren der Stationengespräche
15:30	Pause	
16:00	Betreuung im Bevölkerungsschutz - Vortrag und Diskussion	Prof. Dr. Wolf Dombrowsky
18:00	Abendessen	
19:30	Rahmenprogramm (Konzert)	Band „menino“

Freitag, 01.12.2017		
09:00	...über den Tellerrand: Erdbeben Italien: „Notunterbringung von Bevölkerung“ Fukushima: „Großflächige Evakuierung“	David Fabi Shinichi Egawa M.D., Ph.D., F.A.C.S. Professor
10:00	Pause	
10:30	„Der Workshop in einer Schlagzeile“ - Ergebnisdarstellung	Moderatoren der Workshops
11:00	Podiumsdiskussion: Betreuungswesen im Bevölkerungsschutz: Wiederbeleben oder neu erfinden? Moderation Im Anschluss: offene Fragerunde	Marlis Cremer Dr. Wolfram Geier Prof. Dr. Wolf Dombrowsky Jörg Haas Benedikt Liefländer Gerold Reichenbach Steffi Lingscheidt
12:30	Abschluss/Verabschiedung	Christoph Unger
	im Anschluss: Möglichkeit zum Imbiss	

Moderatoren und Referenten

Name	Funktion
Julian Brückner	Generalsekretariat, MHD
Christine Bullmann	Referatsleiterin, Bundesinnenministerium
Marlis Cremer	Amt für Rettungswesen und Bevölkerungsschutz Städteregion Aachen
Prof. Dr. Wolf Dombrowsky	Steinbeis Hochschule Berlin
Shinichi Egawa	M.D., Ph.D., F.A.C.S. Professor, Tohoku University
Frank Eichhorn	Dozent IV.2 , BBK / AKNZ
David Fabi	National Department of Civil Protection of Italy
Dieter Franke	Pädagogischer Leiter AKNZ, Referatsleiter IV.1, BBK
Dr. Wolfram Geier	Abteilungsleiter II, BBK
Dr. Alexander Götz	Abteilungsleiter 3, Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport
Jörg Haas	Generalsekretariat, DRK, Stv. Bundes-K-Beauftragter
Marion Heymel	Referentin II.1, BBK
Hans-Peter von Kirchbach	General a. D., Ehrenpräsident der JUH e.V., Berlin
Dr. Christa-Maria Krieg	Referatsleiterin III.4, BBK
Richard Krings	Landesverband Nordrhein- Westfalen , JUH
Ulf Krüger	Dozent IV.2 , BBK / AKNZ
Marcel Kübel	Landesverband Nordrhein- Westfalen , JUH
Clivia Langer	Generalsekretariat, MHD
Harald Lewin	Generalsekretariat, MHD
Benedikt Liefländer	Generalsekretariat, MHD
Steffi Lingscheidt	Journalistin Südwestrundfunk
Dr. Karsten Michael	Abteilungsleiter III, BBK
Thomas Mitschke	Leiter AKNZ, BBK
Jens Naumann	Referent II.2, BBK
Gerold Reichenbach	Mitglied des deutschen Bundestags a.D.
Udo Rosentreter	Landesverband Berlin, DLRG
Sonja Sage	Generalsekretariat, DRK, Referentin der Bereitschaften
Marian Sauter	Regionalverband München/ Oberbayern, ASB
Klaus-Dieter Schinkel	Kaufmännischer Vorstand, Pfeiffersche Stiftungen zu Magdeburg-Cracau, Vertreter der Diakonie
Leander Strate	Fachbereichsleiter Bevölkerungsschutz, JUH
Christoph Unger	Präsident BBK

Reden

Es gilt jeweils das gesprochene Wort.

Christoph Unger: Begrüßung zum AKNZ-Fachkongress „Betreuungswesen im Bevölkerungsschutz – Perspektiven und Konzepte für die Zukunft“

Sehr geehrte Damen und Herren,

verehrte Gäste,

ich begrüße Sie sehr herzlich zum ersten AKNZ-Fachkongress, der in diesem Jahr unter dem Titel „Betreuungswesen im Bevölkerungsschutz – Perspektiven und Konzepte für die Zukunft“ steht.

Ganz besonders möchte ich Frau Ministerialrätin Bullmann und Herrn Regierungsdirektor Schmidt aus dem Bundesinnenministerium begrüßen- ich freue mich sehr, dass Sie den Weg nach Bad Breisig gefunden haben.

Ich begrüße außerdem die Vertreter der Hilfsorganisationen, des Deutschen Feuerwehrverbandes, der Wohlfahrtsverbände, der Bundespolizei, sowie Mitwirkende aus dem Bereich der Psychosozialen Notfallversorgung.

Herzlich willkommen heißen möchte ich auch die Damen und Herren der Innenressorts der Länder und der Kreise und kreisfreien Städte.

Ich begrüße Vertreter unserer Kooperations-Hochschulen aus der Bevölkerungsschutz-Forschung und zu guter Letzt freue ich mich, dass auch unsere Partnerbehörde, die Bundesanstalt Technisches Hilfswerk Mitarbeiter hier nach Bad Breisig entsandt hat.

Der erste AKNZ-Fachkongress steht am Anfang einer Reihe von Fachtagungen, die künftig jährlich von der AKNZ durchgeführt werden und jedes Jahr ein aktuelles Thema des Bevölkerungsschutzes aufgreifen. In diesem Jahr steht das Betreuungswesen im Mittelpunkt.

Naturkatastrophen, Großschadenslagen, die Flüchtlingswelle des Jahres 2015, aber auch die aktuellen weltpolitischen Veränderungen und weltweiten sicherheitspolitischen Bedrohungsszenarien zeigen deutlich, dass wir jederzeit damit rechnen müssen, eine größere Anzahl hilfebedürftiger Menschen betreuen zu müssen. Der Betreuungsdienst, als zuständiger Fachdienst für diese Aufgabe, fristete in den vergangenen Jahren ein Schattendasein, ihm wurde zu wenig Aufmerksamkeit in seiner Bedeutung und Relevanz für die zukünftigen Herausforderungen zum Schutz unserer Bevölkerung geschenkt. Bestehende Einsatzkonzepte bezogen sich auf Erfahrungen und Planungen aus der Zeit des Kalten Krieges und beschränkten sich in der Regel auf die zeitlich befristete Einrichtung bestehender Gebäude zu Notunterkünften.

Der Fokus vieler Beteiligter im Bevölkerungsschutz lag dagegen vermehrt auf rettungs- und sanitätsdienstlichen Konzepten und innovativem Material oder auf Forschungen und Veröffentlichungen in der Katastrophenmedizin. Bei aller Berechtigung und der Notwendigkeit für diese Maßnahmen, wurde mit dem Betreuungswesen ein Fachdienst teilweise vernachlässigt, der aber eine weitere wesentliche Säule im Bevölkerungsschutz darstellt. Daher muss diesem Fachdienst wieder mehr Aufmerksamkeit gegeben werden, um

seine Bedeutung bei allen Beteiligten im gesamten Bevölkerungsschutz, aber auch in der Öffentlichkeit aufzuwerten. Dieser Fachkongress zielt unter anderem genau darauf ab.

Ein weiteres Ziel der Tagung ist aber auch, Ideen für eine fachliche Weiterentwicklung und mögliche neue Konzepte betreuungsdienstlicher Planungen zu entwickeln.

Nicht nur der demographische Wandel und die Zunahme älterer, erkrankter und pflegebedürftiger Menschen oder veränderte Lebensgewohnheiten und Verhaltensmuster, z.B. durch unterschiedliche kulturelle Hintergründe, erfordern ein Umdenken und eine Neuorientierung im Betreuungswesen. Auch sind die logistischen Möglichkeiten, die der Betreuungsdienst nutzen kann, heutzutage andere, als zu Zeiten des Kalten Krieges.

Einen Einblick in erforderliche und erfolgte Veränderungen gibt eine Rückschau auf das Jahr 2015, in dem wir an der AKNZ bis zu 300 geflüchtete Menschen unterbringen durften. Dieses gelang unter anderem, in dem wir speziell angefertigte Beton-Shelter errichteten- eine Leistung, die in dieser Form in der Vergangenheit nicht möglich gewesen wäre.

Eine wesentliche Veränderung gab es hier und überall in Deutschland auch im Kommunikationsverhalten unserer Gäste. Nicht mehr das Telefon oder gar der Brief waren das hauptsächliche Kommunikationsmedium, das Smartphone mit seinem zahlreichen Nachrichtenwegen war der Weg fast aller Geflüchteter, mit Angehörigen und Freunden Kontakt aufzunehmen. Hierzu bedurfte es allerdings eines funktionierenden W-Lan-Netzes, eine neue betreuungsdienstliche Leistung, die in der Vergangenheit nicht existierte und wir, wie viele andere Einrichtungen auch, im Jahr 2015 aufbauten.

Eine weitere neue Dimension ist die Gruppe der ungebundenen Helfer oder Spontanhelfer; auch wenn die grundsätzliche Hilfsbereitschaft der Bevölkerung nicht neu ist, stellt sie doch in dieser Form im Kontext von Einsatzlagen eine neue Herausforderung dar. Wie sind betreuungsdienstliche Einheiten auf diese Hilfsbereitschaft vorbereitet? Welche Lehren wurden deutschlandweit aus den gemachten Erkenntnissen während der Flüchtlingswelle gezogen? Welche sonstigen Erfahrungen liegen aus Einsätzen der vergangenen Jahre vor?

Der Betreuungsdienst muss all diese Erkenntnisse zusammenführen, verinnerlichen und sich vom verstaubten Image des Erbsensuppe-Ausgebers lösen und sich zu einem modernen Fachdienst entwickeln, der die aktuellen Entwicklungen berücksichtigt und im Sinne eines vernetzten und fähigkeitsorientierten Handelns den Bedürfnissen der Betroffenen entspricht. Ansätze hierfür liegen in der Qualifikation der Helfer, in der Zusammenarbeit mit externen Partnern, wie zum Beispiel den Pflegediensten der Wohlfahrtsorganisationen oder auch die Schaffung neuer Fachbereiche und Kompetenzen. Weitere Ansätze gilt es zu ermitteln und weiter zu entwickeln.

Als Präsident einer Bundesoberbehörde mit der originären Zuständigkeit für den Bevölkerungsschutz, betrachte ich das Betreuungswesen natürlich auch unter dem Aspekt des Zivilschutzes. Der Betreuungsdienst spielt in der Zivilen Verteidigung, als einem Bereich der Gesamtverteidigung Deutschlands, eine wesentliche Rolle. Diese Bedeutung schlägt sich nieder in der Erwähnung des Betreuungsdienstes in der „Konzeption Zivile Verteidigung“. Betreuung wird hier als eine der erforderlichen Fähigkeiten zum Schutz der Bevölkerung beschrieben. Aktuell erarbeitet die „Arbeitsgruppe Betreuung“ unter Federführung meines Hauses und unter Beteiligung der Länder

und der Organisationen ein „Rahmenkonzept Betreuung“ und plant Maßnahmen zur Unterbringung einer Vielzahl von Personen. Der Betreuungsdienst wird somit auch im Rahmen des Zivilschutzes eine zunehmende Bedeutung erlangen und uns in den kommenden Jahren immer weiter beschäftigen. Seine Rolle im Bevölkerungsschutz ist wichtig und muss zukunftsfähig sein.

Ich wünsche uns und Ihnen einen erfolgreichen Kongress mit vielen guten Gesprächen und effektiven Arbeitsphasen und hoffe auf neue, zukunftsweisende Impulse für das Betreuungswesen, getreu dem Motto „Perspektiven und Konzepte für die Zukunft“.

Viel Erfolg!

Hans-Peter von Kirchbach: Ist das Betreuungswesen noch zeitgemäß? – Von der Vergangenheit in die Zukunft

Einleitung

Um was soll es gehen? Betreuung – eine Begrifflichkeit, die in vielerlei Hinsicht gebräuchlich ist. Betreuung von alten und kranken Menschen, gesetzliche Betreuung nach dem Betreuungsgesetz, Betreuung psychisch kranker Menschen; die Liste ließe sich noch weiter ausdehnen.

Mir aber geht es um den „Fachdienst Betreuung (BtD)“ im Zivil- und Katastrophenschutz. Also um die Betreuung unverletzt Betroffener. Wobei die Ursache zunächst einmal außer Betracht bleiben kann. Ich frage, ist der „Fachdienst Betreuung“ heute noch den Anforderungen gewachsen? Ich werde aufzeigen, dass sich historisch ein großer Wandel vollzogen hat und sich perspektivisch eine Reihe von gravierenden Veränderungen ergeben wird. Zum Schluss werde ich in neuen Thesen meine Auffassung zur Veränderungsnotwendigkeit diskutieren.

Betreuung, da sind sich alle Akteure in der nicht-polizeilichen Gefahrenabwehr einig, ist ein wichtiger, unverzichtbarer Teil der Sicherheitsvorsorge des Staates. Sie ist also ein Teil eines Gesamtsystems der staatlichen Sicherheitsvorsorge, ein wichtiger Bestandteil des Bevölkerungsschutzes. Ganzheitliche, verantwortliche gesamtstaatliche Sicherheitsvorsorge muss darum auch die Betreuung unverletzt Betroffener umfassen.

Die offizielle Definition¹ von Betreuung als „Aufgabenbereich im Katastrophenschutz zur sozialen und psychosozialen Versorgung von betroffenen, aber unverletzten Personen besonders bei Großschadenslagen“ sind dabei genauso zu hinterfragen wie der Leistungskatalog, der „die Bereitstellung von Unterkunft, Bekleidung, Verpflegung, die Begleitung von Transporten, die soziale Betreuung sowie Registrierung der Betroffenen zum Zweck der Familienzusammenführung“ näher spezifiziert.

Bei den Überlegungen für die Zukunft wird auch die Konzeption für die zivile Verteidigung zu berücksichtigen sein, die als Ziel festhält, „die Bevölkerung, die Staats- und Regierungsorgane, die für den Zivilschutz und die staatliche Notfall-vorsorge zuständigen Stellen und die Streitkräfte mit den notwendigen Gütern und Leistungen zu versorgen“ und bei deren Auflistung der Fähigkeiten die Fähigkeit zur Betreuung ausdrücklich gefordert wird. Auch die Erfahrungen aus den Ereignissen der letzten Jahre und bei der Bewältigung des Zustroms tausender Geflüchteter werden berücksichtigt werden müssen.

Entwicklung der Rahmenbedingungen:

Nach dem Ende der Ost-West Konfrontation wurden die staatlichen Mittel und Ressourcen für den Bevölkerungsschutz deutlich verringert, Strukturen, Material und Kräfte aufgegeben. Dies galt für die sanitätsdienstliche Ausstattung, vor allem aber für die zur Betreuung vorgesehenen Mittel.

Auch im Bereich Bevölkerungsschutz sollte eine Friedensdividende eingefahren werden.

Naturereignisse, der internationale Terrorismus, die sich abzeichnende erneute Konfrontation der Mächte in Europa haben schon seit einigen Jahren zu einer Neubewertung der Notwendigkeit des Bevölkerungsschutzes geführt. Ein wichtiger Ausdruck dieser Neubewertung war die „*Neue Strategie zum Schutz der Bevölkerung 2002*“² und die Folgemaßnahmen. Sie war hauptsächlich auf den Sanitätsdienst konzentriert, wies jedoch auch die Betreuung als wichtiges Aufgabenfeld aus. Insgesamt hat diese „neue Strategie“ erhebliche Fortschritte gebracht. Damit waren die Überlegungen jedoch nicht abgeschlossen. Im Zusammenhang mit der Entwicklung der Rahmenbedingungen, die ich hier sehr zurückhaltend beschrieben habe, hat z.B. Herr Dr. Geier³ in einem Aufsatz bereits 2008 von einem notwendigen Paradigmenwechsel im Bevölkerungsschutz gesprochen.

Einige Hilfsorganisationen haben für sich schon heute einen erweiterten Begriff der Betreuung festgelegt und die in ihrer Organisation zu ergreifenden Maßnahmen deutlich erweitert und sind sogar hinsichtlich Kräften und Mitteln in Vorleistung gegangen.

¹ Der Betreuungsdienst ist ein Aufgabenbereich im Katastrophenschutz zur Versorgung von betroffenen aber unverletzten Personen besonders bei Großschadensereignissen oder Katastrophen. „BBK-Glossar, https://www.bbk.bund.de/DE/Servicefunktionen/Glossar/_function/glossar.html?lv2=4968152&lv3=1948884, abgerufen am 7.12.2017

² „Neue Strategie zum Schutz der Bevölkerung“, 2002, Beschluss der Innenministerkonferenz

³ Dr. Wolfram Geier, Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe; in: 50 Jahre Zivil- und Katastrophenschutz in Deutschland; Paradigmenwechsel in der zivilen Sicherheitsvorsorge – der Bevölkerungsschutz zu Beginn des 21. Jahrhunderts, S. 115 ff

Der Bedrohungseinschätzung der Bundesregierung im „Weißbuch 2016 zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr“⁴ folgend wurde im August 2016 die „Konzeption für die zivile Verteidigung“⁵ (KZV) herausgegeben, der zahlreiche Teilkonzeptionen u.a. für die Betreuung folgen sollen.

Die KZV greift die Betreuung unverletzt Betroffener nun sehr konkret auf und nennt als neue Forderungen auch, besondere Zielgruppen z.B. hochbetagte oder behinderte Menschen oder unbegleitete Kinder und Jugendliche strategisch in den Planungen zu berücksichtigen.

Sie trägt auch der demographischen Entwicklung Rechnung. Wir müssen von einer alternden Bevölkerung und einer größer werdenden Zahl von Menschen ausgehen, die ambulant zu Hause oder stationär in den Einrichtungen der Altenpflege versorgt werden. Die Jahrgangsstärken, aus denen ehrenamtlicher Nachwuchs gewonnen werden kann, nehmen gleichzeitig ab. Interkulturelle Kompetenz gewinnt an Bedeutung.

Die KZV geht von einer wachsenden Verwundbarkeit der modernen Infrastruktur und Ressourcenabhängigkeit der modernen Gesellschaft aus, die vielfältige Angriffspunkte bieten. Sie spricht, wie auch das Weißbuch, von einer Wechselwirkung zwischen äußerer und innerer Sicherheit.

In der KZV ist auch deutlich ausgesprochen, dass zur Umsetzung dieser Konzeption zusätzliche Mittel erforderlich sein werden.

Zu den Rahmenbedingungen gehört positiv aber auch, dass wir heute über ein subsidiär aufgebautes, insgesamt verlässliches im internationalen Vergleich sehr gutes System der Hilfeleistung für die Bevölkerung verfügen, um das uns viele Staaten beneiden! Daher behaupte ich: Wir müssen keine akute Krise im System bewältigen, sondern ein bewährtes System anhand der gestiegenen Anforderungen weiterentwickeln. Dabei ist allerdings Eile geboten.

Allgemeine Grundsätze

An dieser Stelle möchte ich noch an einige allgemeine Grundsätze beim Handeln in Katastrophen erinnern, die auch für die Betreuung gelten und heute und in Zukunft beachtet werden müssen:

Katastrophen entstehen überraschend, das Lagebild der ersten Stunden ist immer unvollständig, schnelle Reaktionsfähigkeit der Führung und der Kräfte sind unverzichtbar.

Dieser Gedanke wird auch in der KZV aufgenommen, die als Besonderheiten hybrider Bedrohungen u.a. die Unübersichtlichkeit potentieller Schadensszenarien, die erschwerte Wahrnehmung und Zuordnung und kurze oder gänzlich entfallende Vorwarnzeiten auflistet.

Katastrophen sind in der Regel in ihrem konkreten Ablauf nicht vorhersehbar. Die Bekämpfung einer Katastrophe beginnt vor Ort und kann in der Regel zunächst nur auf sofort verfügbare lokalen Kräfte zurückgreifen.

Die übergeordnete Führung sorgt so schnell wie möglich für eine Zusammenschau. Führung in großen, flächendeckenden und langandauernden Lagen ist in der ersten Phase bei unvollständigem Lagebild schwierig. Dies gilt vor allem, weil an vielen Stellen gleichzeitig unter Zeitdruck gehandelt werden muss. So ist eine Phase der Verwirrung und Verunsicherung (sog. Chaosphase) häufig nahezu unvermeidlich. Die Qualität der Führung misst sich daran, wie schnell es gelingt, das Lagebild zu konkretisieren, zum geordneten Handeln zu finden und das Zusammenwirken der Katastrophenschutzbehörden, der verschiedenen hierarchischen Ebenen und der Einsatzkräfte in möglichst kurzer Zeit geordnet und planvoll zu gestalten. Dies gilt national wie international. Einem **einheitlichen Aufgaben- und Führungsverständnis** kommt also eine besondere Bedeutung zu. Es muss von einem gemeinsamen Verständnis getragen sein, welche Ebene welche Aufgaben zu erfüllen hat, welche Kräfte verfügbar sind oder schnell verfügbar gemacht werden können und welche Kräfte für welche Aufgaben am besten geeignet sind.

⁴ Weißbuch zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr; BMVG 2016

⁵ Konzeption Zivile Verteidigung (KZV); Bundesministerium des Innern, 2016

Schnelle Verfügbarkeit und schnelle Reaktionsfähigkeit der Führung, aber auch der Kräfte sind also unverzichtbar. Dies gilt natürlich auch für die Kräfte, die die Aufgabe „Betreuung unverletzt Betroffener“ zu leisten haben.

Gute Vorbereitung erleichtert schnelles Handeln.

Je schneller und unverhoffter eine Katastrophe eintritt, umso wichtiger ist es, dass die organisatorischen Vorbereitungen so getroffen sind, dass die Verantwortlichen sofort handeln können.

Eine Phase der Ruhe oder Stabilität verleitet dazu, die notwendigen Vorbereitungen und die notwendigen Veränderungen zu unterlassen oder nur mit halber Kraft zu betreiben⁶. Dies rächt sich dann, wenn ein unvorhersehbares Ereignis zu schnellem Handeln zwingt. Übungen sind nicht nur sinnvoll, sie sind **unverzichtbar**. Dies gilt für Stäbe und für Kräfte in gleicher Weise. Üben müssen alle, auch sehr hohe Stäbe. Die länderübergreifenden nationalen Übungen (LÜKEX)⁷, die seit einigen Jahren immer wieder mit verschiedenen Szenarien durchgeführt werden, tragen diesen Erkenntnissen Rechnung.

Vorbereitung auf allen Führungsebenen umfassen die personellen und materiellen Maßnahmen. Die Zusammensetzung eines Krisenstabes darf nicht erst überlegt werden, wenn die Katastrophe eintritt. Es ist eine Katastrophe in der Katastrophe, wenn kein Lagezentrum vorbereitet ist, wenn Karten, Computer, Räume, Einrichtungen für die Unterbringung erst identifiziert werden müssen, Telefonverzeichnisse nicht aktuell sind, Software mühsam aufgespielt werden muss, mit der noch niemand geübt hat. Es ist eine Katastrophe in der Katastrophe, wenn es keine verlässliche Übersicht über die vorhandenen Kräfte gibt und die Wege der Alarmierung und Bereitstellung dieser Kräfte nicht eingespielt sind. Ist man nicht oder ungenügend vorbereitet, so wird die Bekämpfung einer Katastrophe vor allem in der ersten Phase der größten Unsicherheit schwierig. Wo die notwendigen Vorbereitungen nicht getroffen sind, bezahlt man mit Verlusten zumindest an Zeit und Qualität, möglicherweise mit erhöhten Schäden, im Extremfall mit Menschenleben. Ein am Anfang entstandener Zeitverlust ist, wenn überhaupt, nur mühsam aufzuholen.

Erfahrungen aus der Praxis

Während der Oderflut 1997 wurden Evakuierungen und damit auch Maßnahmen der Betreuung nur in geringem Maß erforderlich. Eine zu diesem Zweck eingerichtete behelfsmäßige Zeltunterkunft der Bundeswehr fand kaum Zuspruch. Dies galt auch für Initiativen anderer Organisationen. Viele Menschen, die meisten, sind in Nachbarschaftshilfe oder bei Verwandten untergekommen.

Bei der Elbeflut in Sachsen im Jahre 2002 sah dies völlig anders aus. Nach Angaben des sächsischen Innenministeriums waren Evakuierungen von ca. 45.000 Menschen erforderlich.

Patienten von Krankenhäusern, Bewohner von zahlreichen Alteneinrichtungen mussten evakuiert, vorübergehend untergebracht, betreut und einige Zeit versorgt werden. Die Vorbereitungen, Menschen zu evakuieren und in größerem Umfang unterzubringen und zu versorgen, waren lückenhaft. Vielfach musste improvisiert werden. In besonderer Erinnerung aus 2002 ist mir ein Besuch in einer von Johannitern und Bundeswehr gemeinsam betreuten Turnhalle in der Nähe von Dresden geblieben, in der die Bewohnerinnen und Bewohner eines Altenheims untergebracht worden waren. Bei allem Bemühen der Hilfeleistenden und der Pflegerinnen und Pfleger, die die ihnen anvertrauten Menschen richtiger- und glücklicherweise begleiteten, war das Erlebte für mich wie ein Albtraum. Verstörte Menschen, die sich nur schwer zurechtfinden, Kriegserinnerungen die bei einigen der Bewohner wieder wach wurden, Orientierungsverluste, allerdings auch Dankbarkeit für die Hilfe und Szenen der Dankbarkeit für die Helfer. In meinem Bericht an die Staatsregierung von Sachsen habe ich hier kritische Fragen gestellt ob der Angemessenheit dieser Maßnahmen.

Auch 2013 waren es in Sachsen immerhin etwa 35.000 Menschen, die evakuiert werden mussten. Die Vorbereitungen waren jedoch weit besser als im Jahre 2002. Erleichternd kam hinzu, dass kein Krankenhaus von Evakuierungsmaßnahmen betroffen war. In einem Referat auf dem 1. BBK Kongress „Betreuungsdienst Heute“⁸

⁶ Diese Erfahrung wird zurzeit mit der Aufnahme des KZV-Prozesses gemacht, bei der wertvolle Kenntnisse und Erfahrungen über die Jahre der Inaktivität verloren gegangen scheinen (z.B. Alarmpläne)

⁷ LÜKEX: Länderübergreifende Katastrophenschutz-Übung

⁸ 1. BBK-Kongress „Betreuungsdienste Heute“, 29.11. – 01.12.2017, Bad Breisig

berichtete Klaus-Dieter Schinkel⁹ von seinen Erfahrungen bei der Evakuierung von Einrichtungen der Alten- und Behindertenhilfe und es wurde sehr deutlich, dass diese Maßnahmen nur deshalb so erfolgreich waren, weil die Pfeiffersche Stiftung aus ihren Erfahrungen aus 2002 gelernt und Vorkehrungen getroffen hatte, die eine schnelle, adäquate und sichere Evakuierung ermöglichte.

Diesen Erlebnissen stehen aber zahlreiche Eindrücke von einem im Grundsatz funktionierenden System gegenüber. In der Nähe von Magdeburg besuchte ich 2013 eine vom DRK betriebene Notunterkunft, in der nach meinem Eindruck alles stimmte.

Registrierung, Versorgung, Hygiene, Zuwendung der Helferinnen und Helfer an die Menschen in ihrer Not. Dieses Beispiel steht für Dutzende von Notunterkünften, die während der Elbeflut durch die verschiedenen Organisationen eingerichtet und betrieben wurden.

Bei den Untersuchungen der Kommission der Sächsischen Staatsregierung 2013 stießen wir auf ein sicher schon bekanntes, aber bis dahin in dieser Wucht noch nicht aufgetretenes Phänomen, die Nutzung sozialer Medien auch für die Organisation von Hilfemaßnahmen, wie z.B. der Nachbarschaftshilfe. Auf der Grundlage von Meldungen, Hilferufen und Bildern in den sozialen Medien, vor allem Facebook, setzten sich Menschen in Bewegung, wurden Keller ausgeräumt oder Hilfsgüter transportiert. Vielfach hat die Eigeninitiative die Arbeit der staatlichen Organe und der Hilfsorganisationen erleichtert, aber es kam auch zu Fehlleitungen, Hilfe fand sich dort ein, wo sie, jedenfalls in Priorität, nicht erforderlich war, Sandsäcke wurden an Orte transportiert, wo sie niemand brauchte. Woher beziehen Menschen ihre Informationen? Wie steht es mit der Informationshoheit des Staates? Diese Fragen müssen die Verantwortlichen auf allen Ebenen schnell beantworten und Lösungen schaffen, wollen sie nicht Gefahr laufen, bei der nächsten Lage wieder der „Medienlage“ hinterher zu laufen. Die Betreuungsorganisationen hatten ihre wohl größte Bewährungsprobe im Zusammenhang mit dem Ansturm von geflüchteten Menschen im Jahre 2015 und danach zu bestehen. Weder die Behörden noch die Organisationen waren auf das Ausmaß dieses Ansturms vorbereitet. Fast ohne Vorwarnzeiten mussten hunderttausende von Menschen untergebracht und versorgt werden. Am Ende wurde eine Zahl von fast 1 Million Menschen genannt, die Deutschland innerhalb kürzester Zeit aufnahmen. Die Helfer aller Organisationen waren bis zum Rande und darüber hinaus beansprucht.

Ich habe dies beim Besuch einer Notunterkunft für einige hundert Menschen in der Ernst-Grube-Halle in Leipzig hautnah erlebt. Mit einer Vorwarnzeit von etwa 24 Stunden war die Unterkunft hauptsächlich von Katastrophenschützern der JUH eingerichtet worden, waren Helfer rekrutiert, der Betrieb organisiert worden. Weder professionelle noch organisierte ehrenamtliche Helferinnen und Helfer hätten gereicht, wenn es nicht eine große Bereitschaft der Bevölkerung gegeben hätte mitzuhelfen, sich zu engagieren. Und wenn es nicht, wenigstens in den meisten Fällen, gelungen wäre, diese Helferinnen und Helfer in kurzer Zeit in verlässliche Strukturen einzubinden, wäre vieles nicht möglich gewesen. Das Engagement hat eines sehr deutlich gemacht: Die Bevölkerung ist bereit zu helfen, sie schaut nicht weg, wie sonst gerne oft behauptet wird.

Diese Empathie und Fähigkeit muss der Zivil- und Katastrophenschutz bei seinen Planungen stets bedenken. Fatal ist es anzunehmen, der Einzelne würde nur passiv auf Hilfe warten. Das Gegenteil ist häufig der Fall! Auch die Beteiligung der Bundeswehr mit ihren Liegenschaften und ihrem Personal haben in erheblichem Ausmaß bei der Bewältigung dieser Krise geholfen. Insgesamt wurden aber auch Lücken deutlich, die geschlossen werden müssen.

Bewerte ich die Entwicklung der Rahmenbedingungen und die erkannten Lücken, bewerte ich meine persönlichen Erlebnisse und ziehe Schlüsse, in die ich auch die Aussagen der KZV einbeziehe, komme ich zu 9 Thesen über notwendige Maßnahmen zur Weiterentwicklung des Betreuungswesens heute und in die Zukunft. Mit diesen Thesen beantworte ich auch die Frage, wie unser Betreuungssystem aus meiner Sicht weiterentwickelt werden muss, um den gestiegenen Anforderungen Rechnung zu tragen.

⁹ Klaus-Dieter Schinkel, Kaufm. Vorstand der Pfeifferschen Stiftung zu Magdeburg und Cracau auf dem 1. BBK-Kongress 2017, Bad Breisig

1. Das Verständnis von Betreuung ist auszuweiten.

Die Konsequenzen aus der demographischen Entwicklung weisen eine größer werdende Zahl älterer und auch besonders schutzbedürftiger Personen aus. Die Zahl der Menschen, die zu Hause der ambulanten Pflege bedürfen steigt. Und bei diesem Personenkreis sind auch diejenigen einzurechnen, die durch Angehörige jeden Tag gepflegt werden und in keiner Krisenplanung auftauchen. Die Fähigkeiten sind also auf die Begleitung und die Betreuung besonders schutz- und pflegebedürftiger Personen zu erweitern.

Bei den Flüchtlingsbewegungen hat sich die Begleitung und Betreuung unbegleiteter Jugendlicher z.B. als neues Problem herausgestellt.

Das Netz der Hilfe ist also auf diesen Personenkreis auszuweiten. Das verlangt eine Zusammenarbeit mit ambulanten Pflegediensten und Sozialämtern und Jugendämtern, stellt zusätzliche Forderungen bei der Auswahl von geeigneten Unterbringungsobjekten und stellt zusätzliche Forderungen an die Qualität und Qualifikation des Betreuungspersonals. Forschung¹⁰ kann hier neue Erkenntnisse bringen.

Mit dem Verständnis der KZV, Aufnahmemöglichkeiten für 1 Prozent der Wohnbevölkerung vorzusehen, aus meiner Sicht ein sehr ehrgeiziges Ziel, ist auch eine Untersuchung angeraten, welche zusätzlichen Anstrengungen notwendig sind, um dies wenigstens auf der Zeitachse zu gewährleisten. Es sind also qualitative und quantitative Überlegungen dringend erforderlich.

2. Fachdienste der Organisationen sind zu vernetzen.

Vernetzung ist das Gebot der Stunde. Dies gilt zunächst einmal innerhalb der eingesetzten Organisationen, Rettung, Evakuierung, Betreuung, Versorgung, Transport, ambulante Pflege, psychosoziale Hilfe, Zuwendung an besonders Hilfsbedürftige ggf. auch der Schutz Minderjähriger sind als eine Einheit zu betrachten.

Alle Fachbereiche der jeweiligen Organisation arbeiten im Falle der Katastrophe zum Wohle der Menschen eng zusammen. Wo es noch nicht geschehen ist, sollte ein organisiertes Zusammenwirken der Fachbereiche innerhalb der Organisationen schnell geregelt werden, konkrete Verfahren entwickelt und erprobt werden. Das DRK mit seiner Idee des „Komplexen Hilfeleistungssystems“¹¹ hat hier einen guten Ansatz vorgelegt, den auch alle anderen Hilfsorganisationen in ihren Möglichkeiten angehen sollten.

3. Die Organisationen vor Ort müssen sich vernetzen.

Vernetzung geht aber über die einzelne Organisation deutlich hinaus. Keine Organisation verfügt flächendeckend über alle notwendigen Kräfte und Mittel, die Aufgabe allein zu bewältigen. Die Organisationen, die Betreuung im Katastrophenfall anbieten, müssen sich ergänzen.

Die Vernetzung verschiedener Träger der Betreuung, der Pflege, der sozialen Dienste, der psychosozialen Betreuung oder des Transports der verschiedensten Organisationen beginnt vor Ort und schließt private Dienstleister auf dem Markt selbstverständlich ein. Hier sind vor Ort lokale Unterstützungsnetzwerke zu schaffen. Ohne den lokalen Bezug wird eine Umsetzung nicht gelingen. Und auch hier gilt: „In der Krise Köpfe kennen“! Nur wer im Vorfeld seinen Partner kennt, wird in der akuten Lage auch handeln können.

4. Überörtliche Vernetzung der Katastrophenschutzbehörden und überörtliche Koordinierung sind zwingend erforderlich.

Vernetzung hört an der Landkreisgrenze nicht auf. Subsidiarität kann nicht bedeuten, dass jeder in der Lage ist oder auch nur versucht, seine Probleme im Falle einer großen Lage alleine zu lösen. Wird ein Landkreis von einer Katastrophe besonders betroffen, muss es selbstverständlich möglich sein, dass er auf Einrichtungen, notfalls

¹⁰ z.B. KOPHIS Kontexte von Pflege- und Hilfsbedürftigen stärken, Verzahnung von BOS, Pflegeinfrastruktur und aktiven zivilgesellschaftlichen Netzwerken; <https://www.kophis.de/>

¹¹ DRK, Komplexes Hilfeleistungssystem; Strategisches Konzept zur Mitwirkung des Deutschen Roten Kreuzes zur Mitwirkung im Bevölkerungsschutz, Beschluss des DRK Präsidiums vom 24.11.2005

auch Kräfte aus Nachbarkreisen zurückgreifen kann. Sollten Absprachen nicht ausreichen, muss die nächsthöhere Ebene koordinierend eingreifen.

Die Diskussion über die Zuständigkeiten ist keine neue. Dennoch verweise ich darauf, dass länderübergreifende Lagen einer geordneten Koordination bedürfen. Das bedeutet nicht, dass die Lageführung vor Ort in Frage gestellt wird. Strategische Führung ist gefragt, notfalls kaskadenmäßig aufbauend bis hin zum BUND.

Katastrophen halten sich nicht an Grenzen von Bundesländern und das Mittel der Absprachen scheint mir zu schwach zu sein.

Eine neue Diskussion ist erforderlich, die zunächst über juristische Grenzen hinweg ein Modell entwickelt, wie koordinierte länderübergreifende Hilfe aussehen kann. Und dann ist die Politik gefordert, über ein „Kirchturmdenken“ hinweg zu entscheiden zum Wohle der betroffenen Menschen und Güter.

Die KZV wird ohnehin hier Fragen und Forderungen stellen, will sie ernsthaft an einer Fortentwicklung eines effizienten und auch effektiven Bevölkerungsschutzes arbeiten. Ich vermute, dass es auch Lagen geben kann, die geschlossen unter Führung des Bundesinnenministers bewältigt werden müssen. Der Einsatz von Kräften des Bundes, z.B. Bundespolizei, THW oder Bundeswehr muss klaren Regeln, Absprachen und Verfahren folgen. Hier muss die Bundesebene ohnehin notfalls Prioritäten setzen.

5. Nicht in engen Szenarien denken, mit denselben Kräften auf eine Vielzahl von Szenarien vorbereitet sein.

Den Einsätzen der letzten Jahre lagen ganz verschiedene Ursachen zugrunde. Naturereignisse wie Starkregen, Sturm, Hochwasser, Schneekatastrophen, Großbrände aber auch Evakuierungen wegen Bombenfunden, defekten Gasleitungen oder ähnlichen Vorkommnissen. Auch terroristische Anschläge können Auslöser für notwendige Maßnahmen der Betreuung sein. Denkbar sind natürlich auch Chemieunfälle, ein großräumiger Ausfall der Stromversorgung, die Aufzählung ist mit Sicherheit nicht erschöpfend.¹²

Wir müssen also mit denselben Kräften auf eine Vielzahl von Szenarien eingestellt sein. Die Aufgabe Betreuung fällt dabei regelmäßig an, sie muss dann unter jeweils anderen Umständen geleistet werden. Das stellt natürlich besondere Anforderungen an Führung und Ausrüstung der Helfer, ggf. ist auch ein Schutz der Helferinnen und Helfer erforderlich. An dieser Stelle muss darauf hingewiesen werden, dass bei steigenden Anforderungen an die Hilfsorganisationen auch immer die Frage der Refinanzierung im Raum steht und beantwortet werden muss. Die Entwicklung von (Referenz)Szenarien¹³ ist eine Methode zur Fortentwicklung und Planung von Hilferessourcen. Ich gebe aber zu bedenken, dass eine solche Theorie immer dem Manko unterworfen ist, neue Szenarien nicht bedacht zu haben. Stattdessen wäre es eine Überlegung wert, mehr mit „Einsatzwerten“ zu kalkulieren. Dann bin ich von der Ursache befreit und agiere ausschließlich am zu erwartenden Bedarf.

6. Eine weitere Stärkung des Ehrenamts und neue Methoden der Gewinnung von ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern sind erforderlich.

Wie schon erwähnt, nehmen die Jahrgangstärken in den nächsten Jahren erheblich ab. Daran ändert grundsätzlich auch die Migration aus anderen Kulturkreisen nichts Entscheidendes. Damit nimmt auch das Potential ab, aus dem die Organisationen, beileibe nicht nur die Hilfsorganisationen, ihren Nachwuchs gewinnen. Schon heute klagen z.B. viele Feuerwehren über Mangel an Nachwuchs.

In vielfachen Publikationen¹⁴ ist dieser Trend hinlänglich beschrieben und alle Organisationen wissen um diese Entwicklung. Es liegt somit auch kein „Erkenntnismangel“ sondern viel mehr ein „Handlungsmangel“ vor.

¹² Die Evakuierung aufgrund einer Havarie eines Atomkraftwerks benachbarter Staaten könnte auch eine Ursache sein und hätte großflächige und langandauernde Evakuierungen zur Folge. Das ist besonders in bevölkerungsreichen Gebieten (z.B. NRW) eine große Herausforderung.

¹³ Referenz-Szenarien liegen den Planungen der KZV zugrunde. Anhand dieser Referenz-Szenarien werden personelle und materielle Bedarfe für eine Lage errechnet.

¹⁴ z.B. INKA; https://www.sifo.de/files/Projektumriss_INKA.pdf; REBEKA : <http://www.rebeka-projekt.de/>

Mir sind dabei folgende Dinge als besonders wichtig aufgefallen:

- Wir sollten junge Leute möglichst früh auf eine Tätigkeit zugunsten der Allgemeinheit ansprechen und sie dafür gewinnen. Die Schulsanitätsdienste sind dafür beispielsweise gut geeignet oder die „BAMBINI“-Feuerwehren.
- Angesichts der steigenden Zahl von Ganztagsangeboten sollte ein energischer Versuch gemacht werden, wo immer möglich, auch ein Angebot zugunsten des Engagements im Katastrophenschutz zu machen. Was z.B. der einen oder anderen Pfadfinderorganisation gelingt, sollte auch den Blaulichtorganisationen möglich sein.
- Für junge Zuwanderer ist das Engagement im Katastrophenschutz nicht nur ein Mittel der sinnvollen Beschäftigung, sondern kann auch ein bedeutsamer Schritt zur Integration sein.
- Jede Organisation muss eine aktive und zuverlässige Helfenden-Begleitung sicherstellen. Viele gut ausgebildete Einsatzkräfte gehen durch den Trend der Mobilität (Studium, Berufswechsel) verloren, weil eine Überleitung nicht erfolgt. Hier muss auch Organisationsübergreifend gedacht werden. Die Ressource „Einsatzkraft“ ist zu wertvoll, um an „Organisationsschranken“ zu erstellen.
- Helfer nutzen am besten, wenn sie in feste Strukturen eingebaut sind.
- Dennoch ist die Wichtigkeit von spontanen Helfern nicht von der Hand zu weisen. Ein Angebot, nach kurzer Einweisung und Registrierung bei einer Organisation seinem normalen Leben nachzugehen, sich aber im Falle einer Katastrophe von einer Organisation rufen zu lassen, kann helfen, die Lücke wenigstens ein Stück weit zu schließen.

7. Wir sollten soziale Netzwerke zur Einbindung der Bevölkerung positiv nutzen.

Während des Flutgeschehens 2013 war die Nutzung sozialer Netzwerke, vor allem Facebook, in bislang nicht erlebtem Ausmaß zu beobachten. Dieses wurde für Sachsen durch die Kommission der Sächsischen Staatsregierung¹⁵ festgestellt und dürfte auch für andere Bundesländer¹⁶ zugetroffen haben. Soziale Netzwerke wurden vornehmlich

- zur Organisation freiwilliger Hilfe,
- Gegenseitiger Information,
- Vermittlung von Spenden

genutzt. Binnen Stunden entstand ein eigenes soziales System, das von außen betrachtet, chaotisch anmutete, jedoch mit seinen kurzen Wegen, hierarchiefreien Instanzen, mit seiner Schnelligkeit, mit den Möglichkeiten der Interaktion eine große Zahl von Menschen erreichte und diese selbst zu Akteuren machte. Allein die Dresdener Angebote hatten über 100.000 Fans, die ein Vielfaches von Aktivitäten auslösten. Viele Angebote waren miteinander vernetzt. Die Informationshoheit des Staates drohte dabei allerdings wenigstens zeitweise verloren zu gehen.

Mittlerweile gibt es über die damaligen Untersuchungen der Hochschule Mittweida hinaus weitere wissenschaftliche Untersuchungen zu diesem Phänomen. Und es gibt viele neue Erfahrungen mit spontanen freiwilligen Helferinnen und Helfern bei der Bewältigung des Zustroms geflüchteter Menschen. Bei den Überlegungen für den Betreuungsdienst der Zukunft kann man also an den sozialen Netzwerken nicht vorbeigehen. Ziel sollte es sein, wenigstens einen Teil der Freiwilligen in feste Strukturen einzubinden. Dazu sollten die Organisationen bundesweit und regional in den sozialen Netzwerken auch schon vor einer Katastrophe präsent sein, versuchen potentielle Helferinnen und Helfer schon vorab an die eigene Organisation zu binden. Jede Organisation sollte für sich darüber hinaus überlegen, wie sie mit spontanen freiwilligen Helferinnen und Helfern umgeht.

¹⁵ Bericht der Kommission der Sächsischen Staatsregierung zur Untersuchung der Flutkatastrophe 2013 (sog. Kirchbach-Bericht) ; 2013

¹⁶ u.a. bei Extremwetterereignissen in Münster, Essen, wo sich spontane Hilfe über die sozialen Medien fanden und Hilfe leisteten

Sie können nicht für jede Tätigkeit¹⁷ eingesetzt werden und stellen sicher besondere Anforderungen an die Führung. Aber sie können, wie insbesondere die Erfahrungen aus der Betreuung Geflüchteter ausweist, einen bedeutenden Anteil zur Bewältigung einer Katastrophe leisten.

Die Katastrophenforschungsstelle der Freien Universität Berlin hat einen Handlungsleitfaden¹⁸ zur Zusammenarbeit mit Mithelfenden bei der Katastrophenbewältigung herausgegeben, der im Zusammenwirken mit vielen Beteiligten u.a. dem Generalsekretariat des DRK und der Berliner Feuerwehr entstanden ist und aus meiner Sicht wertvolle Handlungsempfehlungen zur Zusammenarbeit der Organisationen mit den Mithelfenden anbietet.

8. Die Bevölkerung muss vorbeugend und umfassend in die Vorsorge einbezogen werden.

Als vor einigen Monaten das BBK Empfehlungen zur Eigenvorsorge der Bevölkerung herausgab, erhob sich neben Zustimmung auch viel Kritik. Dabei hat das Amt eigentlich an Selbstverständlichkeiten erinnert. In der Broschüre zur Eigenvorsorge¹⁹ stehen Dinge, die eigentlich selbstverständlich sein sollten, es aber leider nicht sind.

In der KZV steht die deutliche Forderung nach Entlastung des Systems durch Stärkung der Eigenverantwortung und Selbstschutzzfähigkeiten der gesamten Bevölkerung. Dies geschieht in einem Umfeld, in dem sich Teile der Bevölkerung verunsichert fühlen, ihre Anliegen nicht ernst genommen sehen, eine manchmal fast dumpfe Angst vor Flüchtlingen und Zuwanderern grassiert. Es besteht die Gefahr, dass rechtsgerichtete populistische Meinungsmache über rationale Aufklärung die Oberhand gewinnen könnte.

Es geschieht auch in einem Umfeld, in dem die notwendige Eigenvorsorge für Katastrophen aus dem Blick geraten ist. Aber auch in einer Zeit, in der z.B. die räumlichen Bedingungen manchmal längerfristige Lagerung gar nicht mehr ermöglicht. Ganz zu schweigen von den Menschen, die aufgrund prekärer Arbeits- und Sozialverhältnisse keine Reserven anlegen können, weil schlichtweg das Geld fehlt.

In diesem Umfeld ist dennoch der Schutz der Bevölkerung vor Katastrophen, wo immer sie ihren Aufgangspunkt haben, zu gewährleisten und die Forderung der KZV ernst zu nehmen und zeitnah zu realisieren.

Es scheint mir sicher, dass die Debatte über die vielfältigen Aspekte des Bevölkerungsschutzes und der Förderung der Selbsthilfefähigkeit mit der Bevölkerung neu aufgenommen werden muss. Dabei wird dann deutlich gemacht werden müssen, dass Eigenvorsorge ein wichtiger Teil des Gesamtsystems ist.

Bei dieser anstehenden Diskussion und natürlich bei konkreten Maßnahmen der Eigenvorsorge kann und sollte die Bevölkerung durch die Hilfsorganisationen, die nach wie vor großes Vertrauen genießen und die über ihre Aktivitäten Zugang zu weiten Kreisen der Bevölkerung haben, intensiv unterstützt werden. Es ist gut, dass das BBK Kritik nicht scheut und mit seinen Vorschlägen in die Öffentlichkeit geht. Da reichen aber nicht Broschüren, die eher in den Regal bleiben. Moderne Methoden der Ansprache sind gefragt. Vielleicht müssen eher Werbefachleute ein solches Konzept erarbeiten und die Katastrophenschützer stehen „nur“ beratend zu Seite. Die politische Unterstützung dafür könnte darüber hinaus gerne etwas deutlicher ausfallen.

Die überwältigende Beteiligung der Bevölkerung bei der Bewältigung des Flüchtlingszustroms lässt einen solchen Versuch nicht von vornherein aussichtslos erscheinen. Das selbstgesteckte Ziel, ggf. ein Prozent der Bevölkerung unterbringen und versorgen zu können, wird ohne die Hilfe und Mitwirkung der Bevölkerung jedenfalls nicht erreichbar sein.

¹⁷ Das BMBF Projekt REBEKA erarbeitet derzeit einen Handlungskatalog für die freiwillige Mitarbeit bei Einsatzdiensten als Handreichung für die Führungskräfte im Bevölkerungsschutz; s. <http://www.rebeka-projekt.de/>

¹⁸ ENSURE – Handlungsleitfaden zur Zusammenarbeit mit Mithelfenden bei der Katastrophenbewältigung, Katastrophenforschungsstelle der FU Berlin; Fundstelle: http://www.polsoz.fuberlin.de/ethnologie/forschung/arbeitsstellen/katastrophenforschung/news/2_news_dokumente/II_Schulze_Voss_2016_Handlungsleitfaden_zur-Zusammenarbeit_mit_Mithelfenden_dV.pdf

¹⁹ Ratgeber für Notfallvorsorge und richtiges Handeln in Notsituationen; Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK); 4. Auflage, 2017 Fundstelle: https://www.bbk.bund.de/SharedDocs/Downloads/BBK/DE/Publikationen/Broschueren_Flyer/Buergerinformationen_A4/Ratgeber_Brosch.pdf?__blob=publicationFile

9. Verordnungen und Gesetze sind mit dem Ziel zu überprüfen, den Bevölkerungsschutz als gemeinsame Aufgabe aller staatlichen Organe festzuschreiben.

Zu überprüfen sind auch Gesetze und Rechtgrundlagen. Die KZV sieht dies im Übrigen ausdrücklich vor. Sie fordert die Prüfung bestehender Gesetze und Rechtsgrundlagen und ggf. die Schaffung neuer. Dazu scheint mir auch unabwendbar zu gehören, dass eine Möglichkeit geschaffen wird, unter bestimmten und zu definierenden Voraussetzungen zur Abwendung einer Katastrophe auf privates Eigentum zurückzugreifen, ggf. dafür Verfahren zu entwickeln. Im Zusammenhang mit der Versorgung von Lebensmitteln hat das Bundeskabinett entsprechende Schritte²⁰ 2016 bereits beschlossen.

Insgesamt scheint mir offensichtlich zu sein, dass die Vorbereitungen für die Umsetzung der KZV und die Weiterentwicklung des Bevölkerungsschutzes zwei Seiten derselben Medaille sind.

Die Lagen, auf die wir vorbereitet sein sollten, sind ähnlich, zuweilen dürfte kaum deutlich sein, wodurch Gefahren entstanden sind. Die Trennlinien zwischen Innerer und Äußerer Sicherheit sind unschärfer geworden. Die Kräfte, mit denen Gefahrenlagen bewältigt werden müssen und der Schutz der Bevölkerung gewährleistet werden muss, sind bei allen Katastrophen dieselben, sie sind nur einmal vorhanden. Die Anstrengungen, die von der Bevölkerung erwartet und gefordert werden müssen, sind dieselben.

Für mich entsteht damit die Frage, ob die Aussage: „Aus dem Prinzip der Subsidiarität folgt, dass für die Katastrophenhilfe regelmäßig keine Vorkehrungen durch den Bund zu treffen sind“ wirklich zukunftsweisend ist.

Der Schutz der Bevölkerung vor Gefahren scheint mir nach wie eine originäre Aufgabe aller staatlichen Organe zu sein. Gemeinsame Anstrengungen in einem geschlossenen System bei Festlegung klarer Verantwortlichkeiten, darum geht es.

Ganz sicher müssen alle Ebenen noch enger und konzentrierter zusammenarbeiten, als dies heute der Fall ist. Aus meiner Sicht sollte dies zukünftig gesetzlich geregelt werden

Aus den getrennten Verantwortlichkeiten für die zivile Verteidigung und den Bevölkerungsschutz bei Katastrophen könnte und sollte eine Gemeinschaftsaufgabe aller staatlichen Organe werden. Einige Schritte sind auf diesem Weg bereits zurückgelegt, wichtige Schritte stehen aber auch noch aus. Wir sollten sie anmahnen.

Bad Breisig, den 29. Nov. 2017

Hans-Peter von Kirchbach

General a.D.

Ehrenpräsident der

Johanniter-Unfall-Hilfe e.V.

²⁰ die subsummiert werden in den sog. „Versorgungssicherstellungsgesetzen“, u.a. Ernährungssicherstellungsgesetz, Verkehrssicherstellungsgesetz, Arbeitssicherstellungsgesetz.

Jörg M. Haas: Betreuungswesen heute-Komplexes Hilfeleistungssystem

Sehr geehrter Herr Präsident Unger, sehr geehrter Herr Präsident von Kirchbach, sehr geehrter Frau Bullmann, sehr geehrter Herr Mitschke, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Kameradinnen und Kameraden,

unser Präsident, Dr. Seiters, hat die Herausbildung des komplexen Hilfeleistungssystems als vordringliche strategische Aufgabe des Deutschen Roten Kreuzes beschrieben. Es soll die vielseitigen Aufgabenfelder des Roten Kreuzes so miteinander verbinden, dass sie für die Bewältigung von Katastrophen aller Art unter einer einheitlichen Führungssystematik nutzbar sind. Den aktuellen Sachstand zur Umsetzung dieser Strategie haben wir im vergangenen Juli zum DRK Sommersymposium unter dem Motto Der Mensch im Mittelpunkt – Impulse für einen zukunftsfähigen Betreuungsdienst“ bereits dem Fachpublikum vorgestellt.

Das „Heute“ des DRK Komplexen Hilfeleistungssystem wir aber nicht ohne das „Gestern“ erklären – auch für das DRK kam die Strategie „Komplexes Hilfeleistungssystem“ nicht vom Himmel herunter, sondern hat sich aus einer langen Reihe von Erfahrungen entwickelt. Ein sehr gutes Beispiel dafür ist die heute schon von vielzitierte Erbensuppe aus der Gulaschkanone – die hat man zwischenzeitlich versucht, abzuschaffen und durch bestehende Großküchen und Großkantinen zu ersetzen, um nun zu erkennen: Eine autonome Verpflegungsfähigkeit ist in manchen Situationen zwingend erforderlich.

Allerdings wurde mit der Einführung der „DRK Strategie Komplexen Hilfeleistungssystem“ 2006 nur einen Ansatz in ein Strategiepapier gegossen, der für das Deutsche Rote Kreuz auch ohne diese Bezeichnung schon immer gegolten hatte. Seit 1955 mit der ersten Aufstellung des DRK Hilfszuges, aber spätestens seit dem 12. Februar 1980 war uns als Nationaler Rotkreuzgesellschaft bewusst, dass es sich bei „Betreuungslagen“ um Komplexlagen handelt.

Mit dem 1980, zwischen dem Bundesinnenminister Gerhard Baum und DRK Präsidenten StS a.D. Walter Bargatzki geschlossenen Hilfszugvertrag fokussierte

sich dessen Schwerpunktaufgaben weiter in Richtung Betreuungsdienst. Im äußersten Fall – also bei einem „heiß“ werdenden Konflikt zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt auf deutschem Gebiet – wäre es die Aufgabe des Hilfszuges gewesen, die mutmaßlich nach Westen bis tief nach Frankreich hinein flüchtende deutsche Bevölkerung zu begleiten und zu betreuen.

Dies hätte die Bewältigung einer „mobilen Betreuungslage“ bisher unbekanntes Ausmaßes bedeutet. Dazu hätte unter anderem die Versorgung der weiterziehenden Bevölkerung an Knotenpunkten gehört – z.B. medizinische Hilfe, Ruhezeiten wie auch mit warmen Mahlzeiten. Aus diesem Grund hatte jede unserer Hilfszugabteilung eine betreuungsdienstliche, medizinische und eine technische Komponente.

Den ursprünglich zehn Hilfszugabteilungen ist ein Stresstest in dieser Form glücklicherweise erspart geblieben. Jedoch haben die einzelnen Abteilungen in verschiedenen Betreuungseinsätzen, von der Sturmflut Hamburg 1962 bis hin zur Unterbringung und Versorgung von DDR-Übersiedlern 1989 ihre Leistungsfähigkeit eindrucksvoll unter Beweis gestellt.

Im Zuge der Restrukturierung des deutschen Bevölkerungsschutzes haben wir – in Übereinstimmung mit dem BMI – mit der Auflösung des DRK Hilfszuges im Jahr 2007 auch die Kapazität von immerhin 10.000 Betreuungsplätzen aufgegeben.

Dies war aber nicht der einzige Schritt in die aus heutiger Sicht falsche Richtung. Mit dem Zivilschutzneuordnungsgesetz vom 25. März 1997 und der damit verbundenen Abschaffung der Zivilschutz-Dienstvorschrift 100 haben wir neben den Kapazitäten auch ein weiteres wesentliches Merkmal des heutigen „Komplexen Hilfeleistungssystems“ ersatzlos aufgegeben: Die einheitliche Führungssystematik auf Bundesebene. Die Begründung für all diese Reduzierungen war die vom damaligen Verteidigungsminister Rühle so gut in Worte gekleidete Ansicht, dass wir seit dem Fall der Mauer nur noch von Freunden umgeben wären.

Die Neuordnung im DRK hat uns rund fünf Jahre innerverbandliche Vorarbeit gekostet, bis es im Jahr 2006 zur Beschlussfassung der DRK Strategie „Komplexes Hilfeleistungssystem“ kam. In dieser Zeit wurde uns als Deutschem Roten Kreuz wieder bewusst, welche Instrumente wir für das operative Handeln als der von der Bundesregierung anerkannten Nationalen Rotkreuzgesellschaft benötigen. Eine der Kernkomponenten des Komplexen Hilfeleistungssystems war, ist und bleibt der DRK Betreuungsdienst. Die einheitliche Führungssystematik in Gestalt der „DRK-Krisenmanagement-Vorschrift“ ließ allerdings bis zur Beschlussfassung 2011 fünf weitere Jahre auf sich warten.

Bereits 2007 – zunächst mit einem Pilotprojekt, später mit einem gesamtverbandlichen Hauptaufgabenfeld – haben wir uns mit Nachdruck dem Thema „Neuaufrichtung“ des Betreuungsdienstes gewidmet. Die Themen, die in den Arbeitsgruppen seit damals bearbeitet wurden und nun vor dem Abschluss stehen – Leistungsbeschreibung - Struktur und Aufbauorganisation - Ressourcenmanagement – Vernetzung - Qualifizierung - Selbst- und Nachbarschaftshilfe – zeigen dabei den holistischen Ansatz im Sinne des Komplexen Hilfeleistungssystems. Dabei gehen wir weit über den bisherigen Maßstab eines erfolgreichen Betreuungseinsatzes „satt, warm und trocken“ hinaus und stellen die Bedürfnisse der Menschen in den Mittelpunkt.

Allerdings müssen wir den Betreuungsdienst künftig völlig neu denken, wenn wir uns auf die Konzeption Zivile Verteidigung mit seiner 1%-Vorgabe wie auch der NATO Civil Emergency Planning Group mit seiner 2%-Vorgabe vorbereiten. Für diese Herausforderungen sind die bisherigen Konzepte, wie zum Beispiel der Betreuungsplatz 500 nach NRW- oder Berliner Standard eben nicht nach oben skalierbar einsetzbar. Verstehen Sie mich nicht falsch, die eben genannten Betreuungsdienstkonzepte haben bei kurzfristigen Szenarien, wie Großevakuierungen zu Bombenentschärfung, Betreuung gestrandeter Passagiere an Bahnhöfen und Flughäfen, etc. ihre absolute Berechtigung und müssen nach unserer Überzeugung beibehalten werden. Allerdings sind diese Ansätze für die von der KZV und der NATO

vorgegebenen flächendeckenden und langfristigen Szenarien absolut nicht verwendbar.

Die szenarienbasierten Überlegungen aus der neuen Konzeption Zivile Verteidigung mit den zu erwartenden Großunterkünften, sagen wir mal für 5.000 Betroffene, sind dabei nicht einfach zehn Betreuungsplätze 500. Diese Art von Unterkünften stellt an die Infrastruktur einer solchen Einrichtung wie auch die einzelnen Komponenten des Komplexen Hilfeleistungssystems, wie Betreuung, PSNV, etc. ganz eigene Anforderungen. Aus diesem Grund sind wir froh, dass wir mit unseren Partnern, dem THW, ASB, DLRG, JUH, MHD, den Feuerwehren und der Bundeswehr eng an der Entwicklung solcher Konzepte zusammenarbeiten.

Eine großflächige Komplexlage wie eine Betreuungssituation kann nie von einem der Akteure allein bewältigt werden. Daher müssen wir sowohl innerverbandlich wie auch gemeinsam mit den anderen Akteuren im deutschen Bevölkerungsschutz dafür zwingend Sorge tragen, dass alle Komponenten ohne Rücksicht auf deren Herkunft horizontal wie vertikal interoperabel zusammenwirken können. Nur dann können diese Komponenten jeweils szenarienabhängig zusammengestellt werden und auch effektiv in der Situation wirken.

Lassen Sie mich an dieser Stelle zum wichtigsten Teil des Komplexen Hilfeleistungssystems, den personellen Ressourcen in aller Deutlichkeit sagen: Als Deutsches Rotes Kreuz sind wir froh, dass sich die neue Konzeption Zivile Verteidigung klar zum ehrenamtlich getragenen Bevölkerungsschutz bekennt.

Jedoch entgegen der Meinung einiger sollten wir uns aber nicht damit aufhalten, welches personelle Delta sich zwischen den bestehenden Bevölkerungsschutzeinheiten und den Herausforderungen einer Betreuungslage 800.000 (KZV) oder 1,6 Millionen (NATO) ergibt. Die gesamtgesellschaftlichen Rahmenbedingungen – und das wissen Sie so gut wie ich – sorgen dafür, dass wir künftig weniger statt mehr Einsatzkräfte zur Verfügung haben werden – mit diesem Personalansatz werden wir eben auskommen müssen.

Dennoch wird aus unserer Sicht auch eine Betreuungskapazität 800.000 nicht in drei Tagen zur Verfügung stehen können und auch müssen. Vielmehr wird in der Bauphase analog der Situation in der Flüchtlingsnothilfe 2015 / 2016 die Anzahl Betreuungsplätze nach und nach aufwachsen. Schlussendlich wird für die zu erwartende mittel oder langfristige Betriebsphase deutlich weniger Personal gebraucht für die Bauphase.

Während in der Bauphase die Schwerpunkte auf Infrastruktur und Einrichtung sowie der Vorbereitung von Betreuungsabläufen liegen, wird das Komplexe Hilfeleistungssystem mit Beginn der Betriebsphase in seiner ganzen Bandbreite von der Psychosozialen Notfallvorsorge, sozialer Betreuung bis hin zum Suchdienst gefordert werden.

Die Spezialisten aus der Aufbauphase können sich dann schon den nächsten Unterkünften zuwenden. Das wird aus unserer Sicht auch dazu führen, dass sich der Personalbedarf nicht so dramatisch darstellen wird, wie das sich vielleicht für den einen oder anderen abzeichnet, wenn er an Einheiten wie den Betreuungsplatz 500 und dessen Personalschlüssel denkt.

Die Flüchtlingsnothilfeoperation 2015/2016 hat auch Schwachpunkte im System bei Bewältigung einer Komplexlage offengelegt: Das lokale und regionale Krisenmanagement hat bei zum Teil bemerkenswert kurzen „Vorinformationszeiten“ von wenigen Stunden gerade im Bereich „Betreuung“ gut funktioniert. Hier wurden innerhalb weniger Stunden Notunterkünfte eingerichtet und Angebote zur Betreuung der Geflüchteten organisiert. Jedoch gab es in der länderübergreifenden Zusammenarbeit auf Bundesebene Reibungsverluste, die ein effektives Krisenmanagement zumindest in der Anfangsphase erheblich behindert zum Teil sogar komplett verhindert haben.

Der tägliche Lagebericht des Gemeinsamen Melde- und Lagezentrums (GMLZ) gerade in der Anfangsphase der Flüchtlingsnothilfeoperation ist hierfür ein sehr gutes Beispiel: In der gesamten Bundesrepublik waren der Betreuungsdienst und viele weitere Bevölkerungsschutz-Einheiten in ganz beachtlicher Anzahl bereits im Einsatz, um schnellstmöglich Unterbringungsmöglichkeiten für

Geflüchtete zu schaffen und in Betrieb zu nehmen. – Im offiziellen Bericht hingegen war nur lakonisch zu lesen „Kein Lagebeitrag“ zur Nationalen Lage Bevölkerungsschutz.

Rückblickend auf diese Ereignisse muss künftig jenseits von politischen Vorgaben im Bereich des Nationalen Krisenmanagements eine objektivierte Kommunikation über die tatsächliche Lage für alle Akteure möglich sein. Das muss auch dann möglich sein, wenn das Krisenmanagement außerhalb einer erklärten Krisensituation tätig wird. Nur dann können wir für die politischen Entscheidungsträger valide Aussagen über Zusammenspiel und Durchhaltefähigkeit des Komplexen Hilfeleistungssystems treffen.

Innverbandlich verfügt das Deutsche Rote Kreuz mit seiner DRK-Krisenmanagement-Vorschrift seit 2011 über ein Instrument, um im Bedarfsfall über alle föderalen Strukturen hinweg die einheitliche Führungssystematik innerhalb der Nationalen Rotkreuzgesellschaft sicher zu stellen. Mit der Feststellung der „Krise“ gemäß DRK-K-Vorschrift durch den Präsidenten ändern sich die innerverbandlichen Weisungsbefugnisse und die Einwirkungsmöglichkeiten vom DRK Präsidium bis in die letzten Strukturen vor Ort.

Die autonome Führungsfähigkeit einer Nationalen Rotkreuz- oder Rothalbmondgesellschaft ist eine zwingende Voraussetzung, um in aller Konsequenz die sich aus dem internationalen humanitären Völkerrecht ergebenden Aufgaben sicherzustellen.

Mit Blick die neue Konzeption Zivile Verteidigung und vor dem Hintergrund der im neuen Weißbuch zur Sicherheitspolitik und Zukunft der Bundeswehr beschriebenen Szenarien müssen wir aus unserer Erfahrung mit weltweiten Einsätzen feststellen: Betreuungslagen und damit auch zukünftige Herausforderungen an die Durchhaltefähigkeit des DRK Komplexe Hilfeleistungssystems enden nicht mit dem Ende eines Konfliktes. Vielmehr müssen die Betreuungseinrichtungen bis zur Normalisierung der Situation noch über Monate oder gar Jahre aufrechterhalten werden.

Um diese Aussage mit Blick auf das IV. Genfer Abkommen noch maximal zuzuspitzen: Das DRK Komplexe Hilfeleistungssystem muss auch dann

handlungsfähig sein und einen adäquaten Betreuungsdienst für die betroffenen Bevölkerung nach dem humanitären Imperativ „Hilfe allein nach dem Maß der Not“ sicherstellen, wenn die gewohnten staatlichen Strukturen – wie im Falle einer Besetzung des Landes – nicht mehr oder nicht mehr im vollen Umfang handlungsfähig sind.

Doch kommen wir wieder zurück zur aktuellen Situation. Mittel- und langfristige Komplexlagen im Bereich der Betreuung von Betroffenen kannten wir bisher vor allem im Kontext der internationalen Katastrophenhilfe und der humanitären Hilfe.

Als Deutsches Rotes Kreuz mussten wir auch feststellen, dass sich die von der Rotkreuz-Rothalbmondbewegung initiierten und im SPHERE-Projekt seit 1997 mitentwickelten Qualitätsstandards in Bereichen wie Wasserversorgung, sanitäre Vorkehrungen, Ernährung, Lebensmittelhilfen, Unterkünfte, Lagerverwaltung und medizinische Dienste aus der internationalen Katastrophenhilfe nicht 1:1 auf Deutschland übertragen ließen.

Wie immer sind die Gründe dafür vielfältig. Die höhere gesetzliche Regelungsdichte für die Einrichtung von Unterkünften in Deutschland als in bisher bekannten Einsatzländern oder der gegenüber Projekten in der Nothilfe und der humanitären Hilfe deutlich verkürzte Planungszeitraum – manchmal nur Stunden von Vorinformation bis Eintreffen der ersten Geflüchteten – sind nur zwei mögliche Gründe.

Das trotzdem kein Geflüchteter in den Ländern und Kommunen unversorgt geblieben ist, ist auch ein deutliches Zeichen dafür, dass die unterschiedlichen Strukturen vor Ort organisations- und behördenübergreifend gut zusammengearbeitet haben. Hier haben wir auch für das Komplexe Hilfeleistungssystem des DRK innerhalb kürzester Zeit sehr viel dazugelernt.

Die enorme Herausforderung der Flüchtlingsoperation blieb auch im Nothilfesystem der Internationalen Rotkreuz-Rothalbmondbewegung nicht unentdeckt. Zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg wurde das DRK in der Rotkreuz-Rothalbmondbewegung wieder als „operativ im eigenen Land“ geführt. Dies

ist ein objektiver Hinweis darauf, wie die Herausforderungen an das deutsche Krisenmanagement allgemein und das DRK Komplexe Hilfeleistungssystem von außen eingeschätzt wurden.

Wir Deutschen neigen allzu oft dazu, gute Leistungen kräftig unter den Scheffel zu stellen. Doch gemeinsam mit der Shelter Research Unit der Internationalen Föderation der Rotkreuz-Rothalbmondgesellschaft haben wir, die vielen, im Komplexen Hilfeleistungssystem gemachten positiven Entwicklungsschritte nicht nur in „Best Case“-Studien vor Ort durch Feldbesuche dokumentiert und evaluiert. Wir haben die Ergebnisse auch in den „Guidelines on emergency sheltering for refugees in Germany“ veröffentlicht. Diese sind unter dem deutschen Titel „Leitfaden zur Unterbringung von Flüchtlingen in Deutschland“ inzwischen auch in übersetzter Fassung herausgegeben worden.

Auch dabei wurde dem holistischen Ansatz des DRK Komplexen Hilfeleistungssystem vom ersten Kontakt über die psychosoziale Betreuung bis hin zur eigentlichen Unterbringung berücksichtigt.

Mit dem Leitfaden haben wir für künftige ähnliche Einsatzszenarien evidenzbasierte Eckwerte für die Notunterbringung in Kleinst- bis hin zu Großunterkünften, analog den ehemaligen Warteräumen in Feldkirchen und Erding.

Übrigens, wir denken im DRK das Komplexe Hilfeleistungssystem nicht nur im nationalen, sondern auch im internationalen Kontext. Wir verstehen es als Teil des weltweiten Katastrophenhilfeleistungssystems der Rotkreuz- und Rothalbmondbewegung. Alle unsere Nothilfeeinheiten, die wir bisher ins Feld geschickt haben, wurden aufgrund eines klaren Erkundungsergebnisses speziell auf die Bedürfnisse vor Ort zugeschnitten und haben sich noch nie auf die Minimalformel „Warm, Satt und Trocken“ beschränkt, sondern stets den Menschen in den Mittelpunkt gestellt.

Schlussendlich wäre die Bedarfsspitze im September 2015 ohne die 25'000 Feldbetten und Decken aus den Nationalen Vorhaltungen des Amerikanischen Roten Kreuzes und des Kanadischen Roten Kreuzes,

die mit vier Frachtflügen nach Deutschland gebracht wurden, national nicht abzufangen gewesen. Alle nationalen Vorhaltungen in Deutschland waren bereits im Einsatz und der freie Markt leergekauft. Und ohne Material kann auch das bestfunktionierende Komplexe Hilfeleistungssystem nicht viel ausrichten.

Lassen Sie mich zum Schluss Ihnen noch drei Leitthesen zum Thema Betreuungsdienst und Komplexes Hilfeleistungssystem mit auf den Weg geben:

Die Bewältigung einer großen, langanhaltenden Betreuungslage als Komplexlage braucht klare Planungsvorgaben und einen klaren Budgetrahmen

Nur verlässliche Planungsgrößen ermöglichen es einem System wie dem Komplexen Hilfeleistungssystem des DRK, sich adäquat auf mögliche Szenarien sich vorzubereiten.

Dazu gehört auch, dass wer aufgrund einer veränderten Sicherheitslage über die Aufstockung des Verteidigungshaushaltes nachdenkt, die zivile Seite dabei nicht vergessen darf.

Betreuungslagen 800.000 sind nur mit einem eng abgestimmten Nationalen Krisenmanagement zu bewältigen.

Komplexlagen wie die Betreuungslagen 800.000 stellen für das Komplexe Hilfeleistungssystem einen maximalen Stresstest dar. Das ist nur durch ein reibungsloses Zusammenwirken aller Komponenten

zu bewältigen. Der Funktionsföderalismus, wie er im aktuell zweigeteilten System des Zivil- und Katastrophenschutz vorherrscht, kommt dabei unweigerlich an seine Grenzen. Darüber kann auch nicht hinwegtäuschen, dass zunehmend lieber von „Bevölkerungsschutz“ gesprochen wird, einer Behördendefinition, die bisher in keiner Weise systemisch aufgegriffen wurde. Hier muss dringend in neuen Dimensionen und Wegen gedacht werden.

THW, Feuerwehren, ASB, DLRG, JUH, MHD und DRK sind gemeinsam und auf Augenhöhe DIE Akteure bei einer großen Betreuungslage

Komplexlagen, wie wir sie in der Flüchtlingsnothilfeoperation als gesamtdeutsche Betreuungslage erlebt haben, werden nur bewältigt, wenn alle Kompetenzen und Fähigkeiten in einem großen nationalen Komplexen Hilfeleistungssystem zusammengefasst werden. Zu diesem Zusammenwirken auf Augenhöhe von Regierungsorganisationen wie dem THW und der Feuerwehr, der Nationalen Rotkreuzgesellschaft und der nach ZSKG anerkannten Hilfsorganisationen braucht es einen klar bekundeten politischen Willen und ein ebenso klare Bekenntnis von Ministerien und Behörden. Ansonsten ist auf absehbare Zeit dieses System, das mehrfach seine Leistungs- und Durchhaltefähigkeit bewiesen hat, ernsthaft in seiner Substanz bedroht. Von einer erfolgreichen Bewältigung der künftigen Szenarien der Konzeption Zivile Verteidigung brauchen wir dann auch nicht zu sprechen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Harald Lewin: Betreuungswesen heute- Soziale Betreuung/ PSNV

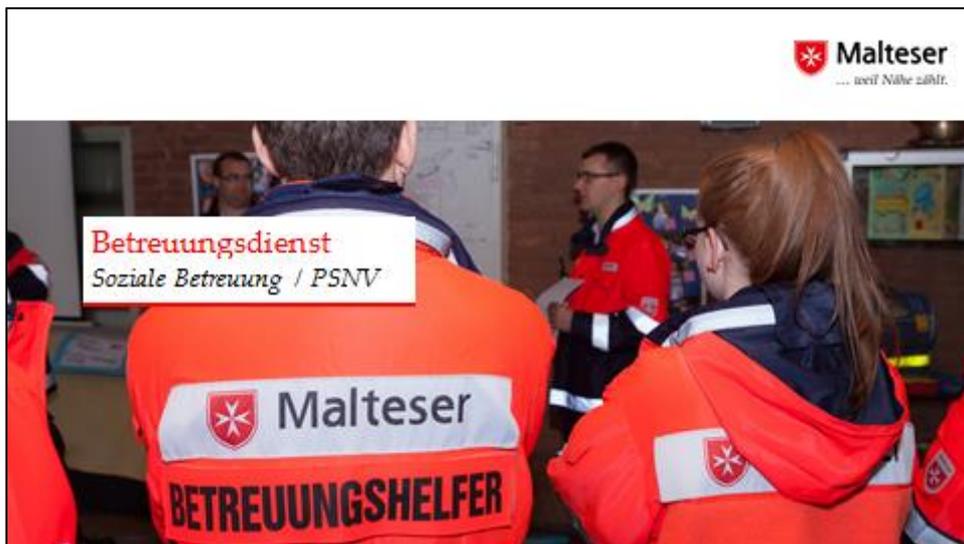
Abstract:

Die Soziale Betreuung im Betreuungsdienst und die Psychosoziale Notfallversorgung (PSNV) sind Fachbereiche innerhalb der Hilfsorganisationen, welche sich in besonderer Weise um das psychische Wohlergehen von Betroffenen kümmern. Beide Fachbereiche sind dabei jedoch mit Blick auf gänzlich unterschiedliche Szenarien und somit auch Notwendigkeiten geschaffen worden.

Während die Soziale Betreuung eine große Anzahl an Betroffenen, bspw. im Zuge groß- und längerfristiger Evakuierungen, im Blick hat, befasst sich die PSNV im Kern mit individuellen Notsituationen, bspw. mit Hinterbliebenen oder traumatisierten Personen.

Um ein erfolgreiches Zusammenwirken dieser beiden Dienste zu gewährleisten, braucht es ein beiderseitiges Verständnis der jeweiligen Geschichte, den Kernkompetenzen, den hauptsächlichen Aufgaben und einer sauberen Schnittstellendefinition.

Im Rahmen großer betreuungsdienstlicher Einsätze wahrt die Soziale Betreuung den Überblick über die Gesamtheit der Betroffenen und kann die PSNV an den entscheidenden Stellen zielgerichtet einsetzen. Die PSNV kann in Ergänzung dazu mit ihren tiefgehenden psychosozialen Kenntnissen Führungskräfte des Betreuungsdienstes beraten und kann insbesondere eine Einsatzkräftenachsorge sicherstellen.



Aufbau der Präsentation

- I. Rückblick: Entstehung und Aufgaben der Sozialen Betreuung
- II. Rückblick: Entstehung und Aufgaben der PSNV
- III. Ausblick: Betreuungsdienst und PSNV unter der KZV

Worauf baut(e) der Betreuungsdienst im KatS nach dem zweiten Weltkrieg auf?

- Erfahrungen aus dem zweiten Weltkrieg (Luftschutz)
- Vorbereitung im Kalten Krieg
- Hauptaufgabe: Einsatz im Rahmen großflächiger Evakuierungen und Unterbringungen großer Teile der Bevölkerung

Aufgaben gem. KatS/DV 600/1 (Betreuungszug)

Die Gruppe soziale Betreuung

Die Gruppe soziale Betreuung wird wie folgt eingesetzt:

- a) bei un gelenkten Bevölkerungsbewegungen (Fluchtbewegungen)
 - zur Mitwirkung beim Sammeln Hilfesuchender,
 - zur Durchführung der Erstregistrierung mit Begleitkarte (siehe Anlage 6),
 - zur Vorbereitung und Durchführung von Betreuungsmaßnahmen einschließlich der Unterstützung anderer Betreuungskräfte,
- b) bei gelenkten Bevölkerungsbewegungen (Räumung und Evakuierung)
 - zur Unterstützung anderer Betreuungskräfte (z. B. von Betreuungsstellen) im Rahmen der Zusammenstellung und Abfertigung von Transporten, insbesondere durch Erstregistrierung,
 - zur Durchführung von Betreuungsmaßnahmen auf Sammelplätzen (siehe Anlage 7a), insbesondere zum Ansprechen Betroffener und zur Erstregistrierung,
 - zur Durchführung von Betreuungsmaßnahmen entlang von Marschstraßen,

Aufgaben gem. KatS/DV 600/1 (Betreuungszug)

- c) in Aufnahmegebieten zur Unterstützung der Aufnahmegemeinde
 - bei der Durchführung von Betreuungsmaßnahmen,
 - bei der Registrierung und zur vorübergehenden oder endgültigen Unterbringung,
- d) soweit es die Lage erlaubt oder fordert
 - zur Unterstützung des Sanitätsdienstes,
 - zur Durchführung von Betreuungsmaßnahmen an Dekontaminationsstellen in Zusammenarbeit mit dem ABC-Dienst, insbesondere zur Registrierung.

Die Gruppe soziale Betreuung kommt in der Regel geschlossen zum Einsatz.

Aufgaben gem. KatS/DV 600/3 (Betreuungsstelle)

Die Gruppe soziale Betreuung

Die Gruppe soziale Betreuung ist je nach Zustand der Betroffenen und deren Aufenthaltsdauer insbesondere zuständig für

- die Registrierung,
- die Veranlassung der Versorgung von verletzten, kranken und hilfsbedürftigen Personen,
- die Verteilung von Gegenständen des dringendsten persönlichen Bedarfs,
- die Betreuung der betroffenen Personen (z. B. Zuspruch, ggf. eine gewisse Vorsorge für religiöse Betreuung).

Der Gruppenführer hat im Rahmen seiner Verantwortung insbesondere auch für die Weiterleitung der Registrierungsunterlagen an den Führungstrupp zu sorgen.

MAPL 603 (Soziale Betreuung)

Musterausbildungsplan 603

für die
Fachausbildung der Helfer der Gruppen Soziale Betreuung der Betreuungsstelle und des Betreuungszuges

– Stand: März 1977 –

Voraussetzung: Beabsichtigte Verwendung in der Gruppe Soziale Betreuung der Betreuungsstelle oder des Betreuungszuges
Abgeschlossene Grundausbildung (MAPL 601)

Ausbildungsziel: Befähigung zum Helfer der Gruppe Soziale Betreuung der Betreuungsstelle

Dauer: 22 Stunden

Ausbildungsort: Standort

MAPL 603 (Soziale Betreuung)

Themen	
1.	Aufgaben, Stärke, Gliederung, Ausstattung der Gruppen Soziale Betreuung der Betreuungsteile und des Betreuungszuges
2.	Registrierung und Kartensysteme
2.1.	Organisation und Durchführung
2.2.	Registrieren bestimmter Personengruppen z. B. Kinder
2.3.	Kennzeichnung alleinstehender Kinder
2.4.	Schreibensachrichtigungskarte
3.	Bereitstellen von Bekleidung und Bedarfsgegenständen
3.1.	Übernahme von Bekleidung und Bedarfsgegenständen nach Anforderung
3.2.	Einrichten und Betrieb von Bekleidungskammern und Ausgabestellen für Bedarfsgegenstände
3.3.	Vorbereiten von Bekleidung und Bedarfsgegenständen für die Ausgabe (Annahmestelle, Sortieren)

AKNZ-Fachkongress / 06.03.2018 / DeW-PöNV 7

MAPL 603 (Soziale Betreuung)

4.	Betreuungsmaßnahmen
4.1.	Grundsätze für die Durchführung der Betreuungsmaßnahmen
4.2.	Hilfe für besonders Hilfsbedürftige wie – Säuglinge und Kinder – besonders Anfällige – alten Menschen – wandernde Mütter
4.3.	Schaffen von Betreuungseinrichtungen
4.4.	Beschäftigung der Betreuten (Freizeit)
4.5.	Religiöse Betreuung
5.	Mitwirkung bei der Zusammenstellung und Abfertigung von Transporten
5.1.	Vorbereitende Maßnahmen bei den Betroffenen
5.2.	Zusammenstellen von Transporten
5.3.	Verteilen auf die Transportmittel
5.4.	Betreuung während des Transports
5.5.	Übergabe der Betroffenen
6.	Mitwirken bei der Aufnahme Obdachloser in Unterkünften
7.	Verwaltungsarbeiten in der Gruppe Soziale Betreuung Zusammenfassung der für die vorgenannten Themen notwendigen Verwaltungsarbeiten

AKNZ-Fachkongress / 06.03.2018 / DeW-PöNV 8

Geschichte PSNV in Deutschland und im MHD



AKNZ-Fachkongress / 06.03.2018 / DeW-PöNV 9



Geschichte PSNV in Deutschland und im MHD

Historie (1)

- Seelsorge für Menschen in Not gab es schon in der Bibel
- Psychosoziale Unterstützung (PSU)
 - Rammstein 1988
 - Krisenintervention ab 1994: KIT-Teams in Zusammenarbeit mit Notfallseelsorge
 - Eschede 1998
- Die Malteser entwickelten den Dienst PSU seit Anfang der 90er Jahre im Projekt „Mensch im Mittelpunkt“ primär als Unterstützung des Personals im Rettungsdienst zur Verbesserung der Belastungsverarbeitung

AKNZ-Fachkongress / 09.09.2016 / 06:00-07:15



Geschichte PSNV in Deutschland und im MHD

Historie (2)

- Seit 2003 Malteser **HOTLINE für Einsatzkräfte** 24 Stunden täglich, 7 Tage die Woche
- 2004 Tsunami und Seebeben in Südostasien, **Zusammenarbeit mit Notfallpsychologen** des Berufsverbandes der Deutschen Psychologinnen und Psychologen (BDP)
- 2005 **Kooperationsvereinbarung des MHD mit dem BDP**: Überprüfung der PSU-Ausbildungscurricula- und Umsetzung der PSU-Ausbildungen der Malteser durch den BDP.
- Seit 2005 durch BDP zertifizierte Ausbildungen: PSNV-Basisseminar & KIT-Aufbauseminar
- 2005 **Bundesarbeitsgemeinschaft Psychosoziale Unterstützung für Einsatzkräfte (BAG PSU)**

AKNZ-Fachkongress / 09.09.2016 / 06:00-07:15



Geschichte PSNV in Deutschland und im MHD

Historie (3)

- Bemühungen um Schaffung von Standards und Leitlinien auf Bundesebene: 2007 bis 2010 Konsensusprozess durch das BMI bzw. BBK: Konsensus zum **Begriff PSNV**
- **PSNV als Gesamtstruktur, differenziert in Maßnahmen der Prävention sowie der kurz-, mittel- und langfristigen Versorgung im Kontext von belastenden Notfällen bzw. Einsatzsituationen.**
- In Weiterentwicklung der Ergebnisse initiierten die Malteser gemeinsam mit den HiOrg und der kath. und ev. Notfallseelsorge 2013 eine **Verständigung auf weitere Qualitätsstandards**
- Seit 2015 **Sozialer Ansprechpartner als Vertrauensperson**, basierend auf dem Mediatorenmodell im Rettungsdienst.

AKNZ-Fachkongress / 09.09.2016 / 06:00-07:15



Soziale Betreuung und PSNV

- Die Dienste wurden auf Grund unterschiedlicher Notwendigkeiten geschaffen, verfolgen demzufolge unterschiedliche Ziele, richten sich an unterschiedliche Zielgruppen und agieren unterschiedlich.
- ABER: Im Einsatz ergänzen und unterstützen sich die Dienste im Katastrophenschutz.

AKNZ-Fachkongress | 08.03.2018 | 09:00-09:15 | 12



Neue Herausforderungen im Rahmen KZV?!

Teilfähigkeiten der Betreuung sind insbesondere:

- *das Einrichten und der Betrieb von Notunterkünften,*
- *das Einrichten und der Betrieb von Verpflegungsstellen,*
- *die soziale Grundbetreuung und Vermittlung in weiterführende administrative und psychosoziale Notfallversorgung,*
- *die Begleitung besonders hilfsbedürftiger Personen (beispielsweise älterer Menschen, behinderter Personen, Eltern mit Kleinkindern, unbegleiteter Minderjähriger),*
- *die Registrierung von Personen, Dokumentation und Suchdienstanforderungen.*

AKNZ-Fachkongress | 08.03.2018 | 09:00-09:15 | 14



Neue Herausforderungen im Rahmen KZV?!

Teilfähigkeiten der Betreuung sind insbesondere:

- *das Einrichten und der Betrieb von Notunterkünften,*
- *das Einrichten und der Betrieb von Verpflegungsstellen,*
- *die soziale Grundbetreuung und Vermittlung in weiterführende administrative und psychosoziale Notfallversorgung,*
- *die Begleitung besonders hilfsbedürftiger Personen (beispielsweise älterer Menschen, behinderter Personen, Eltern mit Kleinkindern, unbegleiteter Minderjähriger),*
- *die Registrierung von Personen, Dokumentation und Suchdienstanforderungen.*

AKNZ-Fachkongress | 08.03.2018 | 09:00-09:15 | 14

Rahmenbedingungen KZV

Zur Klarstellung:

- Es geht hier um flächendeckende Ereignisse mit einer großen Anzahl weitgehend unverletzt Betroffener
- Bisherige betreuungsdienstliche „Alltags“-Szenarien sind weit von Szenarien der KZV entfernt
- Eine Individualbetreuung Betroffener ist unter diesem Rahmen weitestgehend unrealistisch
- Der primäre Betreuungsbedarf der Betroffenen orientiert sich damit zwingend zunächst an der Befriedigung von Grundbedürfnissen

AKNZ-Fachkongress / 09.09.2017 / 09:00-09:15 / 16

Hauptaufgaben der Sozialen Betreuung

- I. Die akuten Bedürfnisse der Betroffenen angesichts der Ausnahmesituation befriedigen.
- II. Sicherheit, soziale Ordnung und Erwartbarkeit bieten, verlässliche Informationen geben, „Alltagsstrukturen“ schaffen, Selbstwirksamkeit und Kontrolle der Betroffenen durch Einbindung stärken.

AKNZ-Fachkongress / 09.09.2017 / 09:00-09:15 / 17

Schnittstellen: Betreuungsdienst-PSNV

- III. Die Soziale Betreuung muss eigenständig individuellen psychosozialen Hilfebedarf bei Betroffenen **erkennen** und daraufhin die PSNV einbeziehen. Diese wirkt dann punktuell und entlastet dadurch die Soziale Betreuung.
- IV. PSNV berät den Betreuungsdienst in psychosozialen Fragestellungen und stellt die Einsatzkräftenachsorge sicher.

AKNZ-Fachkongress / 09.09.2017 / 09:00-09:15 / 18

Leander Strate, Klaus-Dieter Schinkel: Betreuungswesen heute- Kooperation mit Dritten /Wohlfahrt

Abstract:

Der Betreuungsdienst im Zivil- und Katastrophenschutz ist eine klassische Aufgabe der Hilfsorganisationen (ASB, DLRG, DRK, JUH, MHD). Basierend auf den Erfahrungen aus dem Zweiten Weltkrieg und den Binnenflüchtlingen aus dem Osten gen Westen wurden in der Nachkriegszeit vor allem im Kontext des Ost-West-Konflikts entsprechende Betreuungsdienst-Einheiten aufgestellt. Ziel und Aufgabe war es damals, eine Großzahl von Menschen auf der Flucht geschütztes Obdach, Verpflegung und soziale Betreuung zu gewähren. Dabei wurde eng an den Erfahrungen während der Kriegszeit konzipiert und so entstanden Vorstellungen für das Betreiben großer Binnen-Flüchtlingslager. Die qualitätsmäßige Ausrichtung war auf eine Basis- oder Grundversorgung gelegt. Nach dem Zusammenbruch des Warschauer-Pakts wurden die Zivilschutz-Kontingente in erheblichem Maße reduziert. Der Leistungsbereich des Betreuungsdienstes wurde komplett aus der Förderung des BUNDES gestrichen, so dass heute auf Bundesebene keine Vorhaltungen von Einheiten des Betreuungsdienstes mehr existieren. Parallel dazu führen immer wieder aufgefundene Fliegerbomben aus dem Zweiten Weltkrieg zu teilweise erheblichen Evakuierungen von Menschen. Diese sind jedoch stets zeitlich limitiert. Die Betreuungen werden zu einem ganz überwiegenden Teil durch Ressourcen der Hilfsorganisationen bewältigt, die teilweise auf Materialien der Bundesländer zurückgreifen können. Die Mehrzahl der Bundesländer halten jedoch eigene Ressourcen nicht für eine solche Leistung vor. Die Situation des hohen Zustroms geflüchteter Menschen aus Kriegs-/Bürgerkriegsgebieten in den Jahren 2015 – 2016 zeigte deutlich, dass sowohl die Kommunen als auch die Länder mit einer solch hohen Anzahl von zu betreuenden Menschen überfordert waren. Auch hier haben die Hilfsorganisationen in der akuten Phase den Großteil der Aufgaben übernommen. Die Erfahrungen aus langfristig evakuierten Gebieten (Fukushima) zeigen darüber hinaus, dass eine längerfristige Betreuung und Versorgung einer Bevölkerung mit weiteren qualitativen Herausforderungen verbunden ist. Das ergibt sich vor allem aus der sozio-demografischen Abbildung der Bevölkerung. Evakuierte umfassen danach nicht die „Standard-Familie“ mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern, sondern stellen einen Querschnitt aus dem Gesamtkomplex der Bevölkerung dar. Und das bedeutet, dass es einen immer größer werdenden Anteil älterer, hochbetagter, multimorbider Menschen gibt, dass die Anzahl von zu pflegenden Menschen mit einem Pflegegrad kontinuierlich steigt und auch andere Personengruppen (minderjährige, unbegleitete Kinder/Jugendliche; Menschen mit körperlichen, seelischen oder geistigen Beeinträchtigungen) unter den Evakuierten sein werden. Die Hilfsorganisationen müssen sich diesem wachsenden Bedarf stellen. Um dies zukünftig sicher zu gewährleisten ist es erforderlich, dass sich die Ressourcen der Hilfsorganisationen mit denen der Wohlfahrtsorganisationen (AWO, Caritas, Diakonie, DRK, Paritätischer) sehr viel enger zusammenschließen und Handlungskompetenzen untereinander abstimmen.

BBK Kongress 2017



Betreuungsdienst heute Kooperation mit Dritten

Klaus-Dieter Schinkel; Pfeiffersche Stiftungen, Magdeburg
Leander Strate, JUH Bundesgeschäftsstelle, Berlin

AKNZ Fachkongress Betreuung 2017



Agenda

- A. Hintergrund / Historie
- B. Sachstand Heute
- C. Sachstand SOLL
- D. Faktoren der Veränderung
- E. Besondere Zielgruppen (Definition, Betreuungsbedarfe, Lösungswege)
- F. Praxisbeispiel „Pfeiffersche Stiftungen“ (Evakuierung einer Komplexeinrichtung)
- G. Kooperationen

AKNZ Fachkongress Betreuung 2017



Betreuungsdienst Heute - Kooperationen

A. Hintergrund / Historie

- Fachdienst im Zivil- und Katastrophenschutz
- Betreuung großer Binnenflüchtlinge in Auffanglagern
- Teil der Zivilverteidigung

- „Bruch“ mit Entspannungspolitik Ost-West 1990er Jahre
- Abbau von Ressourcen und Strukturen

AKNZ Fachkongress Betreuung 2017



Betreuungsdienst Heute - Kooperationen

B. Sachstand Heute

BUND Ausstieg aus BtD seit 2002 (Neue Strategie)
Focus auf Med. Lagen (MANV; MTF)
Betreuungsaspekt auf eigene Einsatzkräfte
NEU : KZV Planungen incl. Betreuung

Länder inhomogene Lage / nicht abgestimmte Konzepte

HiOrg keine Innovation (anders als im SanD) im Fachdienst, alte
Konzepte (Stand 1990er Jahre)
Zielstellung des Dienstes oft unklar
1. Ansatz: Gem. Stellungnahme HiOrg

AKNZ Fachkongress Betreuung 2017



Betreuungsdienst Heute - Kooperationen

B. Sachstand Heute

Überarbeitung Betreuungsdienst in der JUH seit 2016
Verbandsübergreifende Planungen (HiOrg)
Seit 2016 KZV-Überlegungen BUND/Länder
Kaum Kooperationen mit Einrichtungen der Wohlfahrtspflege

AKNZ Fachkongress Betreuung 2017

Diakonie  **DIE JOHANNITER** 
Aus Liebe zum Leben

Betreuungsdienst Heute - Kooperationen

B. Sachstand Heute

Bedarfe:

- Bombenevakuierungen
- Flüchtlingshilfe
- Versorgung von Einsatzkräften (Fw, THW)
-

Grundannahme: Betreuung regelt die Familie und/oder die Wirtschaft
(Hotel, Caterer; → Abbau Feldkochherde

AKNZ Fachkongress Betreuung 2017

Diakonie  **DIE JOHANNITER** 
Aus Liebe zum Leben

Betreuungsdienst Heute - Kooperationen

C. Sachstand S O L L

???

AKNZ Fachkongress Betreuung 2017

Diakonie 

**DIE
JOHANNITER** 
Aus Liebe zum Leben

Betreuungsdienst Heute - Kooperationen

D. Faktoren der Veränderung

1. Demografie

- Überalterung
- Zunahme Pflege zu Hause / Hochbetagte / Pflegeintensität
- Auswirkung auf das Ehrenamt

2. Gesellschaftliche Trends

- Vereinzelung / Vereinsamung
- Veränderte Familienstrukturen
- Belastung „Familie/Arbeit/Schule“
- Interkulturelle Herausforderung / Inklusion
- Mobilität

AKNZ Fachkongress Betreuung 2017

Diakonie 

**DIE
JOHANNITER** 
Aus Liebe zum Leben

Betreuungsdienst Heute - Kooperationen

D. Faktoren der Veränderung

3. Sicherheitslage

- Konzept Zivile Verteidigung (KVZ)
- Spannung Ost-West („kalter Krieg“)
- Zunahme Bombenevakuierung

4. Ehrenamt

- Gewinnung / Motivation
- Einsatzkräfte 30+ (Neue Zielgruppe?)
- Spontanhelfer (Chancen und/oder Risiken)
- Aus- und Fortbildung (Aktualität, Anpassung etc.)

AKNZ Fachkongress Betreuung 2017

Diakonie  **DIE JOHANNITER** 
Aus Liebe zum Leben

Betreuungsdienst Heute - Kooperationen

E. Besondere Zielgruppen - Definition

- Alte / hochbetagte Menschen
- Menschen mit einer Einstufung eines Pflegegrades und deren Angehörige
- Menschen mit einer Beeinträchtigung (geistige, seelische oder körperliche Beeinträchtigung) und ggf. deren Angehörige
- Kinder / Jugendliche ohne Begleitung durch die Erziehungsberechtigten

AKNZ Fachkongress Betreuung 2017

Diakonie  **DIE JOHANNITER** 
Aus Liebe zum Leben

Betreuungsdienst Heute - Kooperationen

E. Besondere Zielgruppen - Betreuungsbedarfe

Hypothese:

Wissens- und Erfahrungslücken bei den HiOrg sowie den Fachleuten der psychosozialen Notfallversorgung und des Katastrophenschutzes in Bezug auf:

AKNZ Fachkongress Betreuung 2017

Diakonie 

DIE JOHANNITER 
Aus Liebe zum Leben

Betreuungsdienst Heute - Kooperationen

- die Prävalenz der Erkrankungen / Beeinträchtigungen
- Verteilung in den Kommunen (z.B. Heimbeatmungen)
- Psychodynamische Auswirkungen / Folgen von traumatischen Situationen auf die besonderen Zielgruppen
- Mögliche Copingstrategien der Betroffenen
- Mögliche spezifische Bewältigungsstrategien / Bedürfnisse / Bedarfe der Zielgruppen während der akuten Lage

AKNZ Fachkongress Betreuung 2017

Diakonie 

DIE JOHANNITER 
Aus Liebe zum Leben

Betreuungsdienst Heute - Kooperationen

E. Besondere Zielgruppen – erste Erkenntnisse (u.a. EUNAD)

- Menschen mit geistiger Beeinträchtigung benötigen mehr Unterstützung im Notfall (vorher, während und nach dem Ereignis)
- Menschen mit Beeinträchtigungen fokussieren im Ereignisfall ggf. auf irrelevante Aspekte (z.B. Blaulicht) anstatt adäquat auf Gefahrenlagen zu reagieren.

AKNZ Fachkongress Betreuung 2017

Diakonie  **DIE JOHANNITER** 
Aus Liebe zum Leben

Betreuungsdienst Heute - Kooperationen

E. Besondere Zielgruppen – erste Erkenntnisse (u.a. EUNAD)

- Menschen mit geistiger Beeinträchtigung benötigen mehr Unterstützung im Notfall (vorher, während und nach dem Ereignis)
- Menschen mit Beeinträchtigungen fokussieren im Ereignisfall ggf. auf irrelevante Aspekte (z.B. Blaulicht) anstatt adäquat auf Gefahrenlagen zu reagieren.

AKNZ Fachkongress Betreuung 2017

Diakonie  **DIE JOHANNITER** 
Aus Liebe zum Leben

Betreuungsdienst Heute - Kooperationen

E. Besondere Zielgruppen – erste Erkenntnisse

- Notfallsituationen sollten regelmäßig auch mit Menschen mit Beeinträchtigungen geübt werden
- Die Einrichtungen für die Betreuung (Schulen, Wohnheime, Arbeitsplätze) sollten von den HiOrg/Behörden in die Katastrophenvorplanungen stärker einbezogen werden.
- HiOrg sollten engere Kooperationen mit Einrichtungen der Kinder-/Alten- und Behindertenhilfe eingehen.

AKNZ Fachkongress Betreuung 2017

Diakonie  **DIE JOHANNITER** 
Aus Liebe zum Leben

Betreuungsdienst Heute - Kooperationen

F. Praxisbeispiel

Vorbereitungen für eine Evakuierung der Komplexeinrichtung Pfeiffersche Stiftungen während des Hochwassers 2013:

AKNZ Fachkongress Betreuung 2017

Diakonie  **DIE JOHANNITER** 
Aus Liebe zum Leben

Betreuungsdienst Heute - Kooperationen

F. Praxisbeispiel

1. Für die Stadt sind wir nur ein Krankenhaus ... Phase 1 Vorbereitung, 3. bis 6. Juni



Aktuelle Information zum Hochwasser

Sehr geehrte Mitarbeiterinnen der Pfeifferschen Stiftungen,

der Katastrophenschutz der Stadt Magdeburg kam in seiner heutigen Sitzung zu dem Ergebnis, die Pfeifferschen Stiftungen nicht zu evakuieren. Grund dafür ist jedoch immer die Phase der Vorbereitung aufrechtzuerhalten werden. Die Besetzung entspricht die Anzahl der möglichen betroffenen Personen. Falls sich die Lage ändert, kann es bei Bedarf schnell reagiert werden. Aktuell gehen die Fachleute jedoch davon aus, dass die Deiche halten.

Für Anfragen der Angehörigen von Patienten und Besuchern ist eine Mitarbeiterin geschaltet. Unter der Nummer 0391 886212 erhalten diese eine aktuelle Anzeige vom Band.

Bei Fragen wenden Sie sich bitte an die Leitlinie für Unternehmenskommunikation, Frau Ulrike Petersmann.

Vorsitzer Christoph Radbruch,
Vorstandsvorsitzender

Beachten Sie die Dienstleistung „**Kommunikationsleistung zum Krisenmanagement**“ zum konkreten Angebot bei Ereignissen, die zu einer Evakuierung können, sowie die Dienstleistung „**Kommunikationsleistung**“ im Anhang.

AKNZ Fachkongress Betreuung 2017 **Diakonie**  **DIE JOHANNITER** 
Aus Liebe zum Leben

Betreuungsdienst Heute - Kooperationen

F. Praxisbeispiel **Erkenntnisse**

- Die Pfeifferschen Stiftungen müssen Aufnahme finden in den Katastrophenschutzplan der Stadt Magdeburg.
- Durch die Beibehaltung der Organisation wurden Dinge, die eingeübt waren, auch umgesetzt. Never change a running system.
- Festlegung **eines** Ansprechpartners mit direktem Zugang zum Vorstand, notwendige Eigenschaft: hohe Kommunikationskompetenz, Ruhe bewahrend.
- Die Pforte ist Teil des Krisenbüros und muss laufend informiert werden, auflaufende Anrufe werden in das Krisenbüro weitergeleitet.
- Ständiger Hinweis auf Dienstanweisung Krisenkommunikation.

AKNZ Fachkongress Betreuung 2017 **Diakonie**  **DIE JOHANNITER** 
Aus Liebe zum Leben

Betreuungsdienst Heute - Kooperationen

F. Praxisbeispiel

2. Wir sind hier nicht
bei Wünsch Dir Was ...
Phase 2 Evakuierung,
7. Juni



AKNZ Fachkongress Betreuung 2017

Diakonie  **DIE JOHANNITER** 
Aus Liebe zum Leben

Betreuungsdienst Heute - Kooperationen

F. Praxisbeispiel Erkenntnisse

- Gute Vorbereitung zahlt sich aus (Ausweichquartiere).
- Die Listen der Eingliederungshilfe muss den Hinweis auf die mit zu evakuierenden Betreuer enthalten, Anzahl, Namen eher schwierig, da dienstplanabhängig.
- Obwohl wir aufgefordert waren, unsere Listen täglich zu aktualisieren, nahm dies im Katastrophenschutzstab niemand zur Kenntnis. Schlussfolgerung: Die erste Liste muss bereits ziemlich gut sein!

AKNZ Fachkongress Betreuung 2017

Diakonie  **DIE JOHANNITER** 
Aus Liebe zum Leben

Betreuungsdienst Heute - Kooperationen

F. Praxisbeispiel Erkenntnisse

- Die Unterbringung vorab klären, da der Katastrophenschutzstab Pfeiffers insgesamt in einer Schule unterbringen wollte.
- Die Evakuierung von Menschen mit Beeinträchtigungen, insb. mit schwerem Gerät muss früh an den Katastrophenschutzstab der Stadt adressiert werden.

AKNZ Fachkongress Betreuung 2017

Diakonie  **DIE JOHANNITER** 
Aus Liebe zum Leben

Betreuungsdienst Heute - Kooperationen

F. Praxisbeispiel Erkenntnisse

- Transportmittel sind ein wichtiger Punkt für die Eingliederungshilfe, da der Katastrophenschutzstab insbesondere schwerst-mehrfach behinderte Menschen nicht prioritär im Blick hat. Für die Evakuierung die eigenen Fahrzeuge der Regie durch die Einsatzleitung unterstellen.

AKNZ Fachkongress Betreuung 2017

Diakonie  **DIE JOHANNITER** 
Aus Liebe zum Leben

Betreuungsdienst Heute - Kooperationen

F. Praxisbeispiel

3. Der Pegel des Verständnisses für die Arbeit der AH steigt bei den Mitarbeitern des Klinikums von Stunde zu Stunde ...
Phase 3 Betreuung an 20 Standorten, 7. bis 12 Juni



AKNZ Fachkongress Betreuung 2017

Diakonie  **DIE JOHANNITER** 
Aus Liebe zum Leben

Betreuungsdienst Heute - Kooperationen

F. Praxisbeispiel Erkenntnisse

- Evakuierung = kurzfristige Evakuierung, die logistischen Herausforderungen eines mehrtägigen Notquartiers sind nicht im Blick.
- Alte, demente Menschen auf Feldbetten geht für die kurze Zeit. Wir haben teilweise Zwischenverlegungen vornehmen müssen.
- Die Versorgung in der eigenen Hand zu behalten lohnt sich.
- Besuche des Vorstands an allen Standorten sind wichtig für Mitarbeitende und Klienten

AKNZ Fachkongress Betreuung 2017

Diakonie  **DIE JOHANNITER** 
Aus Liebe zum Leben

Betreuungsdienst Heute - Kooperationen

F. Praxisbeispiel

4. Es geht wieder nach
Hause
Phase 4
Rückevakuierung,
13. Juni



AKNZ Fachkongress Betreuung 2017

Diakonie  **DIE JOHANNITER** 
Aus Liebe zum Leben

Betreuungsdienst Heute - Kooperationen

F. Praxisbeispiel Erkenntnisse

- Vorbereitet und abgestimmt sein ist extrem hilfreich im Umgang mit dem Krisenstab und der Einsatzleitung.

Erkenntnisse darüber hinaus:

AKNZ Fachkongress Betreuung 2017

Diakonie  **DIE JOHANNITER** 
Aus Liebe zum Leben

Betreuungsdienst Heute - Kooperationen

F. Praxisbeispiel Erkenntnisse

- Vereinbarung mit der MAV zum ortsübergreifenden Einsatz in der Krisensituation.
- Fortschreibung der Ereignisse für spätere Analyse extrem wichtig (Tickertagebuch).
- Erarbeitung Leitlinien für nächste Katastrophe.
- **Kanalieren der Kommunikation** extrem wichtig: ein Ansprechpartner für den Krisenstab

AKNZ Fachkongress Betreuung 2017

Diakonie 

DIE JOHANNITER 
Aus Liebe zum Leben

Betreuungsdienst Heute - Kooperationen

G. Kooperationen ?

- HiOrg haben ihre Kernkompetenz im Bevölkerungsschutz
- Wohlfahrtsverbände sind selten in die Notfallplanung der Kommunen / Länder eingebunden
- Ambulante und stationäre Einrichtungen der Kinder-/Jugendhilfe, Alten- und Behindertenhilfe sind KRITIS
- Beide Sektoren können sich durch ihre Kernkompetenzen sehr gut ergänzen und ein ganzheitliches Notfallmanagementsystem entwickeln!

AKNZ Fachkongress Betreuung 2017

Diakonie 

DIE JOHANNITER 
Aus Liebe zum Leben

Betreuungsdienst Heute - Kooperationen

G. Kooperationen Erste Schritte

- Vernetzung (In der Krise Köpfe kennen)
- Regelmäßiger Fachaustausch
- Kooperationen im Bereich der Aus- und Fortbildung
- Regelmäßige Übungen
-

AKNZ Fachkongress Betreuung 2017

Diakonie  **DIE JOHANNITER** 
Aus Liebe zum Leben

Betreuungsdienst Heute - Kooperationen

H. Informationen



Europäisches Netzwerk zur Unterstützung
von Menschen mit Behinderung im
Katastrophenfall

AKNZ Fachkongress Betreuung 2017

Diakonie  **DIE JOHANNITER** 
Aus Liebe zum Leben

Betreuungsdienst Heute - Kooperationen

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit

Klaus Dieter Schinkel
Kaufm. Vorstand
Pfeiffersche Stiftungen
zu Magdeburg, Cracau

Tel. 0391 – 8505 115

KD.Schinkel@pfeiffersche-stiftungen.org

Leander Strate
Fachbereichsleiter Bevölkerungsschutz
Johanniter-Unfall-Hilfe e.V.
Bundesgeschäftsstelle

Tel. 030 – 26 997 162

leander.strate@johanniter.de

AKNZ Fachkongress Betreuung 2017

Diakonie  **DIE JOHANNITER** 
Aus Liebe zum Leben

Udo Rosentreter: Betreuungswesen heute-Einsatzkonzepte/ **Betreuungsplatz 500**

Abstract:

Der **Betreuungsplatz 500 (BTP 500)** ist eine an den jetzigen Einsatzerfordernissen angepasste Weiterentwicklung des alten „Betreuungszuges“, der bereits mit der Namensgebung zwei wesentliche Kernbotschaften vermitteln will.

Zum einen wird vermittelt, dass die Kapazitäten für die Betreuung von ca. 500 Personen ausgerichtet ist und das ein „Platz“, also eine stationäre Einrichtung an einem geeigneten Ort eingerichtet wird, der dann auch so groß sein muss, dass er die 500 Personen aufnehmen kann.

Die Einsatzszenarien der letzten Jahre lassen die Bereiche der „klassischen Betreuung“ mit der Sozialen Betreuung und der Psychosozialen Notfallversorgung immer weiter zusammen rücken, so dass auch bezüglich der taktischen Gliederung, der Ausbildung und der Personalstärke Anpassungen am bisherigen Konzept erforderlich wurden.

Die feste Zuordnung von 2 KTW mit entsprechend ausgebildeter Besatzung zum BTP 500 ermöglicht die flexible Reaktion auf niederschwellige medizinische Problemstellungen oder sonstige Transportnotwendigkeiten, die bisher nur durch Nachalarmierung des Sanitäts- oder Rettungsdienstes gelöst werden konnten.



Organisation des Katastrophenschutzes im Land Berlin

- ABC-Dienst
- Brandschutzdienst
- Betreuungsdienst
- Sanitätsdienst



Planungsgrundlagen für den Betreuungsdienst

- Bei Großschadensereignissen sind maximal 10 % der Bevölkerung betroffen
- 2/3 benötigen keine Betreuung = Planung für 3 %
- Strukturen in umliegenden Gebietskörperschaften sind bei zivilen Schadensereignissen intakt und werden genutzt – so dass für 10 % Vorkehrungen getroffen werden.
- Berlin mit 3,4 Mio Einwohner = ca. 10.000 Betroffene

Konzept 21

Die Landesausstattung wird vom Bund durch 3 MTF und weitere Ausstattung ergänzt und jeweils 7

- Betreuungsplatz 500
- Behandlungsplatz 25
- Patiententransportzug

aufgestellt.

Betreuungsplatz 500

Der Betreuungsplatz 500 ist eine multifunktionale Einsatzeinheit im Betreuungsdienst des Berliner Katastrophenschutzes.

Er verfügt über Fähigkeiten der

- Führung
 - Betreuung
 - Versorgung
 - Logistik
 - sanitätsdienstliche Transportmittel
- für 500 hilfsbedürftige Personen für 24 Stunden



Betreuungsplatz 500
1 / 5 / 35 = 41

BTP 500
AG KMSO
Berlin
Stand
Oktober 2012

 Führungs-Trip	1	 KAW Position	1	 Fg	2	 UFG	3	 KTC 1	4												
 Logistik-Trip	2	 GM Log B Position	1	 Fg	2	 UFG	3	 KTC 1	4												
 Betreuungs-Gruppe	3	 Bt-Kombi Position	1	 UFG	2	 Fg	3	 UFG	4	 KTC	5	 KTC	6								
 Verpflegungs-Gruppe	4	 GM Bt FgH Position	1	 UFG	2	 Koch	3	 UFG	4	 UFG	5	 UFG	6	 UFG	7	 UFG	8	 UFG	9	 KTC	10
 Verkehrstransport-Trip	5	 KAW Typ B Position	1	 KTC	2	 KTC 1	3	 KTC 1	4	 KTC 1	5	 KTC 1	6	 KTC 1	7	 KTC 1	8	 KTC 1	9	 KTC 1	10

www.dlrg.de


06.02.2018
DLRG-LV-Berlin
6

Aufgaben der Betreuungsgruppe


Bt-Kombi

- Betreuen von hilfsbedürftigen (evakuierten) Personen
- Versorgen von Evakuierten in den Aufnahmestellen mit lebensnotwendigem / dringendem persönlichem Bedarf
- Heranführen von Bedarfsmitteln für die in die Aufnahmestellen Evakuierten
- Versorgung von Helfern
- Einrichten und Betreiben von Aufnahmestellen und Obdachlosenunterkünften
- Registrieren von Evakuierten in den Aufnahmestellen und Unterkünften
- Unterstützung der Verpflegungs-Gruppe

www.dlrg.de


06.02.2018
DLRG-LV-Berlin
7

Aufgaben der Verpflegungsgruppe



- Einrichten und Betreiben von mobilen Verpflegungsausgabestellen
- Zubereiten von Warm- und Kaltverpflegung sowie Getränken,
- Bereitstellen von Trinkwasser
- Unterstützen der Betreuungsgruppe beim Transport von Bedarfsgütern

Die Verpflegungseinheiten stehen auch allen übrigen Katastrophenschutzeinheiten für die Versorgung eigener Kräfte zur Verfügung.

Logistiktrupp



- Heranführen von Bedarfsmitteln
- Unterstützung in allen Fragen der Logistik
- Koordinieren zusammengeführten Materials anderer Einheiten
- Übernahme von Hausmeisterdiensten
(Ausführen von Kleinreparaturen)
- Unterstützung bei der ordnungsgemäßen Entsorgung

Sanitätstrupp



- Übernehmen von Verletzten aus den Verletztenablagen,
- Unterstützen medizinischer Sofortmaßnahmen nach ärztlicher Entscheidung und Anleitung,
- Durchführen des Transportes von Verletzten nach ärztlicher Festlegung,
- Registrieren von Verletzten,
- Sanitätsdienstliches Betreuen von Verletzten,
- Evakuierung liegend zu transportierender Personen
- Unterstützen von weiteren Evakuierungsmaßnahmen

Ergänzende Aufgaben

- Unterstützung der Sozialbehörden z. B. durch
 - Einrichten von Sammelstellen und Obdachlosenlagern
 - Registrierung und Unterstützung bei der Verpflegung Obdachloser und Hilfsbedürftiger
 - Unterstützung der Wohlfahrtsverbände
- Unterstützung der Feuerwehreinheiten bei Großschadensereignissen von längerer Dauer
- Unterstützung anderer Katastrophenschutzeinheiten

Marian Sauter: Betreuungswesen heute-Ausbildung und Ehrenamt

Abstract:

Sich ehrenamtlich im Betreuungsdienst zu beteiligen, erfordert neben Engagement auch eine grundlegende Ausbildung. Dabei soll die Möglichkeit geboten werden, sich neben dem Beruf fortzubilden, was eine modulare Struktur nötig macht. Gleichzeitig soll den Ehrenamtlichen die Möglichkeit zur Spezialisierung innerhalb des Betreuungsdienstes (PSNV, Feldkoch, Maschinist, Führung) geboten werden. Hierbei müssen die Ausbildungsinhalte so vermittelt werden, dass trotz der kurzen Ausbildungszeiten ausreichend theoretisches und praktisches Wissen vermittelt wird. Zusätzlich ist eine regelmäßige Auffrischung der Inhalte wichtig – da es eben kein „Arbeitsalltag“ ist. Das Arbeiten mit ehrenamtlichen Helfern erfordert also flexible Ausbildungsstrukturen und eine andere Motivation, um eine langfristige Bindung zu ermöglichen.

A photograph showing two individuals from the ASB (Arbeiter-Samariter-Bund) in a large, brightly lit hall. They are wearing red and blue high-visibility jackets. The person in the foreground has 'Gruppenführer' and 'Arbeiter-Samariter-Bund' printed on their back. The person next to them has 'BETREUUNG' on their back. They are looking towards a large area filled with many small tables and chairs, likely a training or event space. The hall has a high ceiling with exposed steel beams and large windows.

**BETREUUNG
HEUTE**

Ausbildung und Ehrenamt

Marian Sauter, ASB RV München / Oberbayern



ASB
Arbeiter-Samariter-Bund

A partial view of an ASB staff member in a red and blue uniform, standing in the same large hall as the main image.



Wer wird
ausgebildet?

Wann wird
ausgebildet?

Was wird
ausgebildet?

Wie wird
ausgebildet?

Was ändert sich?

Motive ehrenamtlichen Engagements



Lernen

Selbstwertsteigerung

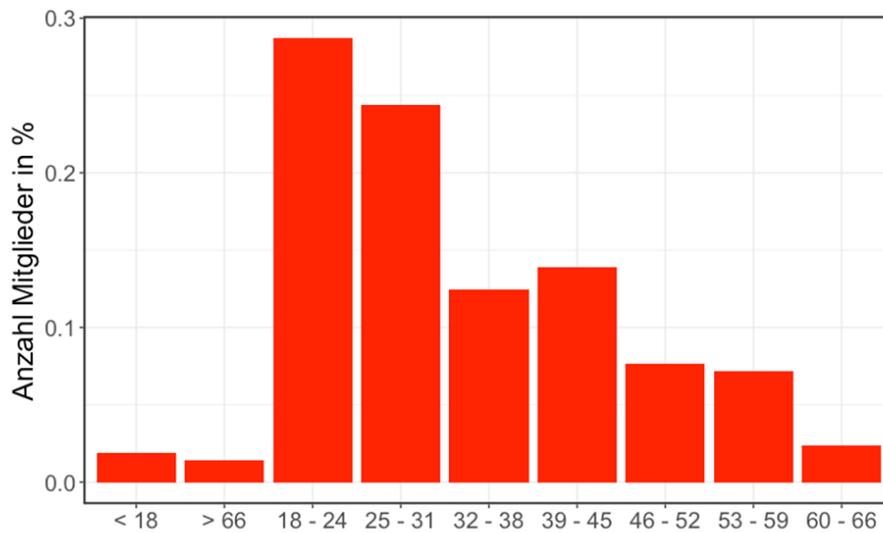
Ausgleich

Anerkennung

etwas Gutes tun

Tradition

Alterstruktur des BevS ASB München

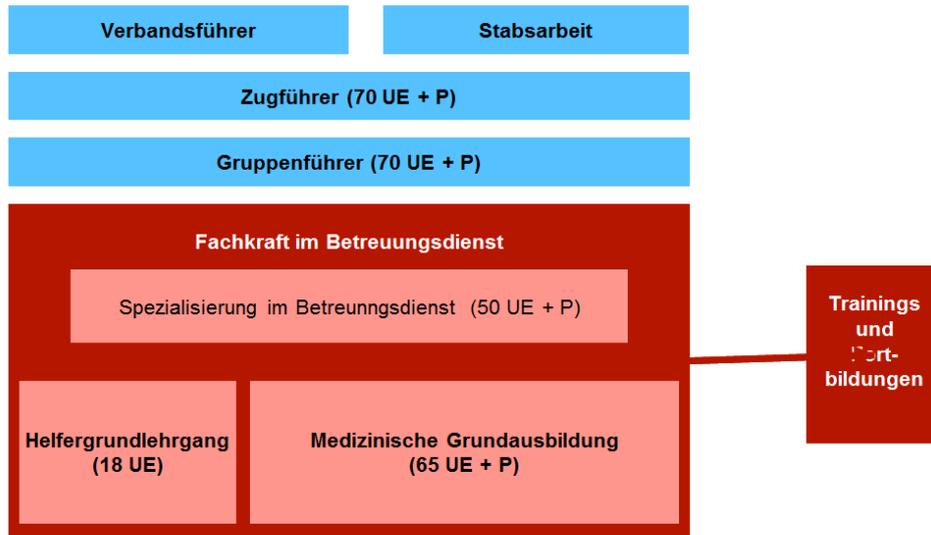


Anforderungen an Ausbildung

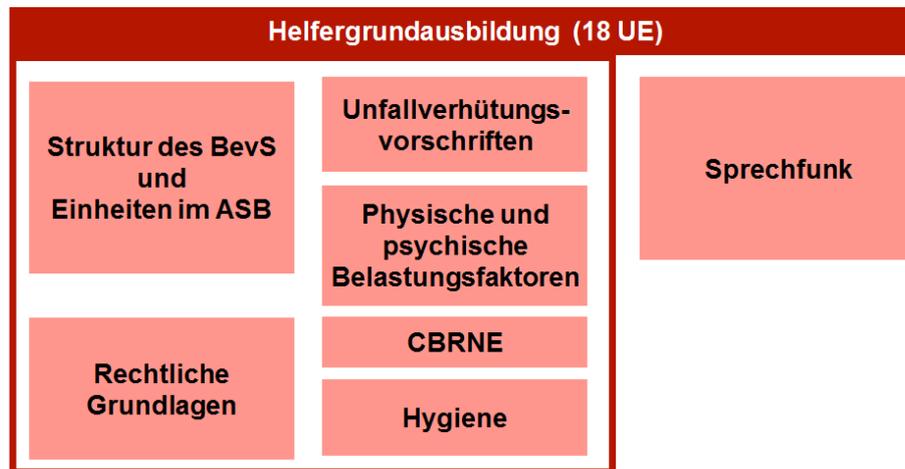


- Ausbildung nur abends / Wochenende möglich
- Modulare Ausbildung
- Interessante, stetige Ausbildung
- Entwicklung/Spezialisierung ermöglichen

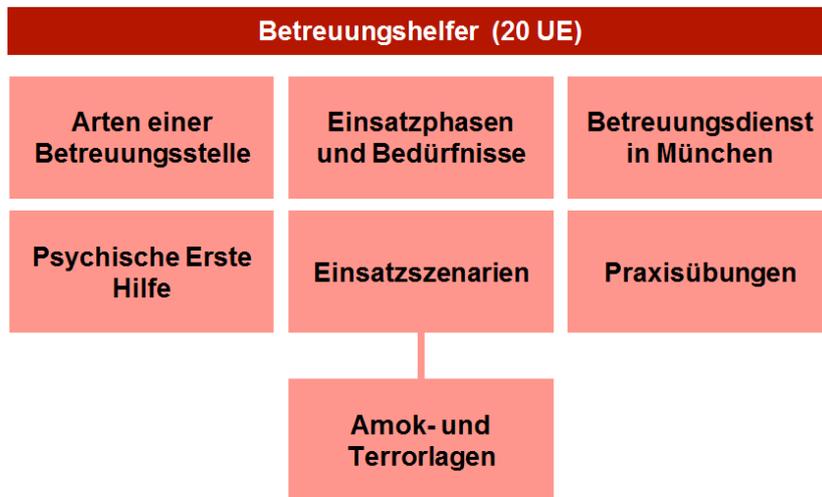
Ausbildungskonzept im ASB Bevölkerungsschutz



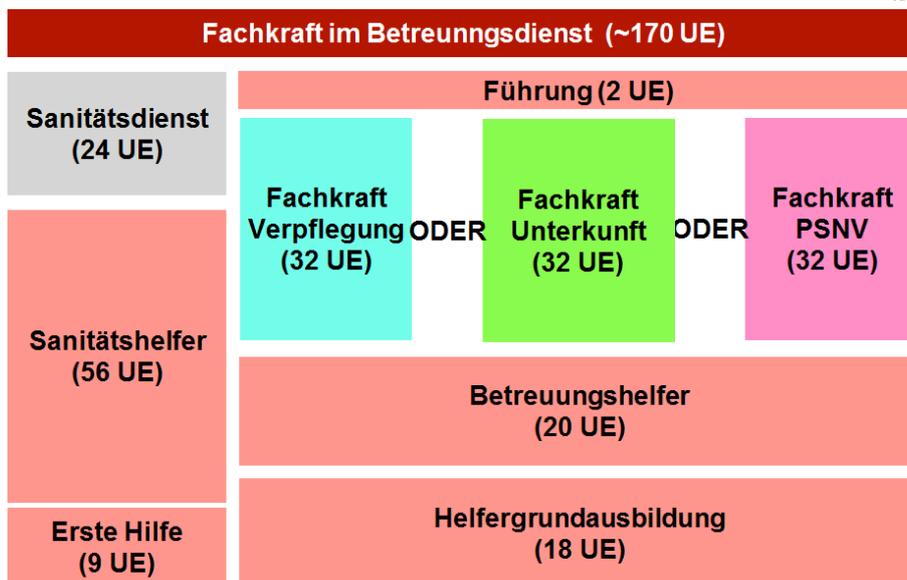
Ausbildungskonzept Helfergrundausbildung



Ausbildungskonzept Betreuungshelfer



Ausbildungskonzept im Betreuungsdienst



Fachkraft Verpflegung



Fachkraft Verpflegung (32 UE)	
Warenkunde	Material & Ausrüstung
Lebensmittelhygiene	Speiseplan und Kalkulation
Feldküche Aufbau	Betrieb von Verpflegungsstellen
Praxiseinsatz mit 250 Gästen	



Fachkraft Unterkunft (und Logistik)



Fachkraft Unterkunft (24 UE)	
Strukturen im BevS	Ressourcen
Materialkunde	Aufbau einer Betreuungsstelle
Fahrzeugkunde	Registrierung



Ausbildungskonzept Fachkraft PSNV



Fachkraft PSNV (24 UE)

Psycho-
traumatologie

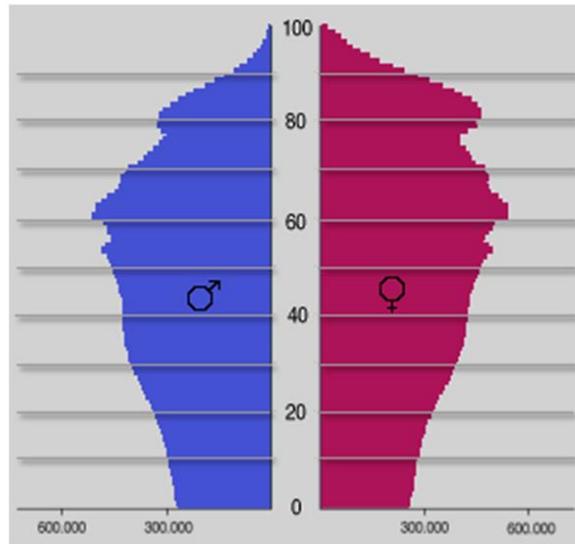
PSNV in der
Akutphase

Einsatzkräfte-
nachsorge

Authentizitäts-
basiertes Lernen



Was ändert
sich?



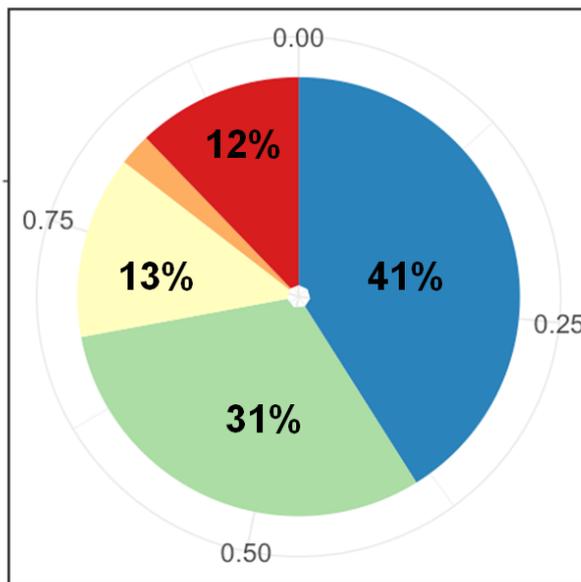
C. Breßler from de.wikipedia.org

Unspezische Bedrohungslage , auch in Betreuungsstell en

Anschlag: HEIKAT



Lagefeststellung / Erkundung	
Ort / Zeit / Symbolwert	ungeheurer Zusammenhang zwischen diesen drei Indikatoren
Meldebild / Auftrag	im Zusammenhang mit politischer Situation / anderen Ereignissen
Verletzte / Erkrankte	Gesund / politisch / hoher Anschlag
Tiere / Insekten	ist oder unnormalerweise abwesend
Führungspersonen	Abwesenheit / Kommunikation
Wendrichtung	Bäume, Stäbchen
...	...
Einsatzplanung - Beurteilung der Lage	
Gefahrenmatrix - AAAACEEEE !	
zusätzlich zweiter Anschlag auf Einsatzkräfte	
Sprengstoffe, Blindgänger	
aufgrenzwedische Verletzungen/Erkrankungen	
nicht schließliche CBRN Gefahren	
Reckenschützen	
Für wen bestehen welche Gefahren (Einsatzkräfte, Menschen, Tiere, Gerste)?	
Für wen ist welche Gefahr die größte?	
Welche taktischen Möglichkeiten bestehen?	
Vor- und Nachteile abwägen unter:	
Aufwand, Sicherheit, Erfolgsaussichten, Nebenerscheinungen	
Welche Möglichkeit ist die beste?	
Maßnahmen	
ungewöhnliche Erdstöße, Geräusche, Geräusche melden	
Befehlsgehorsam und Meldewege zwingend einhalten	
KEN eigenständiges in den Einsatz-Bringen aus abgesetzten Bereitstellungsräumen	
Kommunikation an der Einsatzstelle sicherstellen (z.B. auch Megaphon / Trillerpfeife ...)	
SAMS Regel befolgen	
im Rahmen der möglichen Gefahren vorhandene PSA anlegen	
ANGRIFF MIT dem Wind gehen	
RÜCKZUG QUER zum Wind gehen	
Rückzugsmöglichkeiten erkunden - ggf. DECKUNG SUCHEN	
Rückzugsweg erkunden, mitteln - ggf. RÜCKZUG ANTRETEN	
immer im Trupp bleiben!	
ungewöhnliche Gegenstände NICHT berühren	
Fahrzeuge abgesetzt voneinander aufstellen	
Gruppenbildung von Einsatzkräften an einem Ort vermeiden	
Gesundheitliche Einschränkungen (Übelkeit, Schwindel, Schweiß) SOFORT melden	



Bevölkerungsschutz
ASB München
Qualifikation

- Arzt
- Erste Hilfe
- Rettungsassistent
- Rettungssanitäter
- Sanitätsdienstlich

Anzahl Mitglieder in %

Dr. Alexander Götz: Zivile Verteidigung aus Sicht der Länder

Abstract:

Die Bundesländer und ihre nachgeordneten Bereiche treffen nach ihren Möglichkeiten und Risikoanalysen im Rahmen des Katastrophenschutzes Vorsorge unter anderem auch hinsichtlich der Betreuung vieler Menschen. Dieses Thema stellt aufgrund der jüngeren Entwicklungen einen insgesamt wieder stärker betrachteten Bestandteil des Bevölkerungsschutzes dar. Vor diesem Hintergrund wird die „Wiederbelebung“ der Zivilen Verteidigung begrüßt wie auch der kooperative methodische Ansatz zu ihrer Umsetzung. Die Herausforderungen und denkbaren Szenarien sind dabei sehr weitreichend und komplex. Vor allem stellen sich Fragen der konzeptionellen Steuerung und Abstimmung und des risiko- und lageangemessenen Ressourcenbedarfs. Vorratshaltung, Zusammenarbeit und Kommunikation sowie Flexibilität und Härting der Einrichtungen sind zentrale Handlungsfelder.

In diesem Zusammenhang erscheint für den Bereich der Betreuung die Forderung nach einer Kapazität in Höhe von einem Prozent der jeweiligen Bevölkerung nachvollziehbar und auch erreichbar. Beispielhaft werden dazu die Maßnahmen Niedersachsens mit einer Neukonzipierung des Katastrophenschutzes und der Vorhaltung von Betreuungsplätzen in der Fläche, der Vorplanung von Ankunftscentren und dem Aufbau eines Zentrallagers für den Katastrophenschutz erläutert. Im Ergebnis macht gerade auch das Beispiel der Betreuungskapazitäten deutlich, wie wichtig der KZV-Prozess als positiver Impuls für den Bevölkerungsschutz in Deutschland wirken kann. Dies gilt umso mehr, als sich bei aktuellen hybriden Gefahren und komplexen Szenarien nicht mehr so eindeutig zwischen Zivil- und Katastrophenschutz-Lagen unterscheiden lässt. Gerade deshalb aber darf die Konzeption Zivile Verteidigung nicht bloß als Pflichtenheft verstanden werden, sondern als Handlungsrahmen und Prozess, dessen Erfolg von einem kooperativen Zusammenwirken aller gebietskörperschaftlichen Ebenen abhängt.

Zivile Verteidigung aus Sicht der Länder - Zivilschutz & Katastrophenschutz

Dr. Alexander Götz
Betreuungskongress
30. November 2017
Bad Breisig





bis zu 1300 pro Tag

Flüchtlingszahlen - 2015

Gesamt (Bund):	1.091.894 *
Niedersachsen:	102.231 *

Flüchtlingszahlen - 2016 (einschl. 25.02.)

Gesamt* (Bund):	150.213*
Niedersachsen:	15.384 *

* Nach „EASY“

Nied. Ministerium für Innere und Sport
- Rat für Brand- und Katastrophenschutz, Kompetenzzentrum Großschadenslagen

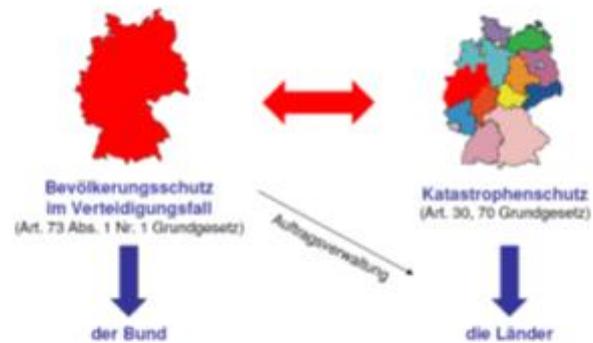
Agenda

- Zivilschutz als Auftragsverwaltungssystem
- Herausforderungen
- KZV-Prozess und Fokus Betreuung
- Beispiel Niedersachsen



Nds. Ministerium für Innere und Sport
- Referat Brands- und Katastrophenschutz, Kompetenzzentrum Großschadenslagen

Bevölkerungsschutz

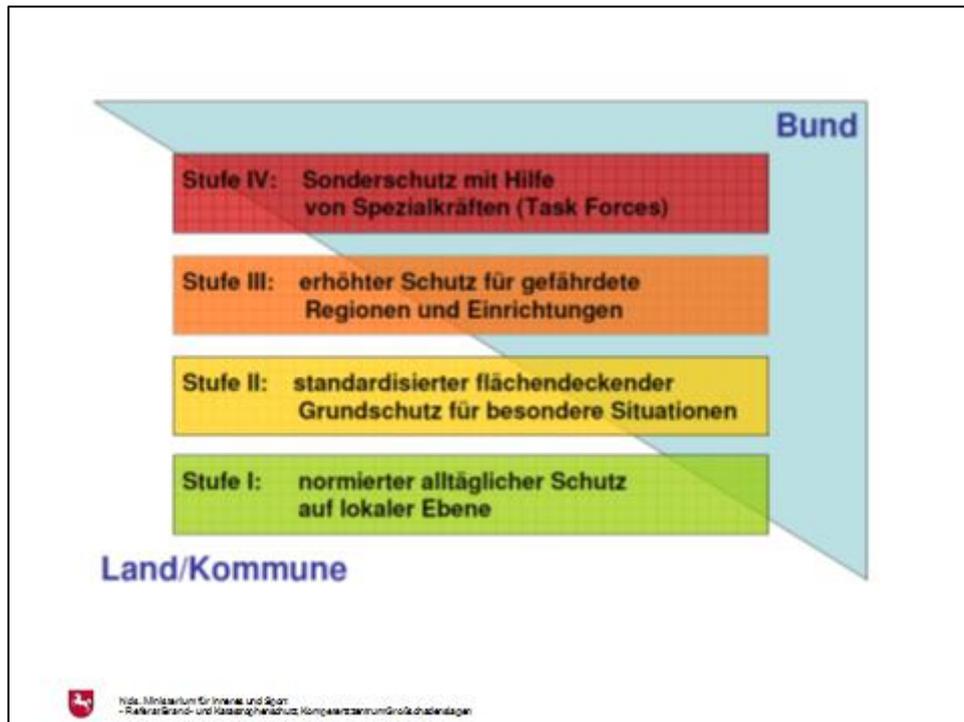


Der Bund hat im Rahmen der Gesamtstaatlichen Sicherheitsvorsorge nach Artikel 73 Abs. 1 Nr. 1 GG die Gesetzgebungskompetenz für den Schutz der Zivilbevölkerung im Verteidigungsfall.

Gemäß den Vorschriften des Zivilschutz- und Katastrophenschutzgesetz - ZSKG (§ 12 ZSKG) ergänzt der Bund den Katastrophenschutz der Länder in den Aufgabenbereichen Brandschutz, Betreuung, ABC- und Sanitätswesen.



Nds. Ministerium für Innere und Sport
- Referat Brands- und Katastrophenschutz, Kompetenzzentrum Großschadenslagen





**Konzeption
Zivile Verteidigung (KZV)**

- Aufrechterhaltung der Staats- und Regierungsfunktionen
- Selbstschutz
- Warnung
- Baulicher Schutz
- Brandschutz
- Evakuierung
- Betreuung
- Schutz der Gesundheit
- CBRN-Schutz
- Technische Hilfe
- Objektschutz
- Kulturgutschutz
- Versorgung
- Unterstützung der Streitkräfte

Nide, Ministerium für Innere und Sport
- Risikostrat. und Katastrophenschutz, Kompetenzzentrum Großschadstoffe

Preparedness



Notwendigkeit



Nied. Ministerium für Inneres und Sport
- Rat für Brand- und Katastrophenschutz, Kompetenzzentrum Großschadenslagen



Niedersachsen

- Vertretung Ko-Vorsitz BLStrG
- Projektgruppe KZV (MI Nds.)
- Allgemeine Mitarbeit
- Federführung bei
 - + Betreuung
 - + Krankenhausalarm- und Einsatzplanung
- Information/Beteiligung im Land



Nied. Ministerium für Inneres und Sport
- Rat für Brand- und Katastrophenschutz, Kompetenzzentrum Großschadenslagen

Betreuung – Hauptaufgabe



- Zentraler Aspekt Fürsorge,
- wichtig für viele Szenarien.
- Wieviel auf welchem Niveau?
- Reichen die Ziele?



1 %-Ziel (KZV)
NATO resilience guidelines?



Nied. Ministerium für Inneres und Sport
- Rat für Brand- und Katastrophenschutz, Kompetenzzentrum Großschadenslagen

Bevölkerungsschutz

Katastrophenfälle, z.B.

Elbehochwasser 2002 und 2006, 2013

Überschwemmungen Landkreis Hildesheim 2007

Zuletzt: Sommerhochwasser 2017, Sturm Xavier



Nied. Ministerium für Inneres und Sport
- Rat für Brand- und Katastrophenschutz, Kompetenzzentrum Großschadenslagen

Herausforderungen für Katastrophenschutz

Ziele?/Niveau?

- Überraschung,
- Komplexität aktueller Lagen,
- Personal, Infrastruktur, Material, Logistik,
- Zusammenarbeit.
- Routineverlust, verlorene Kompetenz?
- Unterschiedliches Risikobewusstsein,
- Marktprozesse/Nachfrage,
- Strategische Vorbereitung, Finanzierung.



Herausforderungen für das Betreuungswesen

- Überraschung/Zeitlicher Vorlauf/Dauer
- Koordination
- Angemessenheit
- Witterung
- Mobilität, Flexibilität
- Vorratshaltung, Logistik
- Durchhaltefähigkeit
- Integriertheit
- Kompatibilität (Ebenen, Träger, Nachbarn)
- Zukunftsfähigkeit, Lernen und Innovation





Niedersachsen

Wer alles defendieret, defendieret nichts.

Friedrich II. „der Große“



Nied. Ministerium für Innere und Sport
- Rat für Brand- und Katastrophenschutz, Kompetenzzentrum Großschadenslagen



Niedersachsen

Strategie

- Führungsfähigkeit
- Strukturierung/Controlling
- Evolutionär
- Dialogisch-Kooperativ
- Vorrang:
 - + Cyber-KRITIS
 - + Betreuung

Konservativ
fokussiert



Nied. Ministerium für Innere und Sport
- Rat für Brand- und Katastrophenschutz, Kompetenzzentrum Großschadenslagen

Bevölkerungsschutz

Katastrophenschutz:
Vorbereitung der Bekämpfung und
die Bekämpfung von Katastrophen



- **Nds. Katastrophenschutzgesetz (NKatSG)**
als allgemeines Organisationsgesetz
- **Beschlüsse/Erlasse der Landesregierung**
(Gliederungserlass, Einsatzkonzeption)

Normierung/Vergleichbarkeit
(Material/Personal/Ausbildung)

Dislozierung

Förderung und Forderung

Landesbeirat



Kapazitäten des Landes



Nied. Ministerium für Inneres und Sport
- Raterra-Brand- und Katastrophenschutz, Kompetenzzentrum Großschadenslagen

Niedersachsen

- 7,884 Mio. Einwohner (Stand 10.2015)
- seit 09.2015 129.460 Flüchtlinge aufgenommen (+ 1,64 % Bevölkerung)

1% ist machbar!



Nied. Ministerium für Inneres und Sport
- Raterra-Brand- und Katastrophenschutz, Kompetenzzentrum Großschadenslagen

Niedersachsen: Ziel

- 80000 Plätze
 - 20000 Hotel/privat
 - 30000 in Landesplanung
 - 30000 kommunale Aufgabe

1% istmachbar!



Nied. Ministerium für Inneres und Sport
- Rettungsdienst- und Katastrophenschutz, Kompetenzzentrum Großschadenslagen

Niedersachsen: aktuell

- 10000 Notfallreserve LABNI
- 6x BTP 500 = 3000
- 40xBTP 500 kommunal (im Aufbau)
- Zentrallager

21.000 Plätze vorhanden oder im Aufbau
Materialvorhaltung für 39.000 Plätze im
Zentrallager erforderlich
Gesamt: 60.000 Plätze Materialreserve
(aktueller Stand: 46.000)



Nied. Ministerium für Inneres und Sport
- Rettungsdienst- und Katastrophenschutz, Kompetenzzentrum Großschadenslagen

Zentrallager

Perspektive:

- Anforderungskatalog (Bestellschein)
- 24/7 Ausgabebereitschaft herstellen
- Personalkonzept
- ggf. Erweiterung der Landeslogistik
- ggf. Beschaffungen von Fehlbeständen
- Festschreibung in MiPla ab 2019
- Fertigstellung im Oktober 2018



Nid. Ministerium für Innere und Sport
- Rat für Brand- und Katastrophenschutz, Kompetenzzentrum Großschadenslagen

Zusammenfassung

KZV ist

- notwendig
- Mobilisierend und perspektivisch
- konfliktreich und zeitintensiv

Betreuung ist

- zentral,
- fordernd ...
- ... aber machbar



Nid. Ministerium für Innere und Sport
- Rat für Brand- und Katastrophenschutz, Kompetenzzentrum Großschadenslagen

Wir sollten darauf vorbereitet sein, überrascht zu werden.

Dr. Uwe Lühmann, Referatsteilnehmer Rettungsdienst,
Nds. Ministerium für Inneres und Sport



Nds. Ministerium für Inneres und Sport
- Referat Brand- und Katastrophenschutz, Kompetenzzentrum Großschadenslagen

- Dr. Alexander Götz
- Abteilungsleiter 3

- Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport

- Clemensstraße 17
- 30169 Hannover
- Tel: 0511 - 120 - 4648
- Mail: alexander.goetz@mi.niedersachsen.de



Nds. Ministerium für Inneres und Sport
- Referat Brand- und Katastrophenschutz, Kompetenzzentrum Großschadenslagen

Danke für Ihre
Aufmerksamkeit.



Nat. Ministerium für Innere und Sport
- Rikard Grand- und Kästingherstr. 10, Kompetenzzentrum Großhallerstrasse

Dr. Karsten Michael: Betreuungsdienst im Zivilschutz

Abstract:

Das Zivilschutz- und Katastrophenhilfegesetz gibt vor, dass der Bund die Einrichtungen und Einheiten des Katastrophenschutzes im Aufgabenbereich Betreuung ergänzend ausstattet und ausbildet, da diese die Aufgaben zum Schutz der Bevölkerung vor den besonderen Gefahren und Schäden, die im Verteidigungsfall drohen, wahrnehmen. Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe setzt diese Aufgabe in Bundesauftragsverwaltung um.

Der Vortrag beschreibt die derzeit vorhandene Ausstattung im Aufgabenbereich Betreuung und beleuchtet die veränderten Rahmenbedingungen und derzeit gültigen Vorgaben an den Betreuungsdienst in der zivilen Verteidigung. Die sich daraus ergebende Notwendigkeit einer grundlegenden, konzeptionellen Anpassung wird abgeleitet und der bereits zwischen Bund und Ländern und Einbeziehung der Hilfsorganisationen begonnene Prozess der Entwicklung eines Rahmenkonzeptes Betreuung für die zivile Verteidigung dargestellt.



Inhalt

- Aufgabe des Bundes
- Ausstattung des Bundes
- Konzeptionelle Fortschreibung

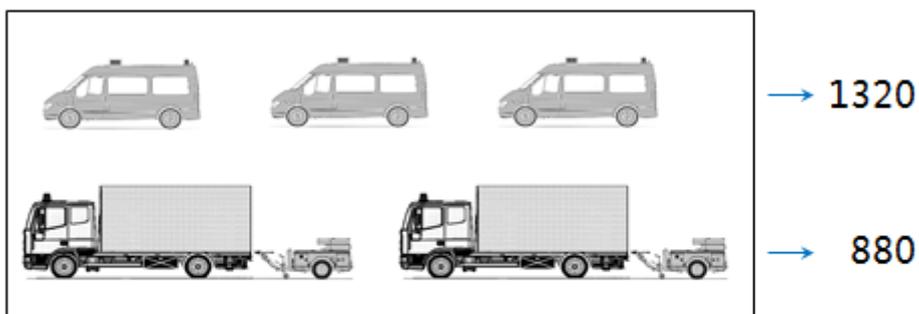
Aufgabenteilung



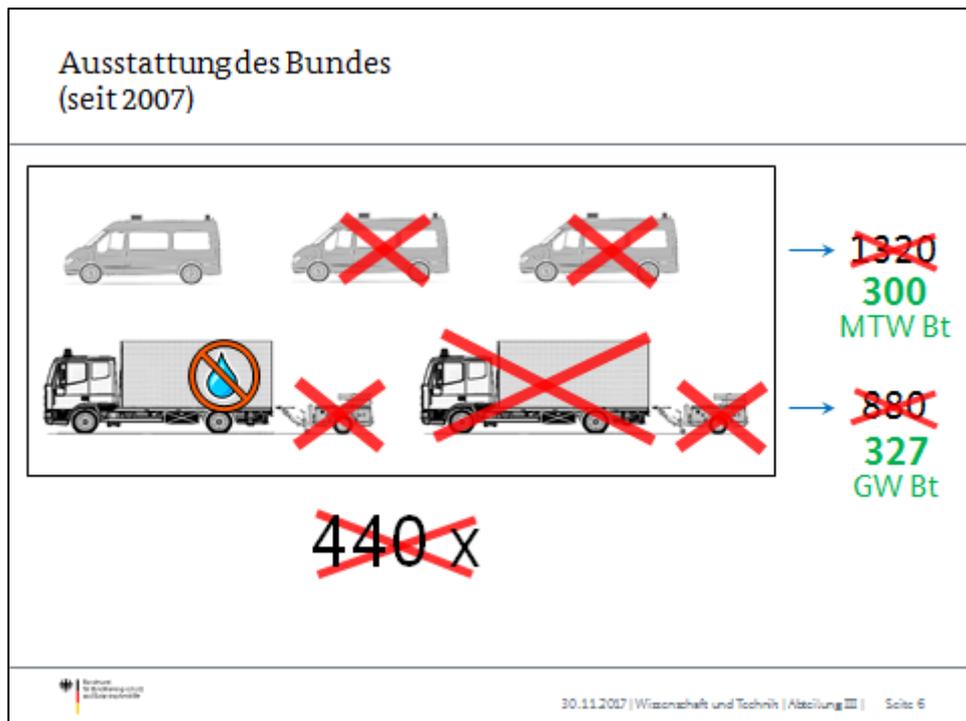
Der Auftrag (ZSKG)

- Aufgabe des Zivilschutzes ist es, ... die Bevölkerung ... vor Kriegseinwirkungen zu schützen und deren Folgen zu beseitigen oder zu mildern.
- Der Katastrophenschutz
 - nimmt diese Aufgabe mit wahr,
 - wird dazu ergänzend ausgestattet und ausgebildet
 - in den Aufgabenbereichen Brandschutz, CBRN-Schutz, Sanitätswesen, **Betreuung**

Ausstattungsziel des Bundes (bis 2007)



440 x



Konzeptionelle Fortschreibung

Die Herausforderungen – eine sicherheitspolitische Entscheidung

- Weißbuch
- Konzeption Zivile Verteidigung (KZV)

Die benötigten Fähigkeiten – eine konzeptionelle Aufgabe

- Rahmenkonzept Betreuung

Vom Notwendigen zum Machbaren – eine fachpolitische Entscheidung

- Ausstattungs- & Ausbildungskonzept

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie

30.11.2017 | Wissenschaft und Technik | Abteilung III | Seite 7

Konzeptionelle Fortschreibung

Vorgaben aus der KZV:

- Planungsgrundlage ist umrissen (*Referenzszenarien*)
- Ereignisse haben kurze oder **fehlende Vorwarnzeit**
- **Überleben** der Bevölkerung/des Einzelnen sicherstellen
- Daseinsvorsorge auf **minimalem Niveau** leisten
- **Keine Vorkehrungen** für die Katastrophenhilfe treffen
- Verteidigungsbereitschaft und Operationsfreiheit der Streitkräfte herstellen und aufrechterhalten (**Unterstützung**)
- **Kulturelle Identität** erhalten
- *[Konzeption der Bundeswehr zur Landesverteidigung:
Fähigkeiten für Operationen von bis zu **einem Jahr Dauer** ausplanen]*

Umsetzung

- Arbeitseinheit zwischen Bund, Ländern, Kommunen und Hilfsorganisationen gebildet
 - Aus den Planungsgrundlagen ist Vorgehensmodell entwickelt
 - Rückkopplung mit Bund-Länder-Steuerungsgremium KZV zur Auftragsklärung und -schärfung
 - Idee: Generischer Ansatz („Bt 5000“) als Hilfsmittel zur Ableitung der konzeptionellen Forderungen
- Rahmenkonzept Betreuung ZV

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Kontakt

Dr. Karsten Michael
Abteilungsleiter
Wissenschaft und Technik
Tel. -4000



Prof. Dr. Wolf Dombrowsky: Betreuung im Bevölkerungsschutz

Abstracts:

Der Beitrag unternimmt den Versuch, vom historischen Treueverhältnis des Feudalbezuges aus die Konzeption „Betreuung“ als Komplement zum „Geplünderten“ zu interpretieren: Plündern bedeutete ursprünglich, auch noch jenes wegzunehmen, dessen es minimal bedarf, um daraus das eigene Überleben bewerkstelligen zu können. Ohne eigene „Plünnen“, oder enthistorisiert gesprochen, ohne basale Ressourcen bleibt keine Bestehenschance und somit nur das Vertrauen auf äußere Verfügungsmacht. Insofern entschied die Qualität oder Verlässlichkeit des Treueverhältnisses über Leben oder Tod. Die Moderne basiert demgegenüber auf Vertragsverhältnissen. Gesellschaftsvertrag und Gewaltmonopol erscheinen uns als Grundlagen. Zu fragen ist aber, was sich aus beiden herleiten lässt, wenn gesellschaftsstrukturelle Bedingungen dazu führen, dass bei „de manifestis“-Lagen ein Überleben aus eigener Kraft grundsätzlich nicht mehr möglich ist?

David Fabi: Erdbeben in Italien- Notunterbringung von Bevölkerung

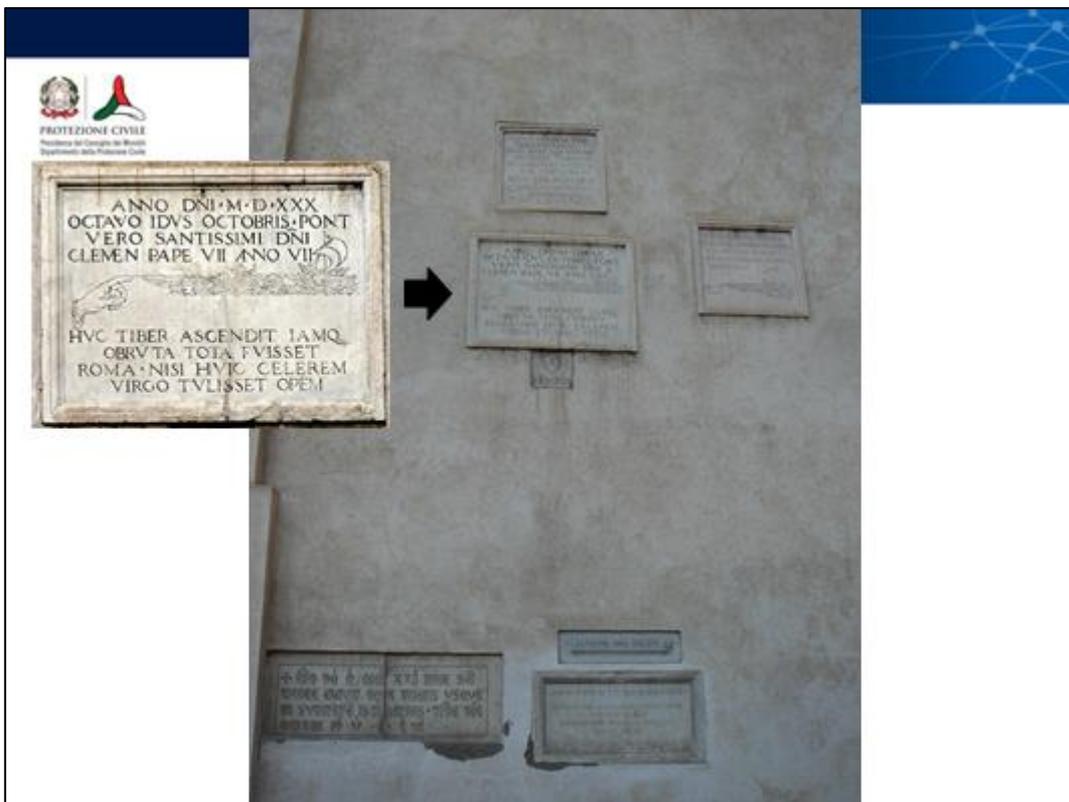


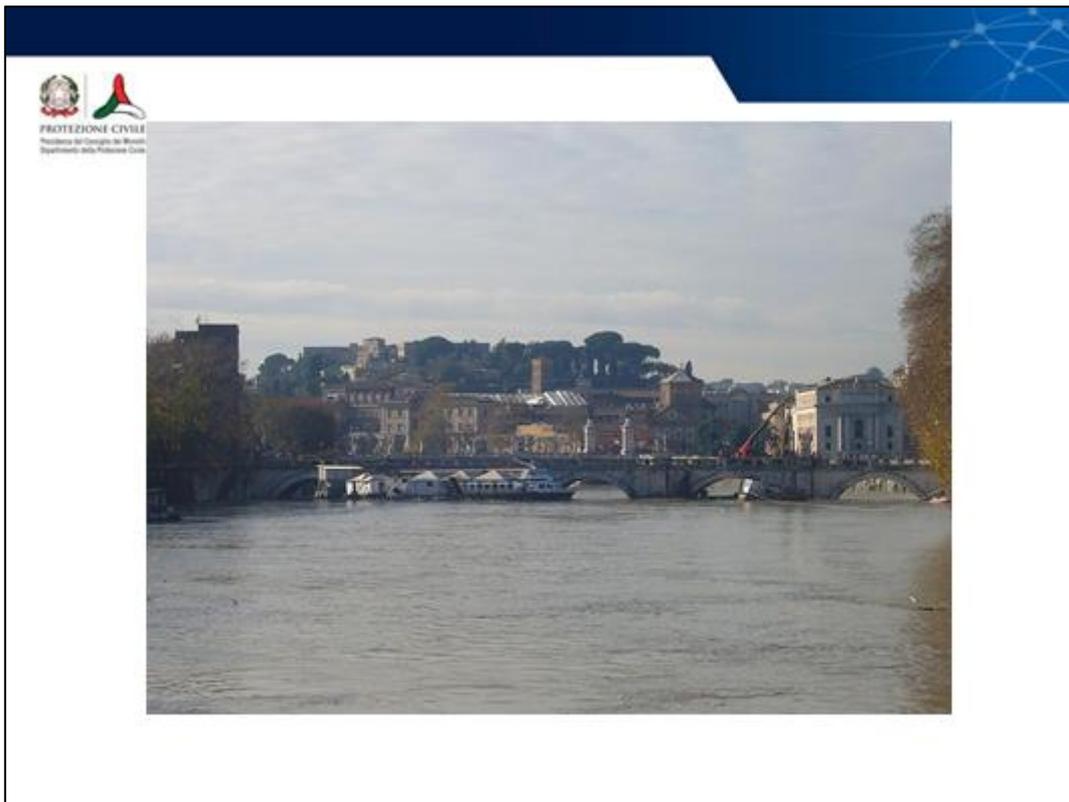
TES: *temporary emergency settlement* –
assisting people in emergency

David Fabi - DPC - National Dept. Of Civil Protection of Italy
Emergency Management Office



PROTEZIONE CIVILE
Presidenza del Consiglio dei Ministri
Dipartimento della Protezione Civile





PROTEZIONE CIVILE
Presidenza del Consiglio dei Ministri
Dipartimento della Protezione Civile

www.protezionecivile.gov.it

ITALY presents a range of possible natural and man-made events

- 11 Volcanoes
- 30% of surface covered in woods exposed to fire risk
- 82% of Municipalities exposed to hydrogeological risk (from low very low to high very high)
- 48% of Municipalities exposed to high seismic risk

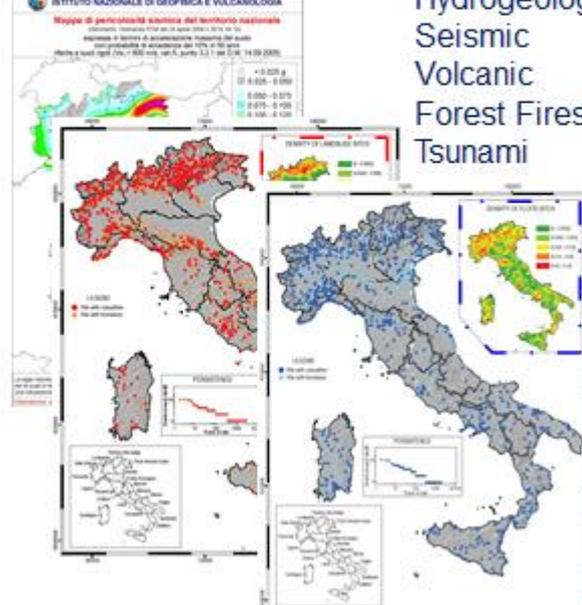
A map of Italy showing seismic risk levels. The map is color-coded according to a legend:

- 0.000 - 0.025 g
- 0.025 - 0.050 g
- 0.050 - 0.075 g
- 0.075 - 0.100 g
- 0.100 - 0.125 g
- 0.125 - 0.150 g
- 0.150 - 0.175 g
- 0.175 - 0.200 g
- 0.200 - 0.225 g
- 0.225 - 0.250 g
- 0.250 - 0.275 g
- 0.275 - 0.300 g

A map of Italy highlighting volcanic areas. Labeled locations include: Colli Albani, Campi Flegrei, Vesuvius, Ischia, Panarea, Stromboli, Vulcano, Lipari, and Etna.



ISTITUTO NAZIONALE DI GEOFISICA E VULCANOLOGIA
Mappe di pericolosità sismica del territorio nazionale
classificazione sismica (100 m x 100 m) in 10°
spettro e limiti di accelerazione massima del suolo
con probabilità di superamento del 10% in 50 anni
Metri e scale (100 = 100 m, 1000 = 1 km) in ENE 14/09/2005



Natural

Hydraulic and
Hydrogeological
Seismic
Volcanic
Forest Fires
Tsunami

Man made

Technological
Transportation
Chem-Ind
Environmental





1915 - EQ Avezzano

Disasters, lesson learned, missed opportunities and mistakes



1963 - Flood dam Vajont



1966 Flood - Arno



1968 EQ - Belice



1976 EQ Friuli



1980 EQ Irpinia

**Disasters, lesson learned, missed opportunities and mistakes**

 1998 Sarno Quindici	 2002 Molise	 2009 Abruzzo
 Jan 2012 - Costa Concordia Shipwreck	 2012 - North east Italy	 2016 - Central Italy EQ

**Disasters, lesson learned, missed opportunities and mistakes**



Forest fires seasons





Planned solutions to assist people

www.protezionecivile.gov.it

Vesuvio Directives

CORTE DEI VIGNI

MINISTRI-26/03/2014-UCOLA-POEPE-4

RETTORIO N. 498 DEL 16.1.2014

Presidenza del Consiglio dei Ministri

DIPARTIMENTO DELLA PROTEZIONE CIVILE

Disposizioni per l'aggiornamento della pianificazione di emergenza per il rischio vulcanico del Vesuvio.

IL PRESIDENTE DEL CONSIGLIO DEI MINISTRI

VISTA la legge 24 febbraio 1990, n. 225 recante "istituzione del Servizio nazionale della protezione civile" e successive modificazioni;

VISTO il decreto legislativo 31 marzo 1998, n. 112, recante "Conferimento di



24 comuni e le 3 quartieri di Napoli
oltre 670.000 persone



1. Pianificazione di emergenza per rischio vulcanico del Vesuvio - Zona Bianca

2. Zona Bianca

3. DDT (Dipartimento di Protezione Civile) di Napoli

4. Centri di accoglienza

TWINNINGS

www.protezionecivile.gov.it

Twinned Region	City
Piemonte	Portici
Valle d'Aosta	Nola
Liguria	Cercola
Lombardia	Torre del Greco, Somma Vesuviana
Trentino-Alto Adige	Pollena Trocchia
Veneto	San Giuseppe Vesuviano, Sant'Anastasia, enclave di Pomigliano d'Arco
Friuli Venezia Giulia	Palma Campania
Emilia Romagna	Ercolano
Toscana	San Giorgio a Cremano
Umbria	San Gennaro Vesuviano
Marche	Poggio Marino
Lazio	Ottaviano, Napoli
Abruzzo	Terzigno
Molise	Massa di Somma
Puglia	Torre Annunziata, San Sebastiano al Vesuvio
Basilicata	Boscotrecase
Calabria	Boscotrecase
Sicilia	Scafati, Trecase
Sardegna	Pompei

**If I had only one slide time....for
sheltering solutions**

Event	When	Short	Medium	Long term
EQ	<i>After</i>	Tents/Hotel Indoor emerg. sheltering	Hotel - CAS Houses -SAE	Reconstruction
Voucanic Eruptions	<i>After/Before</i>	Evacuation	Hotel – CAS - Houses	Relocation
Flood	<i>After/Before</i>	Hotel/Indoor emerg. sheltering	Hotel - CAS - Houses	<i>Reconstruction</i>

CAS: contribution for autonomous settlement
SAE: medium- long-term housing



...our definition.

Civil protection “are” the activities put in place to protect the integrity of **life, property** and the **environment** from damages or related risk of disaster.

Activities: **prevention** and **preparedness, disaster response, recovery** and **mitigation**.

Civil protection is not a **task** assigned to a single administration, but a **function** (admin level vs technical level) attributed to a complex system: the **National Civil Protection Service**.



The national service of civil protection

(law n. 225 del 1992)

**WHO'S
PART
OF**



- Central State Admins
- Regions, Autonomous Provinces
- Provinces, Municipalities and mountain communities
- Fire Brigade
- Army, Navy, Air Force, Carabinieri, Police
- Scientific Community
- Italian Red Cross
- National health service
- Volunteers' organizations
- Alpine rescue corp

and...

Citizens, public bodies, orders and professional colleges and every other public and private institution present on the territory are involved in civil protection activities



Central Italy Earthquake(s)

Overview

- Deaths 299
- Injured 390
- Affected people in the area 500.000

Regional **cross border earthquakes**
9 main shocks above 5.0 on the Richter scale
4 Regions affected: (Lazio, Abruzzo, Marche, Umbria)
 Since August nearly **79768 shocks**
 Estimated **damage and emergency measures costs 23.5 billion €**
140 municipalities affected

ISTITUTO NAZIONALE DI GEOFISICA E VULCANOLOGIA
Mapa di pericolosità sismica del territorio nazionale
 (elaborata: Circolare PCM del 28 aprile 2008 n. 2018-A4-10)
 espressa in termini di accelerazione massima del suolo
 con probabilità di eccedenza del 10% in 50 anni
 riferita a suoli rigidi (Vs= 800 m/s, cat. A, punto 3.2.1 del D.M. 14.09.2005)

Legend: g values from 0.025 to 0.300.

Map highlights: Umbria-Marche 1997, Central Italy 2016, Abruzzo 2009.

AN IMAGE OF MODERN ITALIAN CIVIL PROTECTION
THE OPERATIONAL COMMITTEE

PROTEZIONE CIVILE
Ministero del Centro di Roma
Dipartimento della Protezione Civile
www.protezionecivile.gov.it

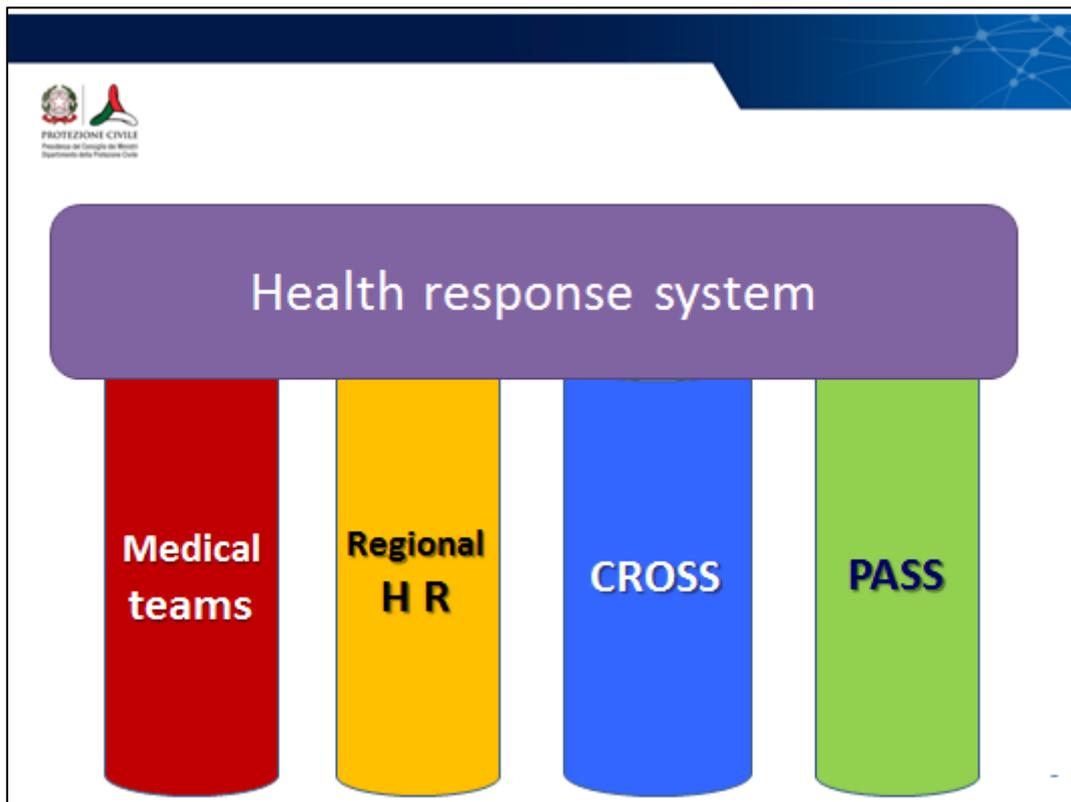
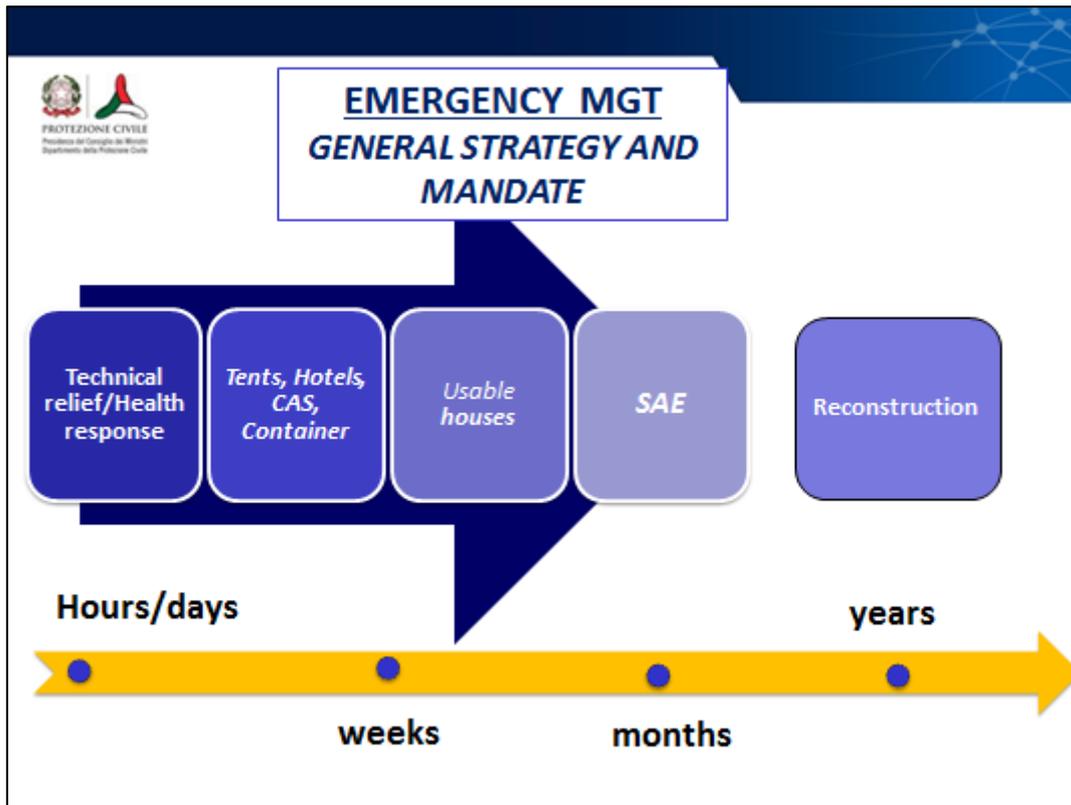
TELCO
ENEL (electricity)
ENI
Ministries
ISPRA (ENV)
ENAC (Flight control)
INGV
Postal Service

Head of ICPD
Army, Navy, Air force, CC
FIRE BRIGADE
POLICE Forces
Alpine rescue service
RED CROSS
CNR
Nat.l Volunteers organizations
RFI
Railway

RID
Meteo Institute
Conferenza unificata Stato/Regioni/Città ed autonomie locali
ANAS
Roads Companies

ENSURES THE UNIFIED DIRECTION OF ALL RELIEF EFFORTS





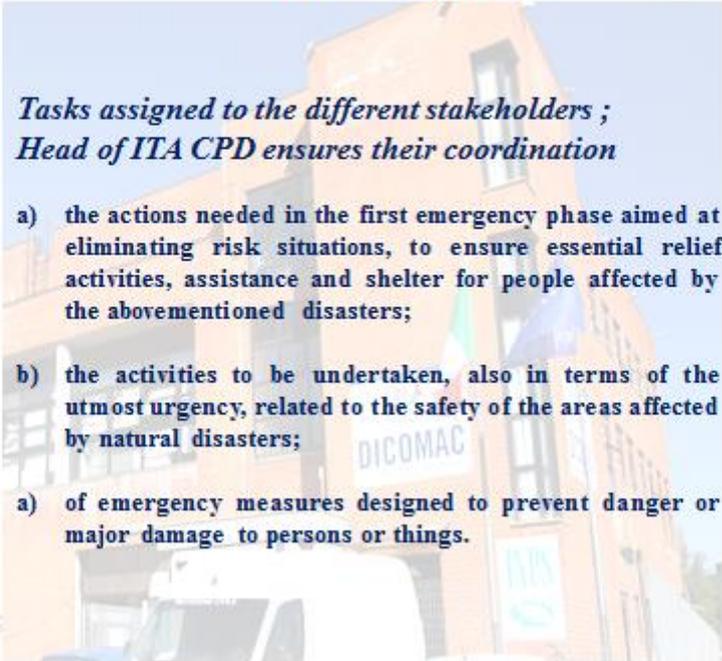


OCDPC 388/2016

www.protezionecivile.gov.it

*Tasks assigned to the different stakeholders ;
Head of ITA CPD ensures their coordination*

- a) the actions needed in the first emergency phase aimed at eliminating risk situations, to ensure essential relief activities, assistance and shelter for people affected by the abovementioned disasters;
- b) the activities to be undertaken, also in terms of the utmost urgency, related to the safety of the areas affected by natural disasters;
- a) of emergency measures designed to prevent danger or major damage to persons or things.



22

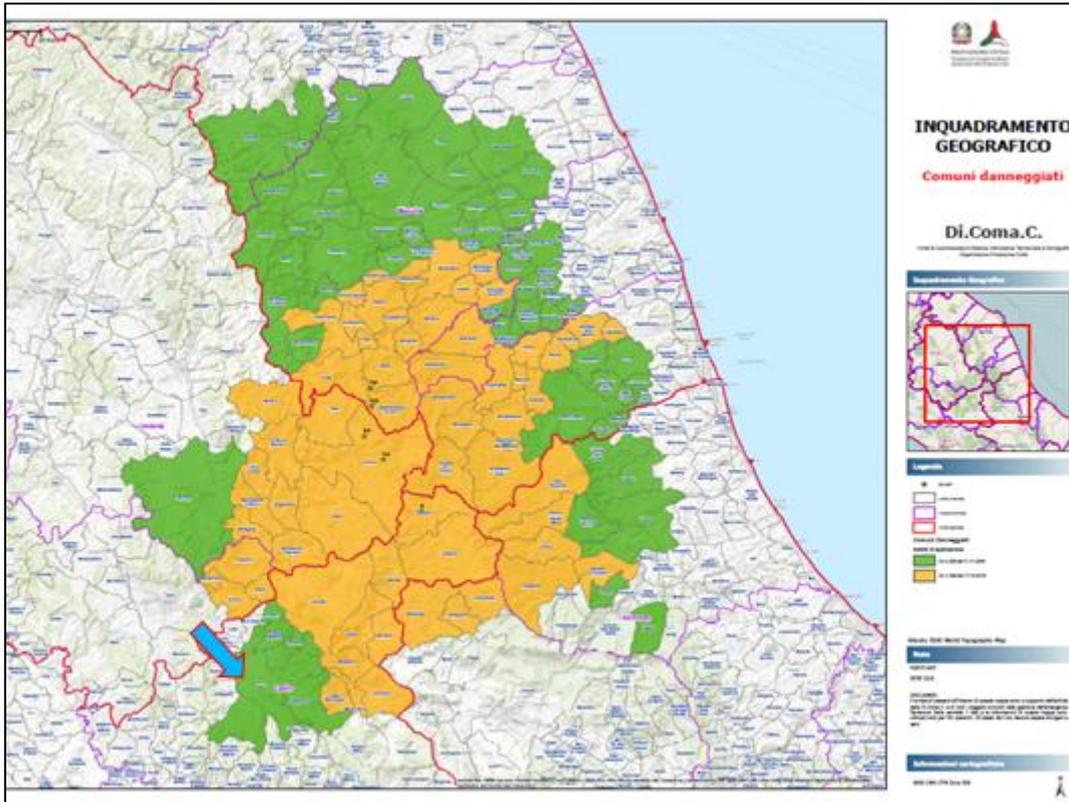


DICOMAC

**Established in Rieti on August 28, 2016 at
12:00 a.m.**

- Coordination Unit
- Logistics & Assistance to the population
- Technical
- Volunteer organization
- Press & communication
- Health and social assistance
- Essential services
- Roads network
- Emergency telecommunication
- Information technology
- Human resources
- Admin & Legal
- Damage assessment
- Flight activities coordination
- Schools
- Cultural heritage





Shock after shock.

What changes? different?

24 aug		30 oct
299	Victims	None
More than 4k	Assisted population	More than 31k
62 municipalities	Affected areas	131 municipalities (62+69)
28k surveys already done in 2 months	Usability of building	Had to start again!!!
43 camps and other solutions	How assist the people?	Containers
Aedes	How to verify so many buildings	Fast / Aedes



Numbers

Events

- 9 quakes Magnitudo ≥ 5.0 in 5 months
- More than **90.000 seismic events**

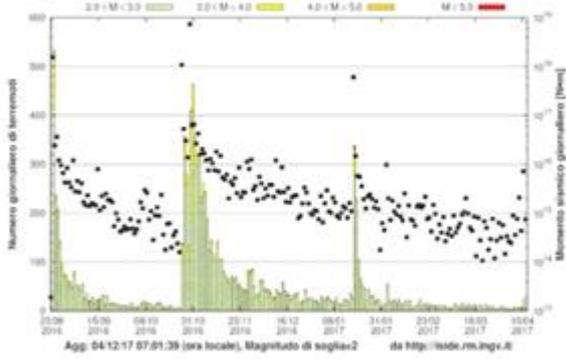
Damages: € 23.5 b

SAE: 3.691 needed in 50 mun, 1361 handed over to mayors

Donations

- More than **31 millions of euros** (sms or bankaccount)

Istogramma dei terremoti degli eventi sismici nella regione avente coordinate lat_min=42.2000011, lon_min=12.416667, lat_max=43.1999989 e lon_max=14.08333 dal 2016-08-23 alle 00:00:00 UTC e rilascio giornaliero di momento sismico.
(Image URL_001: <http://bit.ly/2p68Cqj>)



App: 04.12.17 07.01.39 (ora locale), Magnitudo di soglia=2 da <http://sede.rm.ingv.it>



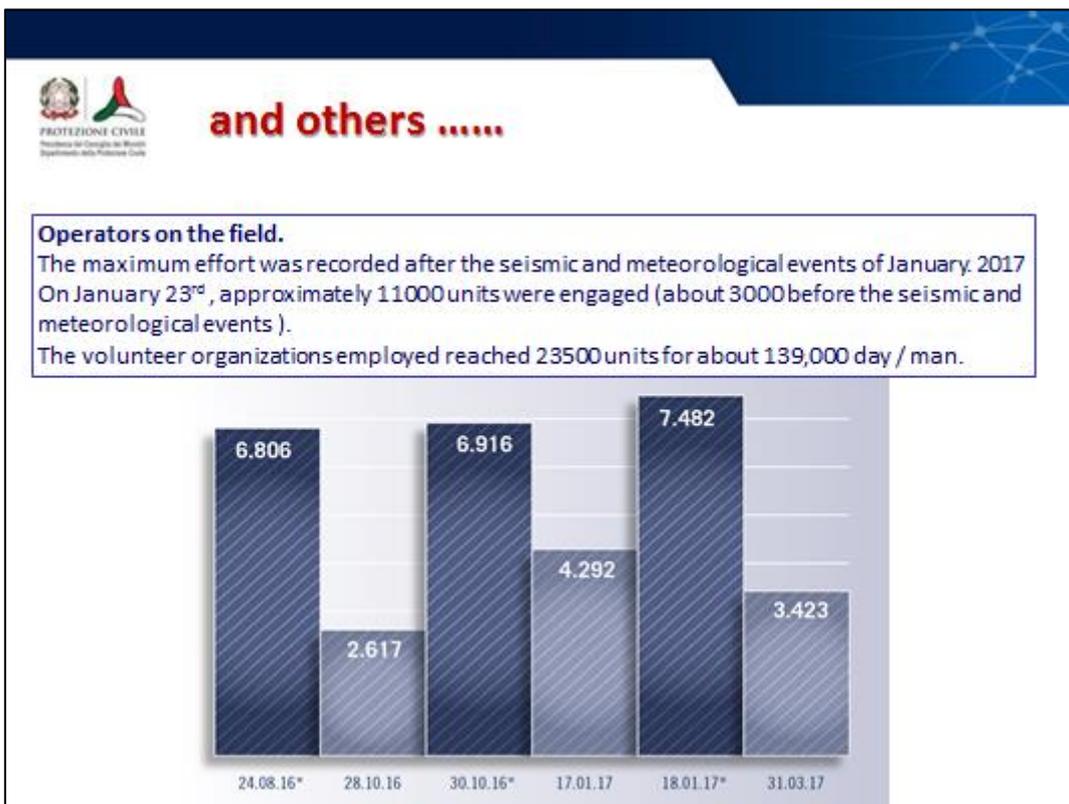
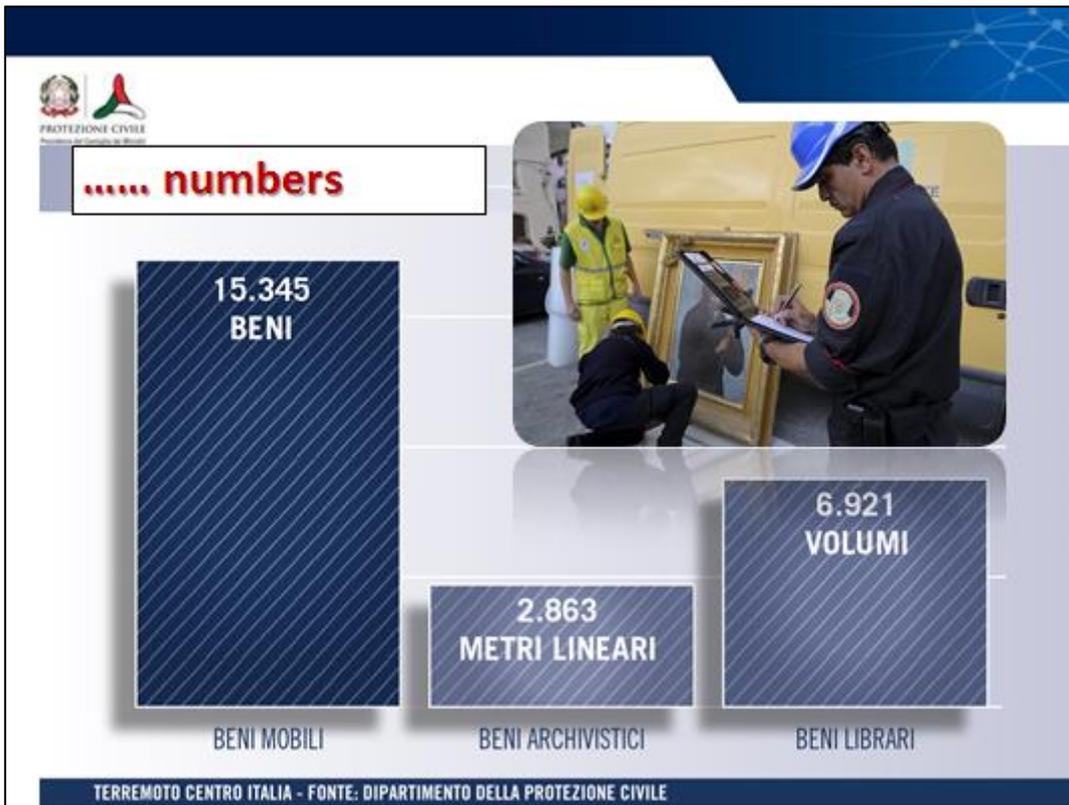
Some numbers

So far:

- More than **220.000** requests for buildings assessments
- More than **7.000** experts involved in the buildings assessments
- More than **210.000** assessments done

500 M€ to finance **roads** recovery

Going back to school: DONORS' projects coordinated by ITACPD





and other.....

Assisted population



Camps




PROTEZIONE CIVILE
Presidenza del Consiglio dei Ministri
Dipartimento della Protezione Civile

Sport halles and indoor sheltering




PROTEZIONE CIVILE
Presidenza del Consiglio dei Ministri
Dipartimento della Protezione Civile

Containers





Hotels



Emergency temporary solutions - SAE




PROTEZIONE CIVILE
Presidenza del Consiglio dei Ministri
Dipartimento della Protezione Civile

Assisting People Management TOOL **DESIGNA**

(Distributed Environment to Support Individual and General Needs Accomodation)


PROTEZIONE CIVILE
Presidenza del Consiglio dei Ministri
Dipartimento della Protezione Civile

Assistance to displaced people in emergency The Challenge

www.protezionecivile.gov.it

Every emergency involving people displaced from their homeplaces poses the same problems:

How to **register, monitor, report and manage** the *movements of displaced people to provide them with the best assistance needed* (tented camps, hotels, health residences, temporary mid term housings..).

Depending on the scale of the emergency, response organizations involved are different and every one has a small bit of information on displaced people, with different set of data collected and different formats used to share information.

Procedure in place and the instruments used are different, it's complicated to have a complete picture of the situation....



SW DESIGNA in seismic emergency in Central Italy

www.protezionecivile.gov.it

Following the first phase, DESIGNA has supported the activity of the National Civil Protection Service and has been used by **3 of the 4 regions** involved, several municipalities and nearly 250 Hotels.

The master database has 322,600 names, of which 13,818 received assistance.

Through DESIGNA has been possible to monitor the trend of population with different forms of assistance, such us:

- Temporary shelters (tented camps, containers, sports halls..)
- Hotel and touristic facilities
- CAS (financial support for autonomous accommodation)
- SAE and MAPRE (Mid term accomodations)

DESIGNA helped in avoiding duplication of different forms of assistance received




Stato di Assistenza per classe di rischio, per sesso e per età, al 30/09/2017											
Aggiornato al 30/09/2017 ore 14:00 - Periodo di 30 giorni prima											
CATEGORIA ASSISTITI		Rischio 1		Rischio 2		Rischio 3		Rischio 4		Rischio 5	
Uomini	Donne	Uomini	Donne	Uomini	Donne	Uomini	Donne	Uomini	Donne	Uomini	Donne
1.1	1.1	1.1	1.1	1.1	1.1	1.1	1.1	1.1	1.1	1.1	1.1
1.2	1.2	1.2	1.2	1.2	1.2	1.2	1.2	1.2	1.2	1.2	1.2
1.3	1.3	1.3	1.3	1.3	1.3	1.3	1.3	1.3	1.3	1.3	1.3
1.4	1.4	1.4	1.4	1.4	1.4	1.4	1.4	1.4	1.4	1.4	1.4
1.5	1.5	1.5	1.5	1.5	1.5	1.5	1.5	1.5	1.5	1.5	1.5
1.6	1.6	1.6	1.6	1.6	1.6	1.6	1.6	1.6	1.6	1.6	1.6
1.7	1.7	1.7	1.7	1.7	1.7	1.7	1.7	1.7	1.7	1.7	1.7
1.8	1.8	1.8	1.8	1.8	1.8	1.8	1.8	1.8	1.8	1.8	1.8
1.9	1.9	1.9	1.9	1.9	1.9	1.9	1.9	1.9	1.9	1.9	1.9
1.10	1.10	1.10	1.10	1.10	1.10	1.10	1.10	1.10	1.10	1.10	1.10
1.11	1.11	1.11	1.11	1.11	1.11	1.11	1.11	1.11	1.11	1.11	1.11
1.12	1.12	1.12	1.12	1.12	1.12	1.12	1.12	1.12	1.12	1.12	1.12
1.13	1.13	1.13	1.13	1.13	1.13	1.13	1.13	1.13	1.13	1.13	1.13
1.14	1.14	1.14	1.14	1.14	1.14	1.14	1.14	1.14	1.14	1.14	1.14
1.15	1.15	1.15	1.15	1.15	1.15	1.15	1.15	1.15	1.15	1.15	1.15
1.16	1.16	1.16	1.16	1.16	1.16	1.16	1.16	1.16	1.16	1.16	1.16
1.17	1.17	1.17	1.17	1.17	1.17	1.17	1.17	1.17	1.17	1.17	1.17
1.18	1.18	1.18	1.18	1.18	1.18	1.18	1.18	1.18	1.18	1.18	1.18
1.19	1.19	1.19	1.19	1.19	1.19	1.19	1.19	1.19	1.19	1.19	1.19
1.20	1.20	1.20	1.20	1.20	1.20	1.20	1.20	1.20	1.20	1.20	1.20
1.21	1.21	1.21	1.21	1.21	1.21	1.21	1.21	1.21	1.21	1.21	1.21
1.22	1.22	1.22	1.22	1.22	1.22	1.22	1.22	1.22	1.22	1.22	1.22
1.23	1.23	1.23	1.23	1.23	1.23	1.23	1.23	1.23	1.23	1.23	1.23
1.24	1.24	1.24	1.24	1.24	1.24	1.24	1.24	1.24	1.24	1.24	1.24
1.25	1.25	1.25	1.25	1.25	1.25	1.25	1.25	1.25	1.25	1.25	1.25
1.26	1.26	1.26	1.26	1.26	1.26	1.26	1.26	1.26	1.26	1.26	1.26
1.27	1.27	1.27	1.27	1.27	1.27	1.27	1.27	1.27	1.27	1.27	1.27
1.28	1.28	1.28	1.28	1.28	1.28	1.28	1.28	1.28	1.28	1.28	1.28
1.29	1.29	1.29	1.29	1.29	1.29	1.29	1.29	1.29	1.29	1.29	1.29
1.30	1.30	1.30	1.30	1.30	1.30	1.30	1.30	1.30	1.30	1.30	1.30
1.31	1.31	1.31	1.31	1.31	1.31	1.31	1.31	1.31	1.31	1.31	1.31
1.32	1.32	1.32	1.32	1.32	1.32	1.32	1.32	1.32	1.32	1.32	1.32
1.33	1.33	1.33	1.33	1.33	1.33	1.33	1.33	1.33	1.33	1.33	1.33
1.34	1.34	1.34	1.34	1.34	1.34	1.34	1.34	1.34	1.34	1.34	1.34
1.35	1.35	1.35	1.35	1.35	1.35	1.35	1.35	1.35	1.35	1.35	1.35
1.36	1.36	1.36	1.36	1.36	1.36	1.36	1.36	1.36	1.36	1.36	1.36
1.37	1.37	1.37	1.37	1.37	1.37	1.37	1.37	1.37	1.37	1.37	1.37
1.38	1.38	1.38	1.38	1.38	1.38	1.38	1.38	1.38	1.38	1.38	1.38
1.39	1.39	1.39	1.39	1.39	1.39	1.39	1.39	1.39	1.39	1.39	1.39
1.40	1.40	1.40	1.40	1.40	1.40	1.40	1.40	1.40	1.40	1.40	1.40
1.41	1.41	1.41	1.41	1.41	1.41	1.41	1.41	1.41	1.41	1.41	1.41
1.42	1.42	1.42	1.42	1.42	1.42	1.42	1.42	1.42	1.42	1.42	1.42
1.43	1.43	1.43	1.43	1.43	1.43	1.43	1.43	1.43	1.43	1.43	1.43
1.44	1.44	1.44	1.44	1.44	1.44	1.44	1.44	1.44	1.44	1.44	1.44
1.45	1.45	1.45	1.45	1.45	1.45	1.45	1.45	1.45	1.45	1.45	1.45
1.46	1.46	1.46	1.46	1.46	1.46	1.46	1.46	1.46	1.46	1.46	1.46
1.47	1.47	1.47	1.47	1.47	1.47	1.47	1.47	1.47	1.47	1.47	1.47
1.48	1.48	1.48	1.48	1.48	1.48	1.48	1.48	1.48	1.48	1.48	1.48
1.49	1.49	1.49	1.49	1.49	1.49	1.49	1.49	1.49	1.49	1.49	1.49
1.50	1.50	1.50	1.50	1.50	1.50	1.50	1.50	1.50	1.50	1.50	1.50
1.51	1.51	1.51	1.51	1.51	1.51	1.51	1.51	1.51	1.51	1.51	1.51
1.52	1.52	1.52	1.52	1.52	1.52	1.52	1.52	1.52	1.52	1.52	1.52
1.53	1.53	1.53	1.53	1.53	1.53	1.53	1.53	1.53	1.53	1.53	1.53
1.54	1.54	1.54	1.54	1.54	1.54	1.54	1.54	1.54	1.54	1.54	1.54
1.55	1.55	1.55	1.55	1.55	1.55	1.55	1.55	1.55	1.55	1.55	1.55
1.56	1.56	1.56	1.56	1.56	1.56	1.56	1.56	1.56	1.56	1.56	1.56
1.57	1.57	1.57	1.57	1.57	1.57	1.57	1.57	1.57	1.57	1.57	1.57
1.58	1.58	1.58	1.58	1.58	1.58	1.58	1.58	1.58	1.58	1.58	1.58
1.59	1.59	1.59	1.59	1.59	1.59	1.59	1.59	1.59	1.59	1.59	1.59
1.60	1.60	1.60	1.60	1.60	1.60	1.60	1.60	1.60	1.60	1.60	1.60
1.61	1.61	1.61	1.61	1.61	1.61	1.61	1.61	1.61	1.61	1.61	1.61
1.62	1.62	1.62	1.62	1.62	1.62	1.62	1.62	1.62	1.62	1.62	1.62
1.63	1.63	1.63	1.63	1.63	1.63	1.63	1.63	1.63	1.63	1.63	1.63
1.64	1.64	1.64	1.64	1.64	1.64	1.64	1.64	1.64	1.64	1.64	1.64
1.65	1.65	1.65	1.65	1.65	1.65	1.65	1.65	1.65	1.65	1.65	1.65
1.66	1.66	1.66	1.66	1.66	1.66	1.66	1.66	1.66	1.66	1.66	1.66
1.67	1.67	1.67	1.67	1.67	1.67	1.67	1.67	1.67	1.67	1.67	1.67
1.68	1.68	1.68	1.68	1.68	1.68	1.68	1.68	1.68	1.68	1.68	1.68
1.69	1.69	1.69	1.69	1.69	1.69	1.69	1.69	1.69	1.69	1.69	1.69
1.70	1.70	1.70	1.70	1.70	1.70	1.70	1.70	1.70	1.70	1.70	1.70
1.71	1.71	1.71	1.71	1.71	1.71	1.71	1.71	1.71	1.71	1.71	1.71
1.72	1.72	1.72	1.72	1.72	1.72	1.72	1.72	1.72	1.72	1.72	1.72
1.73	1.73	1.73	1.73	1.73	1.73	1.73	1.73	1.73	1.73	1.73	1.73
1.74	1.74	1.74	1.74	1.74	1.74	1.74	1.74	1.74	1.74	1.74	1.74
1.75	1.75	1.75	1.75	1.75	1.75	1.75	1.75	1.75	1.75	1.75	1.75
1.76	1.76	1.76	1.76	1.76	1.76	1.76	1.76	1.76	1.76	1.76	1.76
1.77	1.77	1.77	1.77	1.77	1.77	1.77	1.77	1.77	1.77	1.77	1.77
1.78	1.78	1.78	1.78	1.78	1.78	1.78	1.78	1.78	1.78	1.78	1.78
1.79	1.79	1.79	1.79	1.79	1.79	1.79	1.79	1.79	1.79	1.79	1.79
1.80	1.80	1.80	1.80	1.80	1.80	1.80	1.80	1.80	1.80	1.80	1.80
1.81	1.81	1.81	1.81	1.81	1.81	1.81	1.81	1.81	1.81	1.81	1.81
1.82	1.82	1.82	1.82	1.82	1.82	1.82	1.82	1.82	1.82	1.82	1.82
1.83	1.83	1.83	1.83	1.83	1.83	1.83	1.83	1.83	1.83	1.83	1.83
1.84	1.84	1.84	1.84	1.84	1.84	1.84	1.84	1.84	1.84	1.84	1.84
1.85	1.85	1.85	1.85	1.85	1.85	1.85	1.85	1.85	1.85	1.85	1.85
1.86	1.86	1.86	1.86	1.86	1.86	1.86	1.86	1.86	1.86	1.86	1.86
1.87	1.87	1.87	1.87	1.87	1.87	1.87	1.87	1.87	1.87	1.87	1.87
1.88	1.88	1.88	1.88	1.88	1.88	1.88	1.88	1.88	1.88	1.88	1.88
1.89	1.89	1.89	1.89	1.89	1.89	1.89	1.89	1.89	1.89	1.89	1.89
1.90	1.90	1.90	1.90	1.90	1.90	1.90	1.90	1.90	1.90	1.90	1.90
1.91	1.91	1.91	1.91	1.91	1.91	1.91	1.91	1.91	1.91	1.91	1.91
1.92	1.92	1.92	1.92	1.92	1.92	1.92	1.92	1.92	1.92	1.92	1.92
1.93	1.93	1.93									

SW DESIGNA – Front Office
Home

www.protezionecivile.gov.it

DESIGNA

Home

Richieste di modifiche o nuove implementazioni

Accoglienza persone

Area di accoglienza
CAS
Strutture ospedaliere
ospedaliere
SAE
Cottarene
Tabelle

Side navigation bar

User

Warning system

Upgrade request

Situation Overview

PROTEZIONE CIVILE
Presidenza del Consiglio dei Ministri
Dipartimento della Protezione Civile

- Strengthen the local response
- Work for prevention and invest in adaptation measures
- Promote a further awareness raising campaign on disaster risk awareness
- Strengthen emergency and contingency planning
- From rescue to self protection

*TES: temporary emergency settlement –
assisting people in emergency*

David Fabi - DPC - National Dept. Of Civil Protection of Italy
Emergency Management Office



Shinichi Egawa: Fukushima „Großflächige Evakuierung“

1st AKNZ Congress

Fukushima
Large Scale Evacuation

Shinichi Egawa, M.D., Ph.D., F.A.C.S.
Professor
International Research Institute of Disaster Science
Tohoku University, Sendai, JAPAN

Division of International Cooperation for Disaster Medicine   

Contents and COI declaration

- * Sendai Framework
- * Fukushima large scale evacuation
- * Risk communication
- * Build Back Better: DRR in Japan
- * Healthy community is resilient against disaster

I have no conflict of interest regarding to this presentation

... ÜBER DEN TELLERRAND

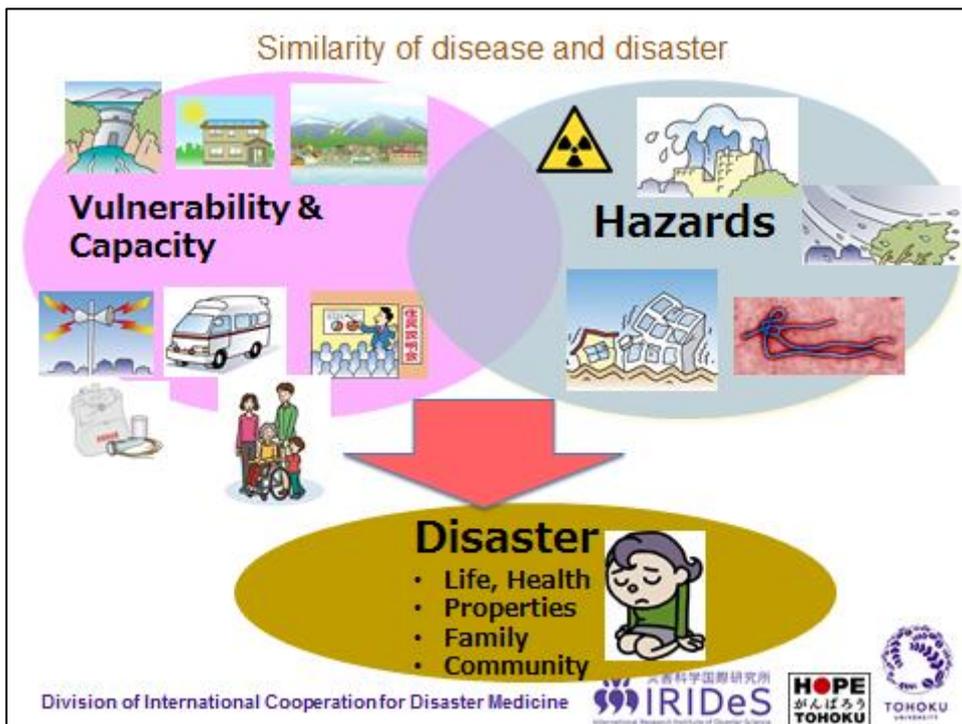
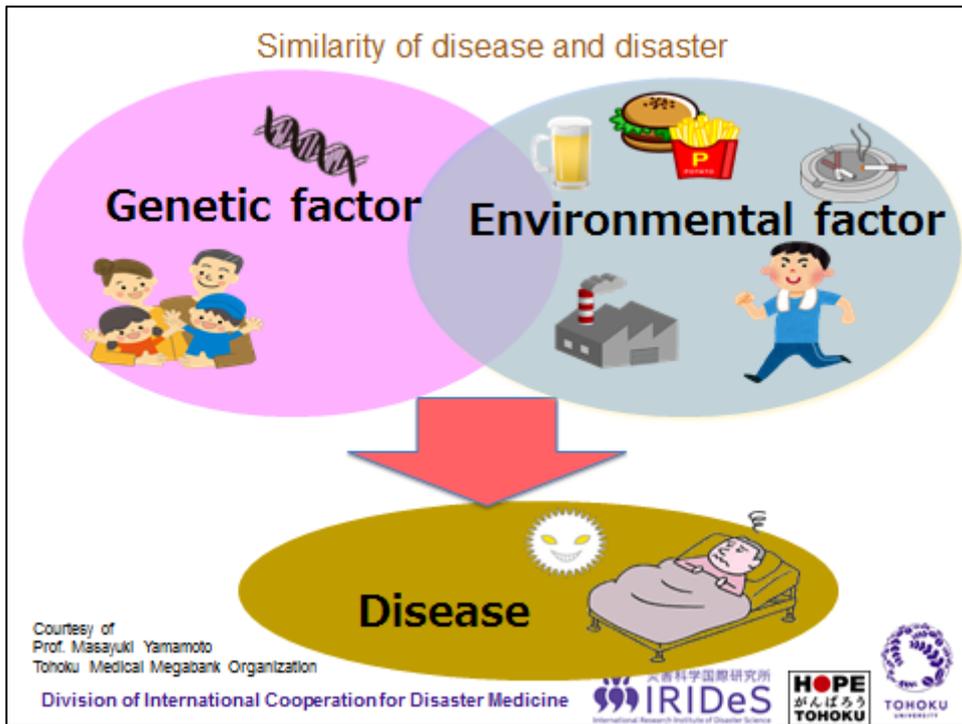
- Disaster is borderless and may happen at anywhere, anytime and to anyone.
- Human centered multisectoral approach is imperative.



Health Security

Sendai Framework for
Disaster Risk Reduction





Disaster Risk Reduction



- Know your risk
- Reduce your risk
- Prepared to act

To reduce the disaster risk,

$$\text{Risk} = \frac{\text{Hazard} \times \text{Vulnerability}}{\text{Capacities}}$$

Division of International Cooperation for Disaster Medicine





25 Years of International Commitments to Disaster Risk Reduction

The diagram illustrates a timeline of international commitments to disaster risk reduction from 1989 to 2015. Key milestones include:

- 1989:** International Decade for Natural Disaster Reduction (IDNDR)
- 1992:** United Nations Framework Convention on Climate Change
- 1994:** Yokohama Strategy and Plans of Action
- 1999:** International Strategy for Disaster Reduction (ISDR)
- 2000:** WE CAN END POVERTY 2015 (MILLENNIUM DEVELOPMENT GOALS)
- 2005:** Hyogo Framework for Action 2005-2015
- 2015:** Sendai Framework for Disaster Risk Reduction 2015-2030 and PARIS2015 COP21-CMP11

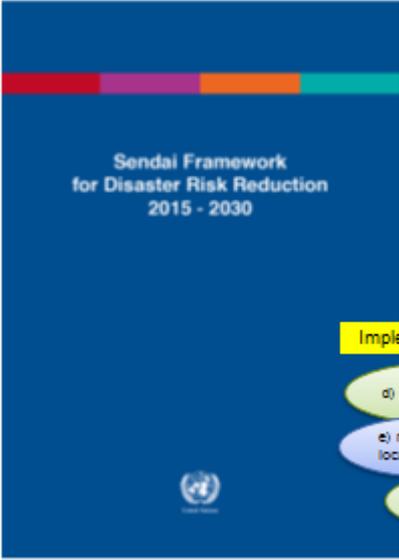
Aitsi-elmi A, Egawa S, et al. Int J Disaster Risk Sci 2015

Division of International Cooperation for Disaster Medicine





Sendai Framework

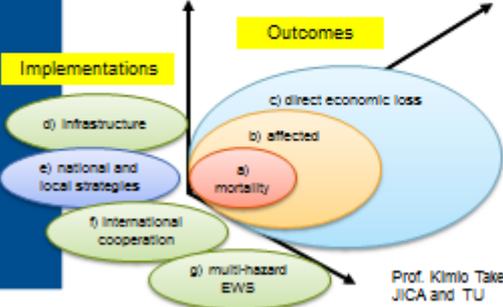


Sendai Framework
for Disaster Risk Reduction
2015 - 2030

Four Priorities

Priority 1: Understanding Disaster Risk
 Priority 2: Disaster Risk Governance
 Priority 3: Investment in Disaster Risk Reduction
 Priority 4: Enhance preparedness for effective response and "Build Back Better" in recovery, rehabilitation and reconstruction

Seven Global Targets



Prof. Kimio Takeya
JICA and TU

Division of International Cooperation for Disaster Medicine





Concept structure of Priorities

Sendai Framework for Disaster Risk Reduction

Priority 2: Disaster Risk Governance
By Self, Family, Community, Local and National Governments, Regional and Global

Priority 3: **Investment** in Disaster Risk Reduction

Priority 4: Enhance preparedness for effective response and "**Build Back Better**" in recovery, rehabilitation and reconstruction

Priority 1: Understanding Disaster Risk
by Science, Technology and Education

Prof. Kimio Takeya
JICA and TU







Great East Japan Earthquake 2011

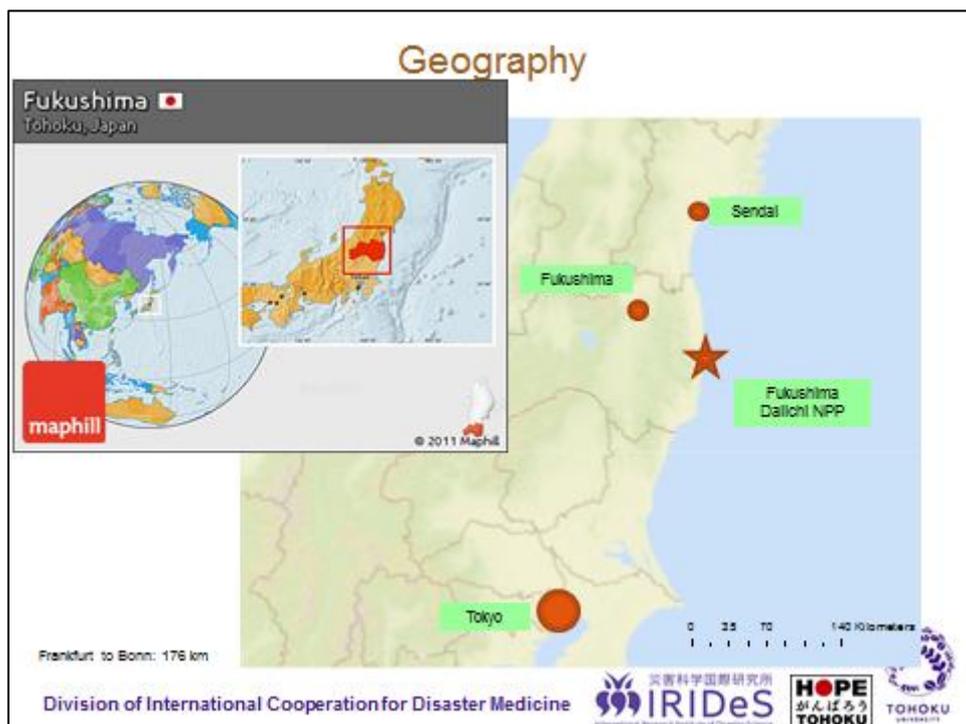
Fukushima large scale evacuation

IRIDeS
International Research Institute of Disaster Science

HOPE
がんぼう
TOHOKU

Geography

Fukushima 🇯🇵
Tohoku, Japan

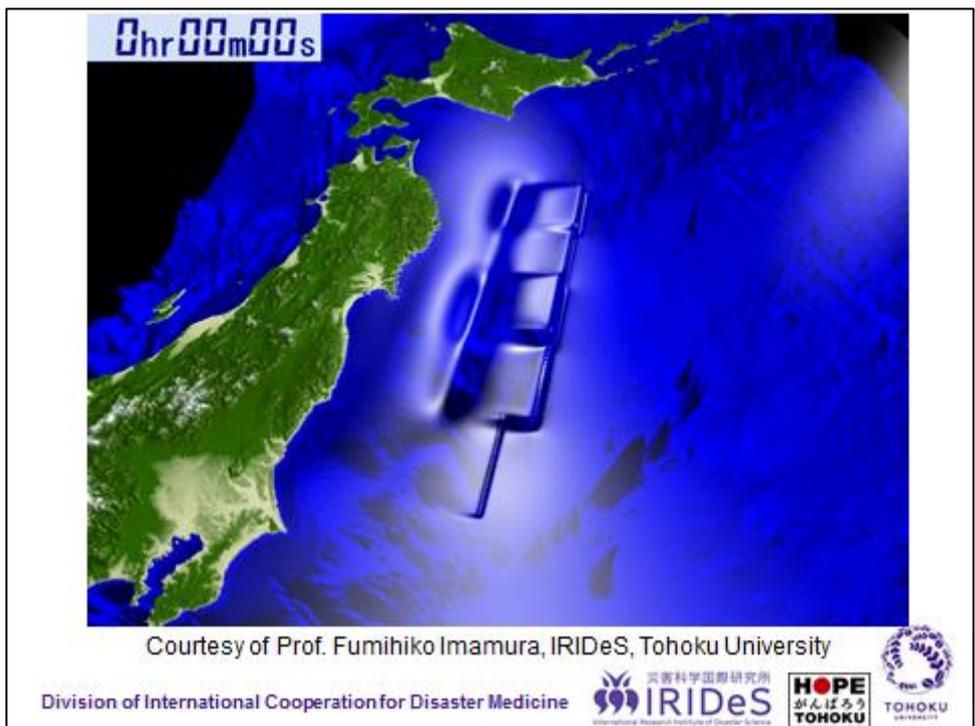
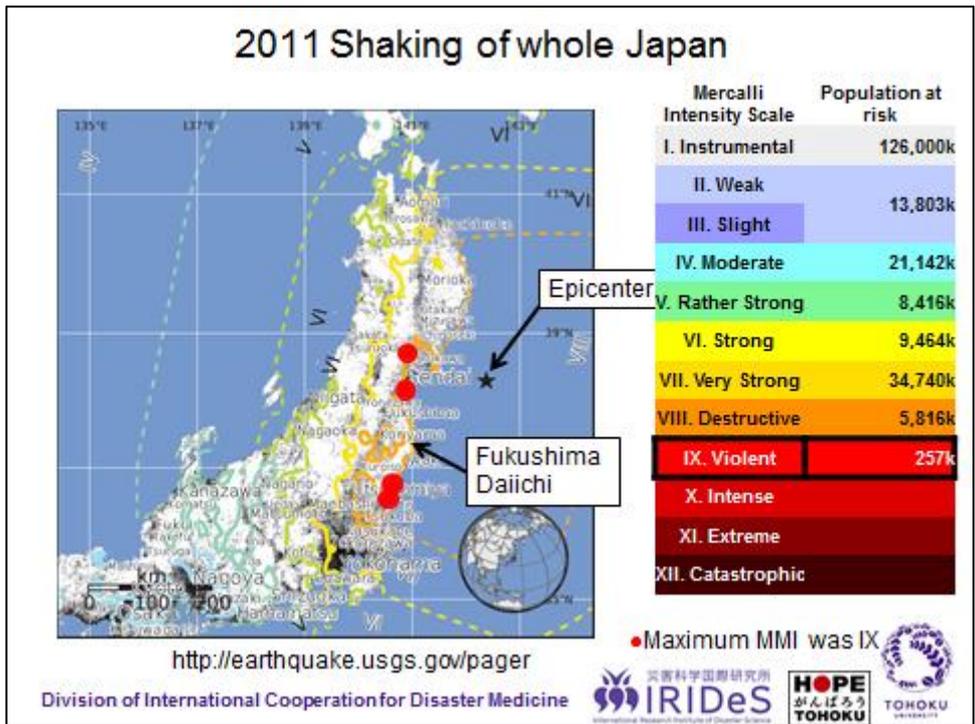


Frankfurt to Bonn: 176 km

Division of International Cooperation for Disaster Medicine

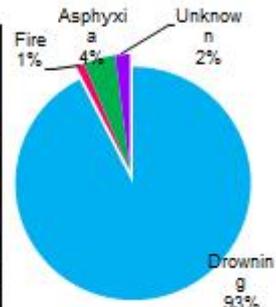
IRIDeS
International Research Institute of Disaster Science

HOPE
がんぼう
TOHOKU



Lessons from 2011 Great East Japan Earthquake

Mar. 11, 2011, 14:46 M9.0



2011 White pages, Japan Gov.

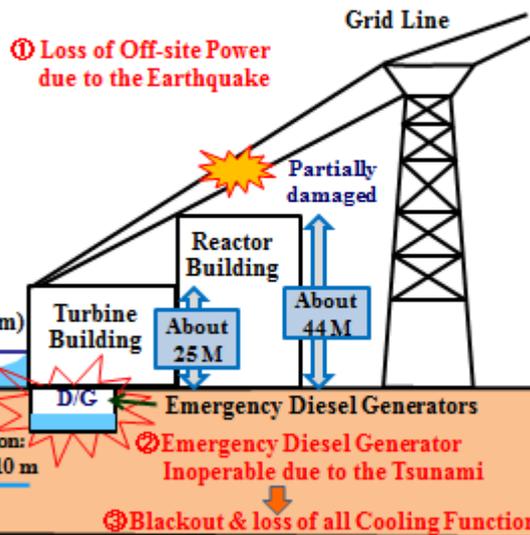
Division of International Cooperation for Disaster Medicine



Damages to Fukushima Daiichi NPP

Dr. Akashi S, National Institute of Radiation Science

-All operating units were **automatically shut down safely**, when earthquake occurred.
 -Emergency D/Gs have worked properly **until the Tsunami attack**.



Hydrogen explosion of Unit 3

Akashi S, National Institute of Radiation Science

10:01 March 14, 2011



NTV Japan NTV (Nihon Television)

The explosion of Unit 3 of the Fukushima Dai-ichi NPP

17

After explosion



Air Photo Service Co. Ltd., Japan **18**

Release of Radionuclides

	Fukushima Daiichi NPP accident	Chernobyl NPP accident	Atomic Bomb (Hiroshima)	Half Life
Te-129m	0.33			33.6 d
Te-132	8.8	115.0		3.2 d
I-131	16.0	176.0	6.3	8.0 d
I-132	0.0013			2.3 h
I-133	4.2			20.8 h
I-135	0.23			6.6 h
Cs-134	1.8			2.1 y
Cs-137	1.5			30.1 y

As of Jun. 6, 2011,
 Modification on October 20, 2011
 Unit = 10¹⁸ Bq
 Source: Nuclear and Industrial Safety

Division of International Cooperation for Disaster Medicine

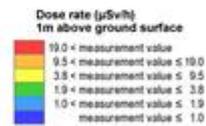


Distribution Map for Radiation Dose

<http://ramap.jmc.or.jp/map/eng/>



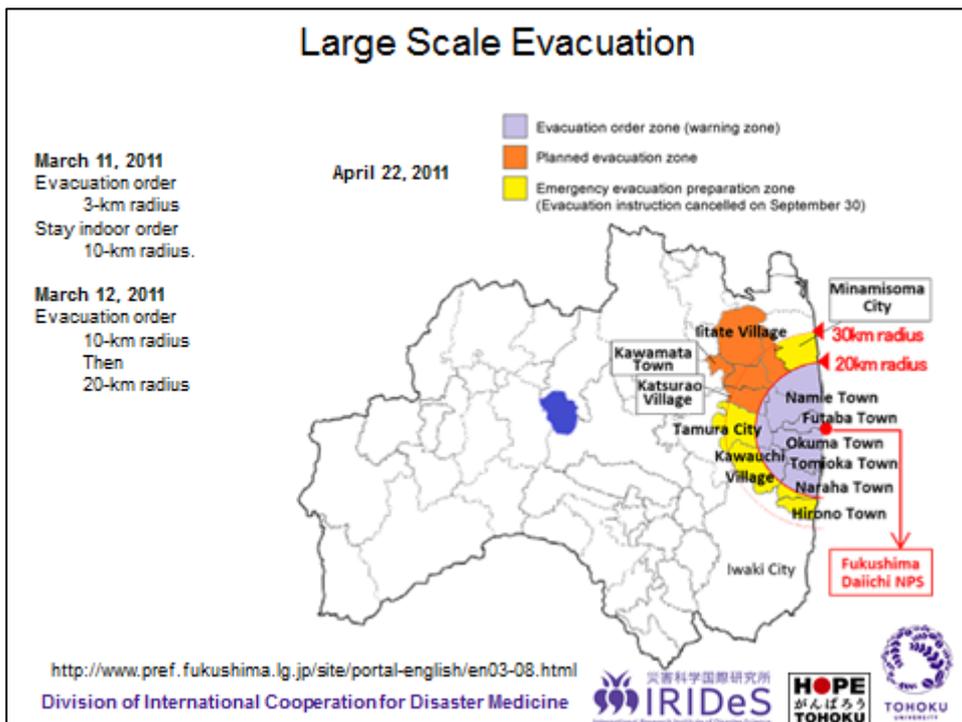
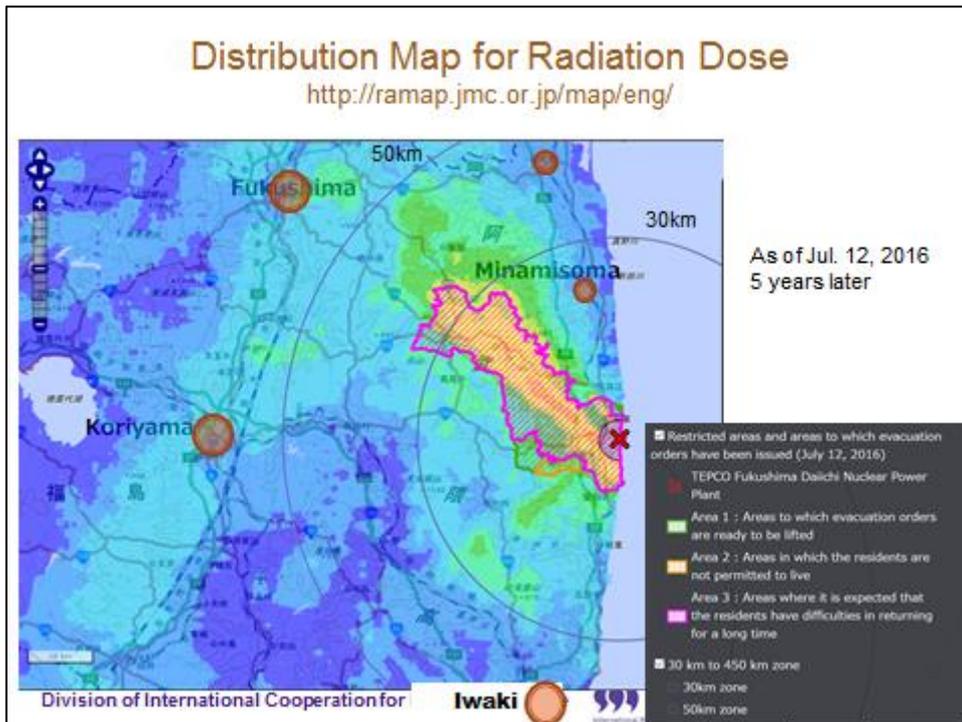
As of Nov. 18, 2016
 5.5 years later



Area with no survey results available

Division of International Cooperation for Disaster Medicine





People at Ohkuma-town, Fukushima

- Evacuating to school gym -

Dr. Akashi S, National Institute of Radiation Science



From The Asahi Shimbun

23

Changing the cut-off criteria for screening

Dr. Akashi S, National Institute of Radiation Science

If the cut-off criteria for decontamination was **13,000 cpm** (as $^{131}\text{I} \approx 40\text{Bq}/\text{cm}^2$), many evacuees had to be decontaminated.

However,

At the shelter, evacuees were unable to ;

- Remove their clothes due to **very low temperature**
- Change their clothes due to **no clean clothes**
- Receive decontamination due to **no water supply**

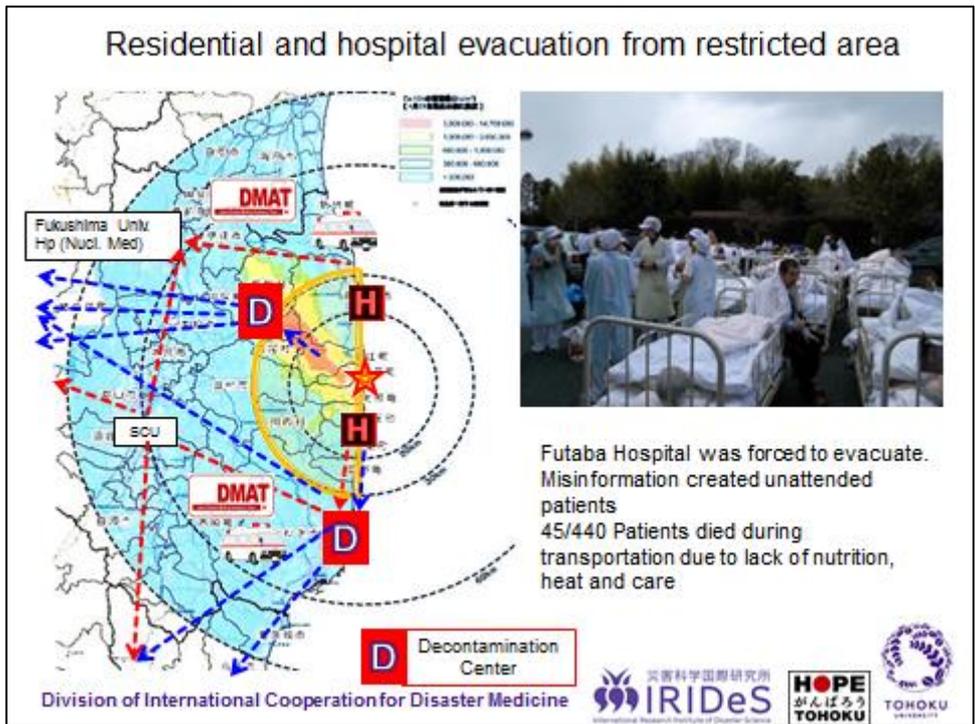
Therefore,

Changing the criteria was necessitated :

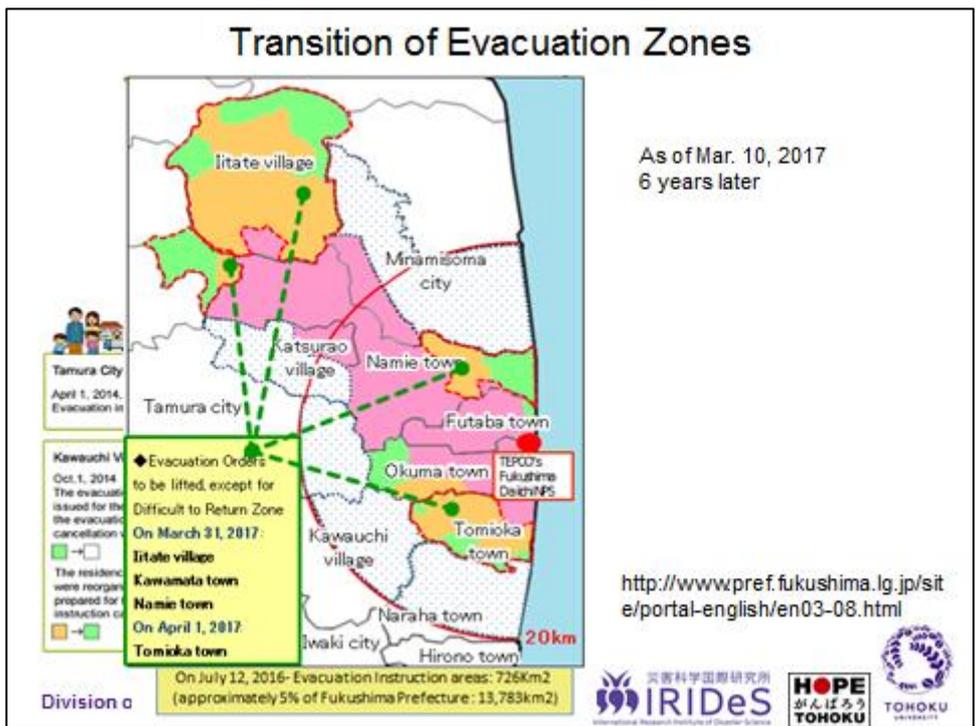
13,000 cpm →→ **100,000 cpm**



24



Futaba Hospital was forced to evacuate.
 Misinformation created unattended patients
 45/440 Patients died during transportation due to lack of nutrition, heat and care





Great East Japan Earthquake 2011

Fukushima large scale evacuation

What did affect the people most?




Hospital Evacuation



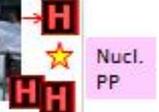
Ogatsu Hospital
 Three story was inundated.
 40/40 Pts, 66/70 Medical Staff were killed



Ishinomaki Municipal Hospital
 120 Pts, 250 Medical Staff were isolated



Futaba Hospital
 Forced to evacuate
 Misinformation created unattended patients
 45/440 Pts died during Tx

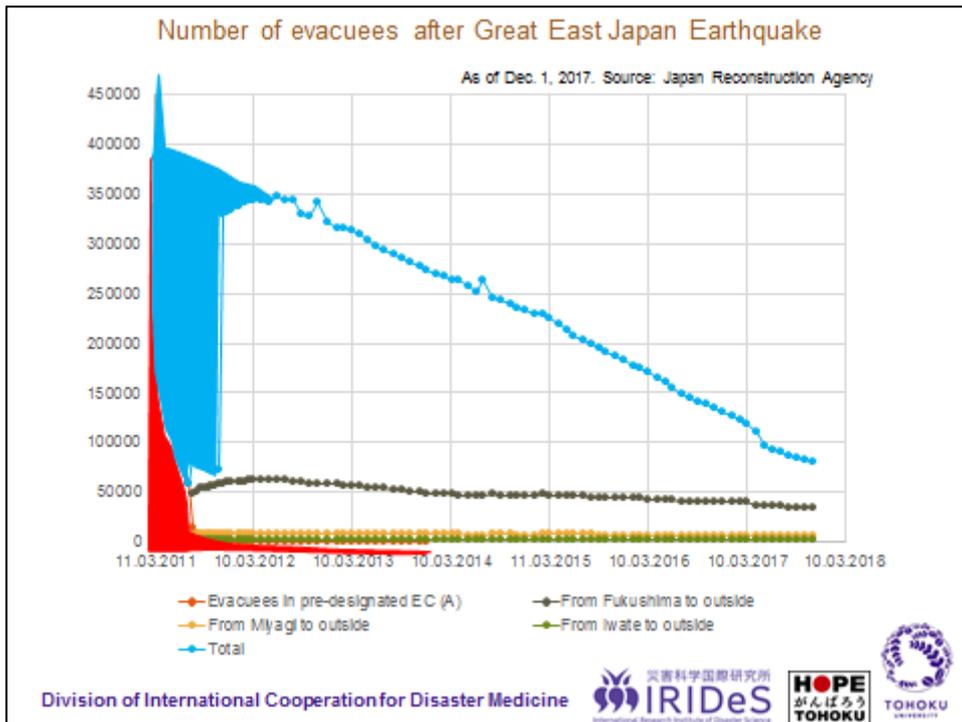




Rikuzen Takada Hospital
 Four story was inundated
 12/51 Pts, 8/82 Medical Staff were killed
 170 Isolated people



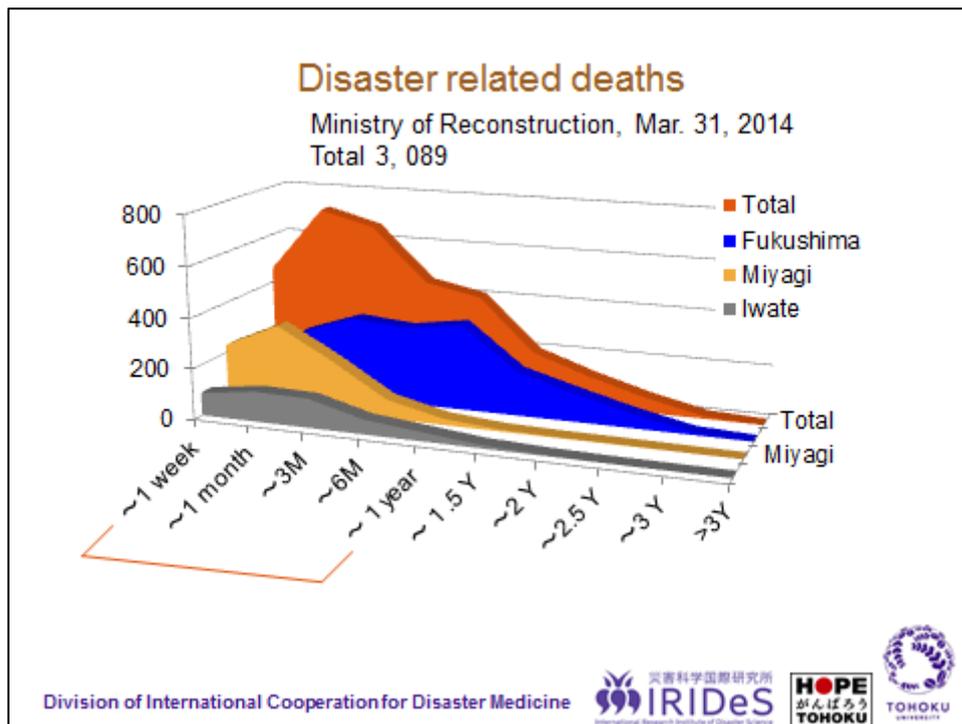
Shizugawa Hospital
 67/109 Pts, 4 Medical Staff were killed
 7/150 Isolated people died of hypothermia



Change of health risks in Great East Japan Earthquake

	Injured	Dead and lost	Displaced
Hanshin-Awaji Earthquake 1995	43,800	6,433	307,200
Great East Japan Earthquake 2011	5,942 ↓	19,582 ↑	488,000

- Less injuries, but different medical needs last longer
- Disruption of traffic and communication made health sector paralyzed
- Complicated radiological disaster
- Mental health of affected people was devastated
- Health facilities were also destroyed by disaster
- Education of disaster medicine was not generalized in health professionals



Cause of disaster related deaths

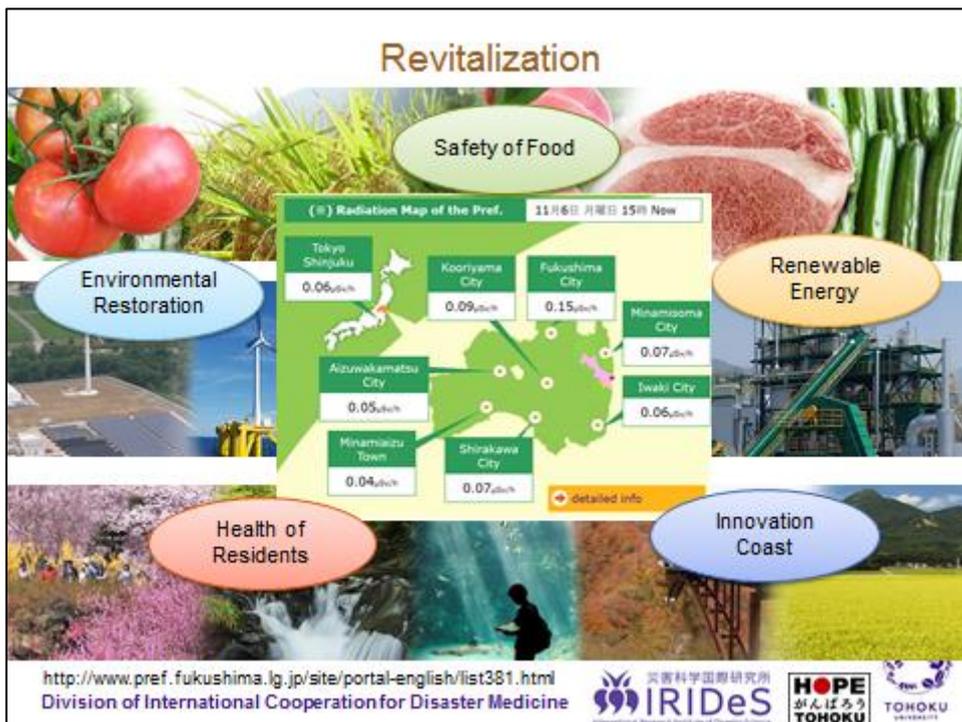
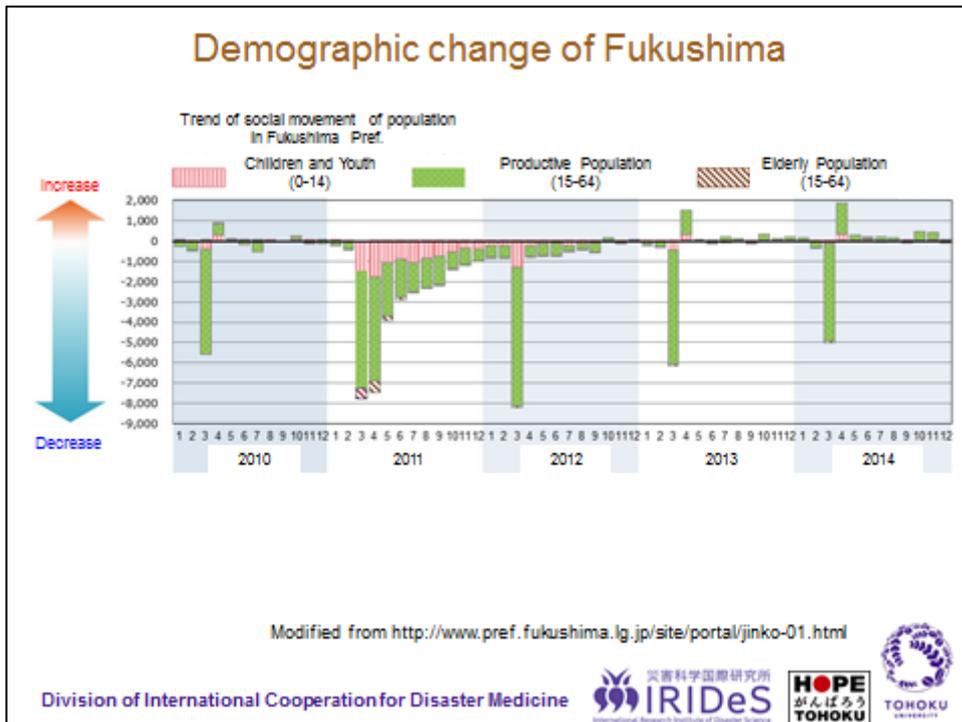
Reconstruction Agency

As of Aug 2012

1263 people in the towns and cities of remarkable disaster related death and the areas close to the nuclear power plant.

- More than 90 % are **over 70s**. **Equal gender**.
- 60% had some **co-morbidity** (some disease)
- Cause of death (including 13 suicides)
 - **Physical and mental expiration** during the evacuation centers.
 - Physical and mental expiration during transportation to the evacuation centers.
 - **Latency of primary care** because of hospital unavailability.
 - **Physical and mental stress** from the earthquake and Tsunami.

Division of International Cooperation for Disaster Medicine   



Disaster Preparedness for Public Health
Risk communication

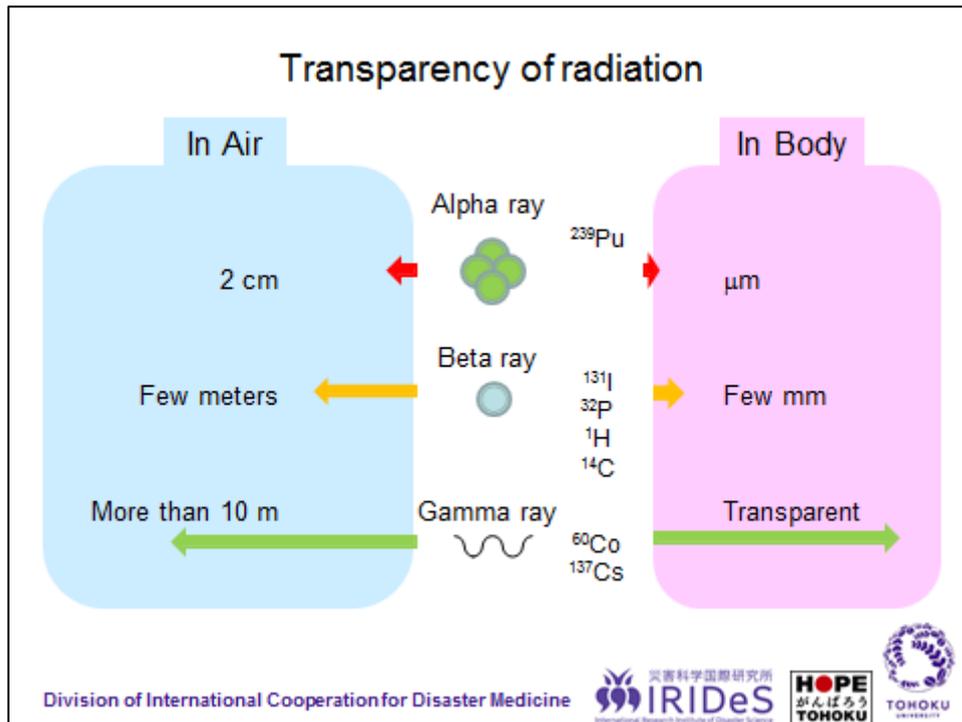
Radiation in daily life

$\mu\text{Sv/h}$

100	← 67 International Space Station, out side work ← 24 Inside of Space Station
10	← 7 Air plane Tokyo – San Francisco 1-31 Futaba (restricted area within 30 km)
1	Cumulative dose 18-200 mSV/year
0.1	← 0.9 Fukushima (0.15 as of Nov. 2017) 0.2-0.3 Rome 0.15 Top of Mt. Fuji 0.08 Gifu Pref.
0.01	← 0.05 Sendai 0.03 Tokyo 0.02 Sweden

For example, 1.0 $\mu\text{Sv/hour}$ is equivalent to approximately 5 mSv/year.

Akashi S, National Institute of Radiation Science



What irradiation exposure will **not** cause

1. Immediate death

- One engineer died of acute radiation injury 66.5 h later in 1997 Russian Salov criticality accident

2. Immediate burn and physical injury

- Think of heat material or casualty
- Decontamination sometimes cause skin inflammation

3. Harmful irradiation of care giver

- Less than 1 mSv even the patient had 26,000 cpm contamination in the upper body

Acute radiation injury occurs when more than 1000 mSv effective dose was irradiated in a short time.

Patient transportation

- Isolation of contaminated patients and materials
- Masking and coverage of ambulance car, rooms and containers.



Radiation Emergency Medicine Information Network

Division of International Cooperation for Disaster Medicine



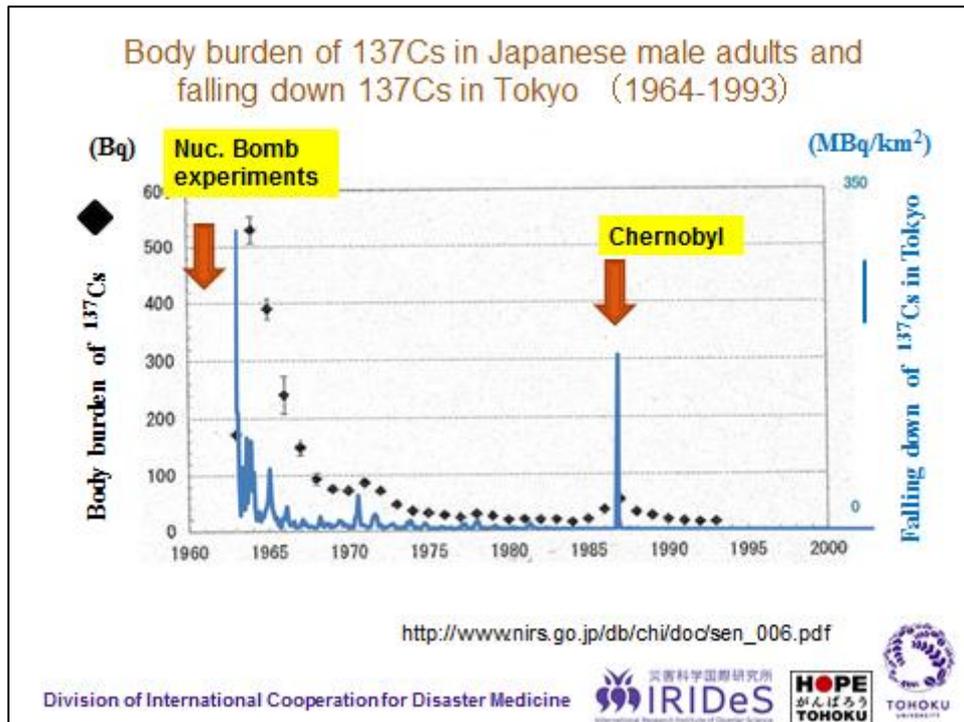
Scientific health literacy is important

- Care of radiation contaminated patient will not harm.
- Avoid inhalation
- Gamma-ray cannot be shaded by protection wear
- Isolation and masking is important
- 30 km residency restriction is reasonable according to the effective dose.



Division of International Cooperation for Disaster Medicine





Build Back Better

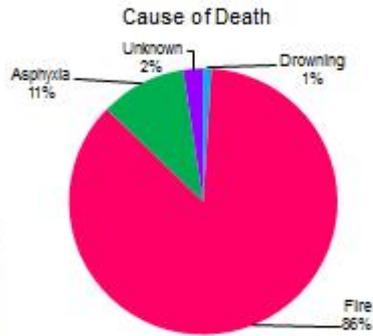
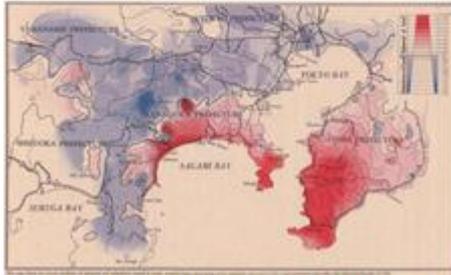
Disaster risk reduction in Japan

The banner features a blue background with white text. At the top, it says 'Build Back Better'. Below that, in a larger font, is 'Disaster risk reduction in Japan'. At the bottom right, there are three logos: IRIDeS (International Research Institute of Disaster Science), HOPE (がんぼう TOHOKU), and TOHOKU UNIVERSITY.

Lessons from 1923 Great Kanto Earthquake



September 1, 1923
11:58:32
M7.9



The buildings should be fire-resistant
Every Sept. 1 is the Disaster Drill Day

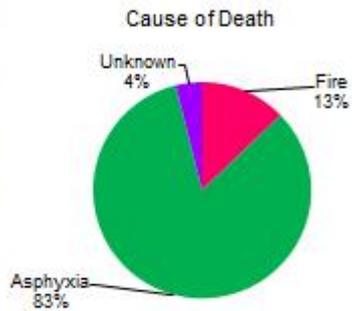
Division of International Cooperation for Disaster Medicine



Lessons from 1995 Great Hanshin Awaji Earthquake



January 17, 1995
05:46
M7.3

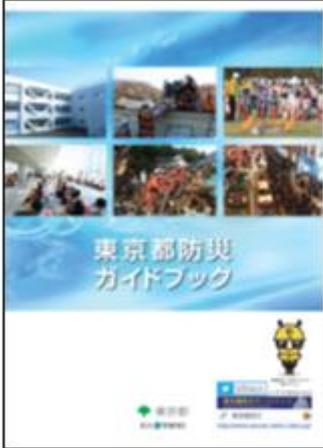


The buildings should be quake-proof
Japanese Association for Disaster
Medicine was established

Division of International Cooperation for Disaster Medicine



To reduce the vulnerability



- Guidebooks for citizens and visitors
- Self Protection
- Prevention of fire
- Retrofitting
- Disaster Drills
- Tsunami awareness
- Preparedness



Let's Get Prepared.

What if an earthquake hits Tokyo now? What will you do in this instant when our city undergoes a drastic change? If you are at home; if you are in the subway; if it's the middle of winter; if it's in the middle of the night; if you are alone; if you are with someone who needs to be protected... What will you do?

Take this time to imagine the situation; to gain proper knowledge; to prepare stockpiles; to discuss what to do with your family and neighbors... Each effort you take to prepare will help protect you. We can fight disasters. So, let's get prepared and do everything to protect ourselves.

東京防災

<http://www.metro.tokyo.jp/ENGLISH/GUIDE/BOSAI/>

Division of International Cooperation for Disaster Medicine



Medial Management in Japan established from past disasters

- Disaster Base Hospitals
- DMAT, DPAT, DHEAT, DRAT, etc
- Staging Care Unit (SCU) and Wide Transportation Network
- Emergency Medical Information System (EMIS)
- Establishment of Disaster Medical Coordinator

Division of International Cooperation for Disaster Medicine



Disaster Base Hospital

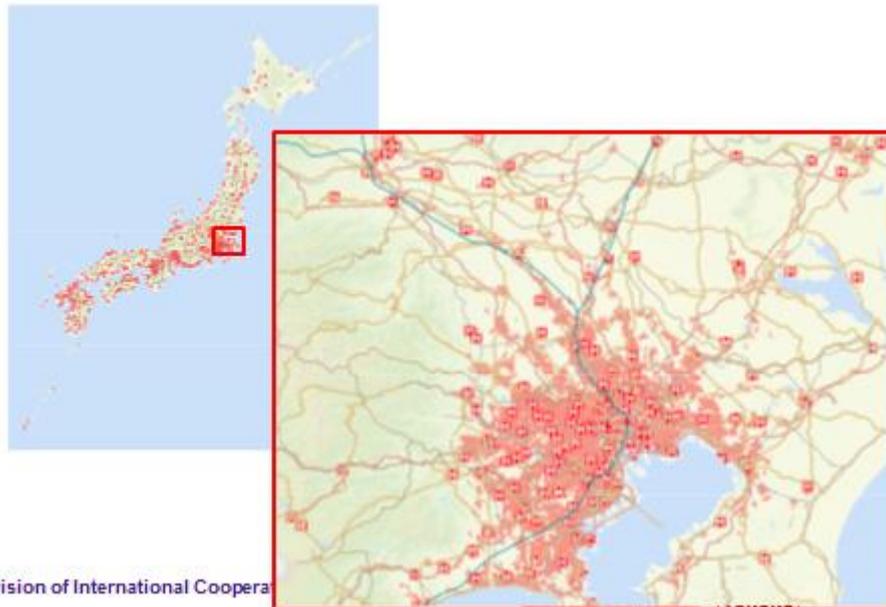
- 725 DBHs in Japan
 - 1 National Disaster Medical Center
 - 788 DMAT providing DBH
 - 271 Emergency Center
 - 54 Radiological DBH



Division of International Cooperation for Disaster Medicine



Disaster Base Hospitals in Japan



Division of International Coopera

Comb Operation in GEJE, 2011

1st step
Main route opening

2nd step
Branch route opening Day 2-5

3rd step
Coastal route opening 97% on Day 7

Pre-existing contract between local government and private sector made it possible to rapidly open the roads to save the affected people!

<http://infra-archiv311.jp/gaiyou02.html>

Division of International Cooperation for Disaster Medicine

災害科学国際研究所 IRIDeS
HOPE がんぼう TOHOKU
TOHOKU UNIVERSITY

TEC FORCE and satellite communication vehicles

The emergency restoration works were undertaken for severely affected river bridges which had lost their original form, etc.

2011.8.15

The massive earthquake and tsunami also devastated rivers. 31-mile rivers of this river system within the jurisdiction of the PLIT Tohoku Regional Bureau, 1,174 facilities, such as levees and sluiceways, were damaged.

The damaged facilities were temporarily restored immediately after the earthquake, in order to prevent a secondary disaster. Among others, 23 severely affected facilities underwent the "emergency restoration work", which reinforced the facilities with additional equipments or supports beams. The first emergency restoration work was completed in the Iwagawa River on April 2, and all other emergency restoration works were completed by July 22.

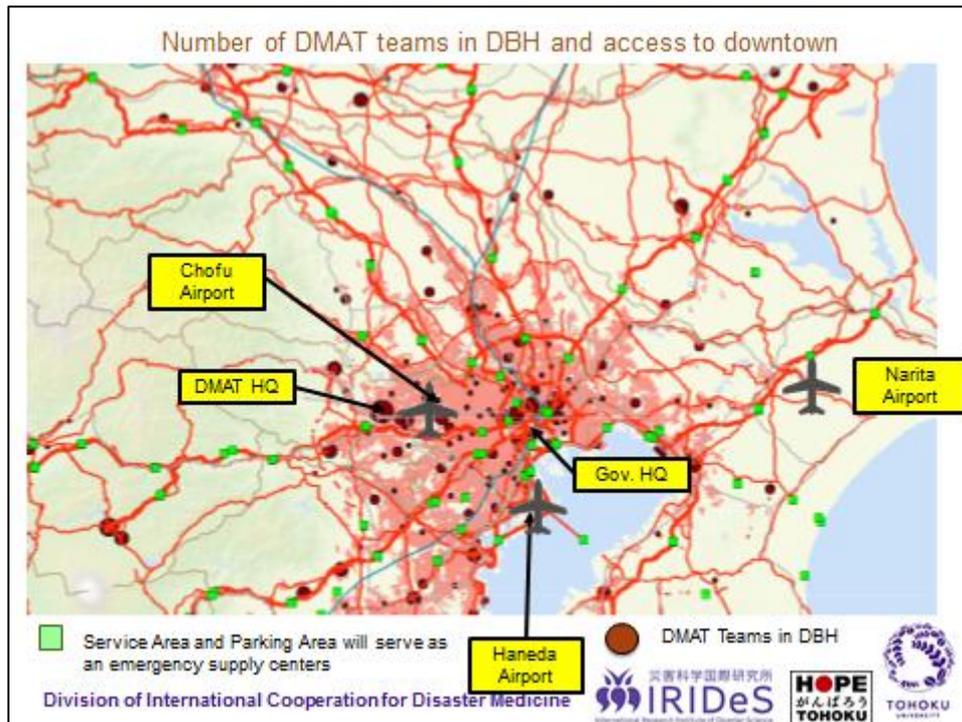
2011.4.2

Rapid assessment, communication and reconstruction by Ministry of Land, Infrastructure, Transportation and Tourism

<http://infra-archiv311.jp/en/>

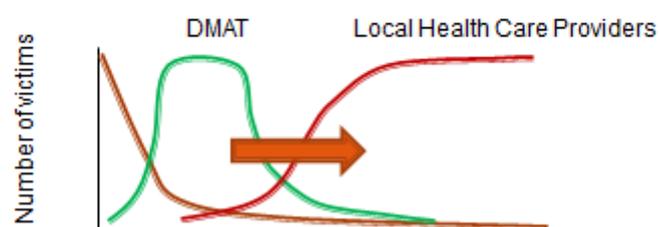
Division of International Cooperation for Disaster Medicine

災害科学国際研究所 IRIDeS
HOPE がんぼう TOHOKU
TOHOKU UNIVERSITY



Disaster Medical Assistant Team (DMAT)

- More than 1000 teams were trained in Japan after Hanshin Awaji Earthquake
- Arrives in the affected area within 24 hours and save the lives from preventable death until local health care recovers.
- Consists of a medical doctor, a nurse, a pharmacist and a logistician with self-standing materials and vehicle.
- Specific training for confined space medicine and wide area transportation.

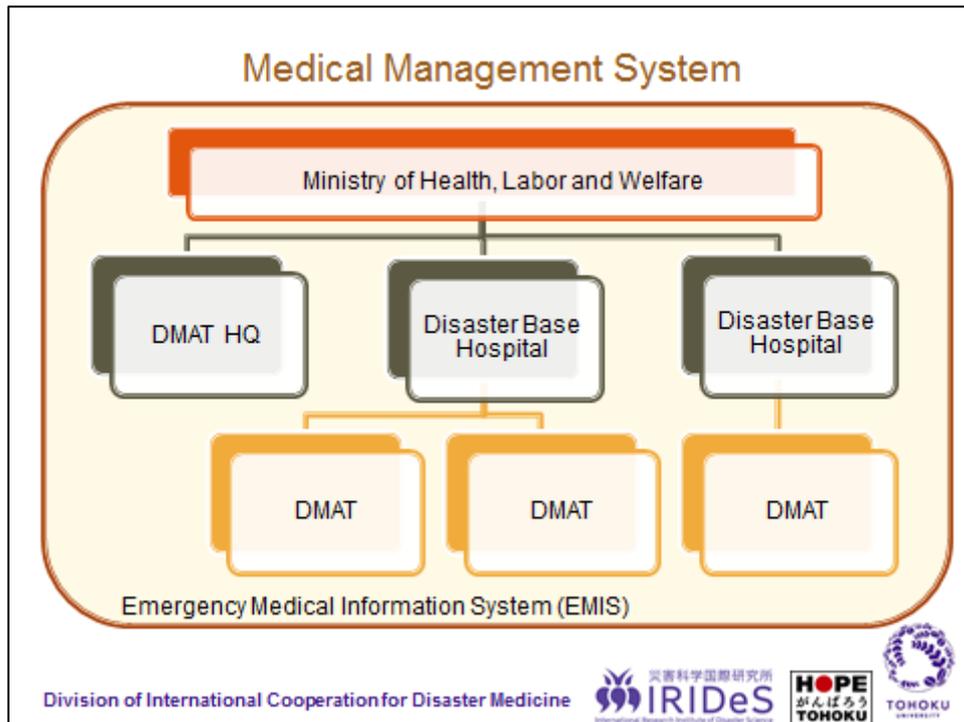


Division of International Cooperation for Disaster Medicine

IRIDeS

HOPE
がんぼう
TOHOKU





Aircrafts for Wide Area Transportation



C1 (Self Defense Force)



C130 (Self Defense Force)



CH-47 (Self Defense Force)

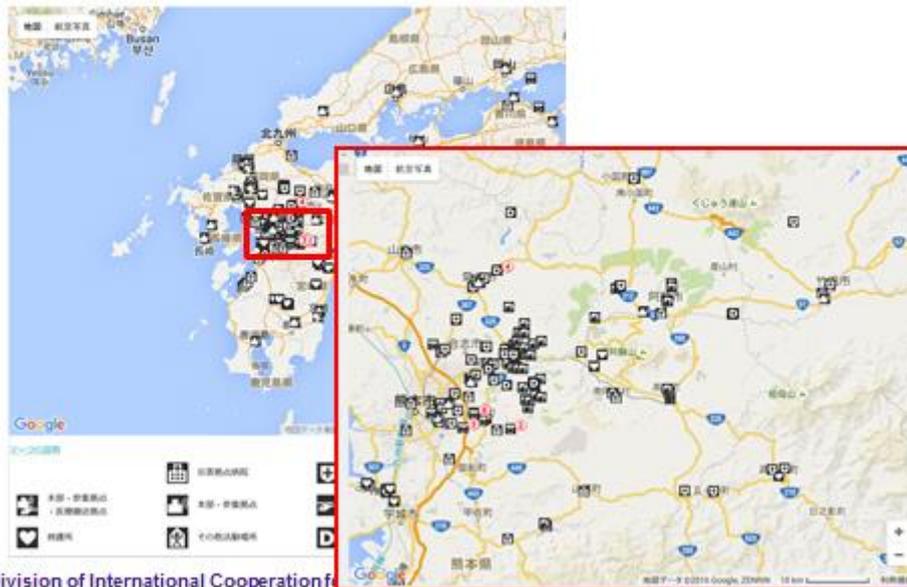
Capacities
 8 Patients with stretchers in C1 and C130
 4 Patients with stretchers in CH-47

SCU triages
 Multiple injuries, Head injury, Crash syndromes and Severe burns that require intensive care in Life saving emergency center outside the affected area.

Division of International Cooperation for Disaster Medicine



EMIS Emergency Medical Information System



Division of International Cooperation for Disaster Medicine



Further improvement after GEJE

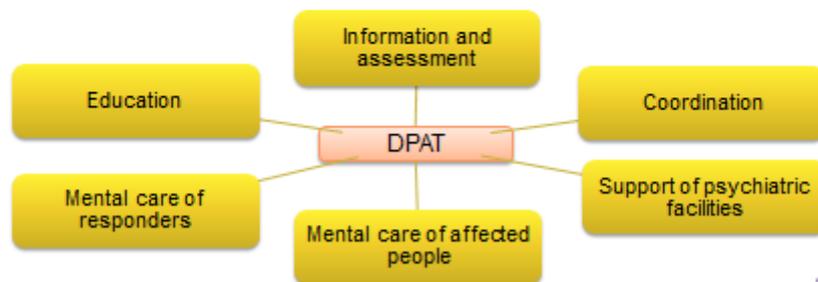
1. **Increased assignment of disaster medical and public healthcoordinator**
2. **Specialized teams to assist mental health, reproductive health, rehabilitation, public health and oral health**
 1. DPAT (Disaster Psychiatry Assistance Team)
 2. Mental Care Team
 3. ALSO (Advanced Life Support in Obstetrics)
 4. DHEAT (Disaster Health Emergency Assistance Team)
 5. JRAT (Japan Rehabilitation Assistance Team)
 6. Disaster oral care coordinator
3. **Improved management of evacuation center and welfare evacuation center**
4. **Collaboration with other sectors.**

Division of International Cooperation for Disaster Medicine



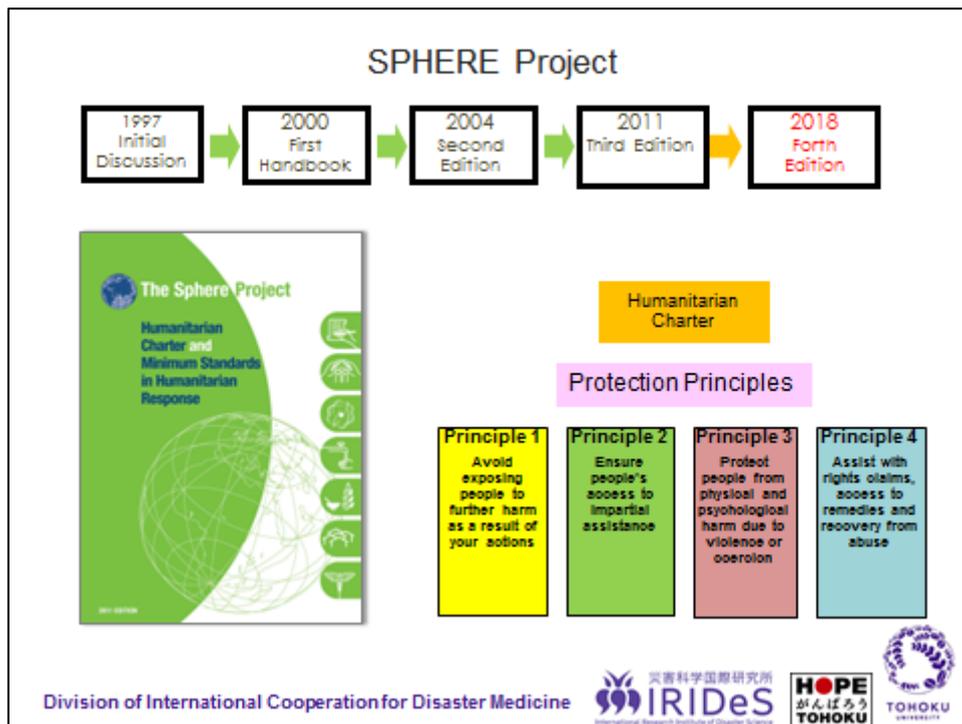
Disaster Psychiatric Assistance Team (DPAT)

- Multidisciplinary team managed by prefectures and Ministry of Health
- Main psychiatry hospitals has DPAT
- Composed of a psychiatrist, a nurse and a logistician
- Equipped with self standing materials and vehicles.
- Coordinates with DMAT
- Disaster Mental Health Information Support System (DMHISS)



Division of International Cooperation for Disaster Medicine





Psychological First Aid (PFA) Do No Harm

- Look
- Listen
- Link

- Do's and Don'ts
- Caring for yourself
- Practice

Division of International Cooperation for Disaster Medicine

災害科学国際研究所
International Research Institute of Disaster Science

HOPE
がんぼう
TOHOKU

TOHOKU UNIVERSITY

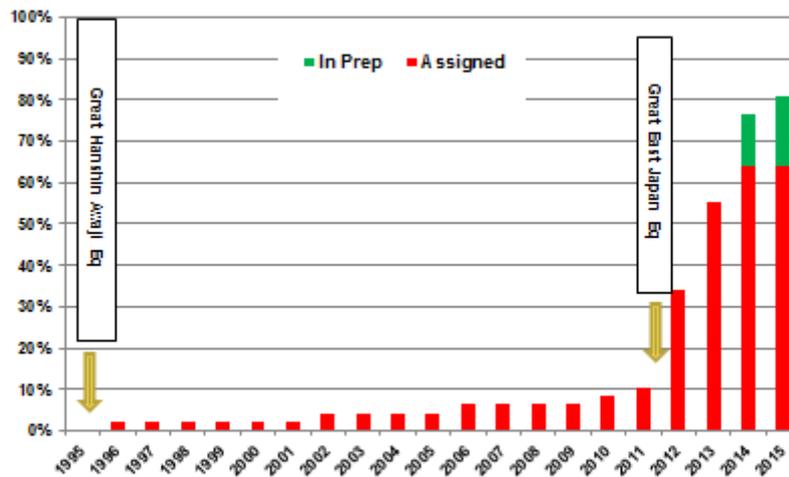
Disaster Medical Coordinator

- First established in Hyogo in 1997
- Four out of 47 prefectures (10.6%) had designated medical coordinators before GEJE.
- Miyagi prefecture assigned 6 coordinators, but Iwate and Fukushima did not.



Implementation of Disaster Medical Coordinator in Japan

As of Aug. 2015



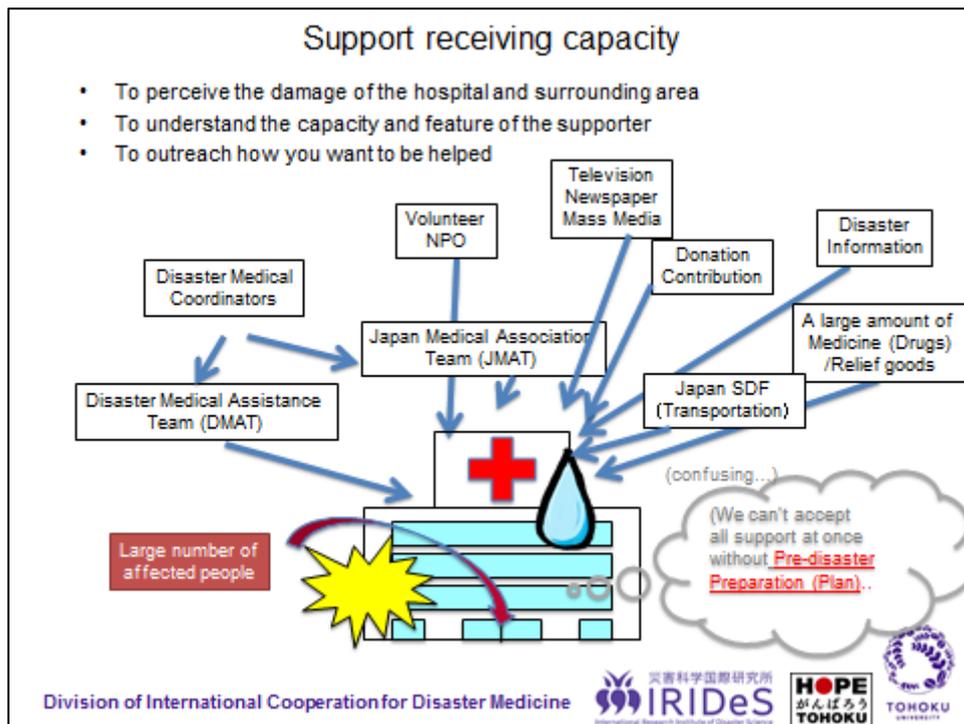
More than 80% of the all prefecture will assign Disaster Medical Coordinator by the end of 2015

Division of International Cooperation for Disaster Medicine

IRIDeS 災害科学国際研究所 International Research Institute of Disaster Science

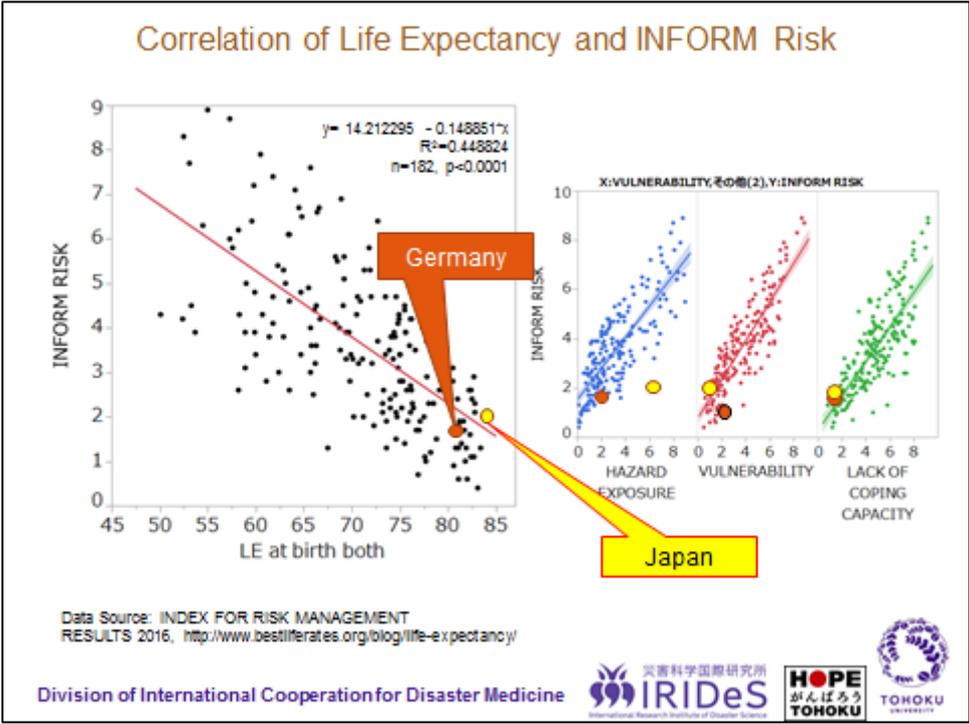
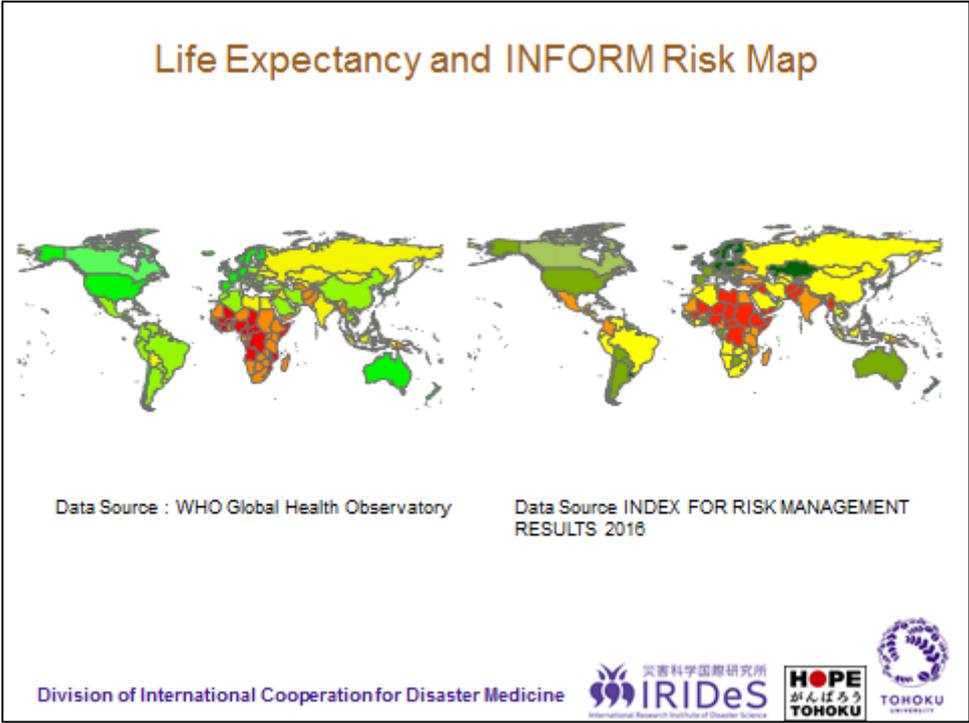
HOPE がんぼう TOHOKU





Build Back Better

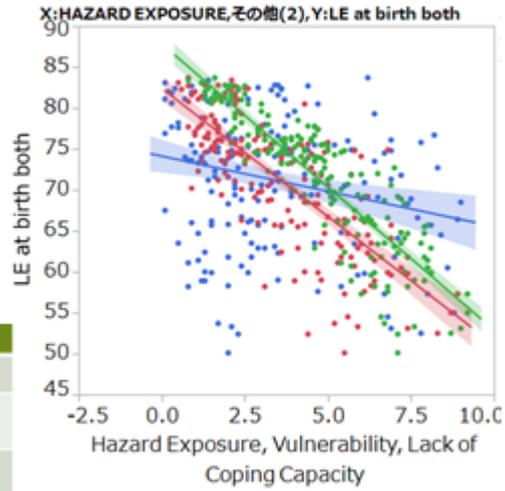
Healthy community is resilient against disaster



Life expectancy as an indicator of resilient community

- LE at birth well correlated with INFORM RISK index
- LE correlates most with the lack of Coping Capacity
- Building a healthy community with Coping Capacity will contribute to both life expectancy and resilience

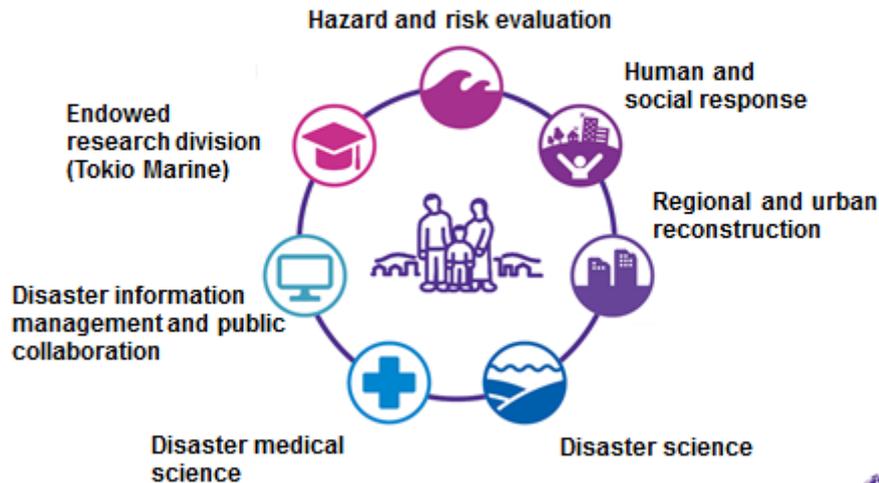
Institutional	Infrastructure
DRR	Communication
Governance	Physical Infrastructure
	Access to health system



Division of International Cooperation for Disaster Medicine

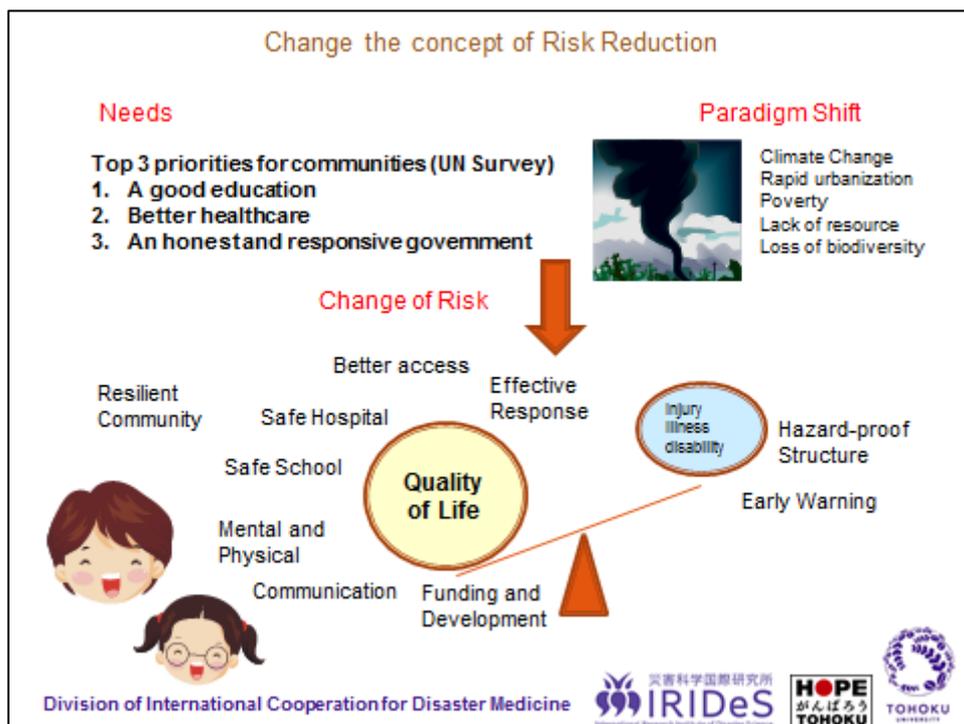
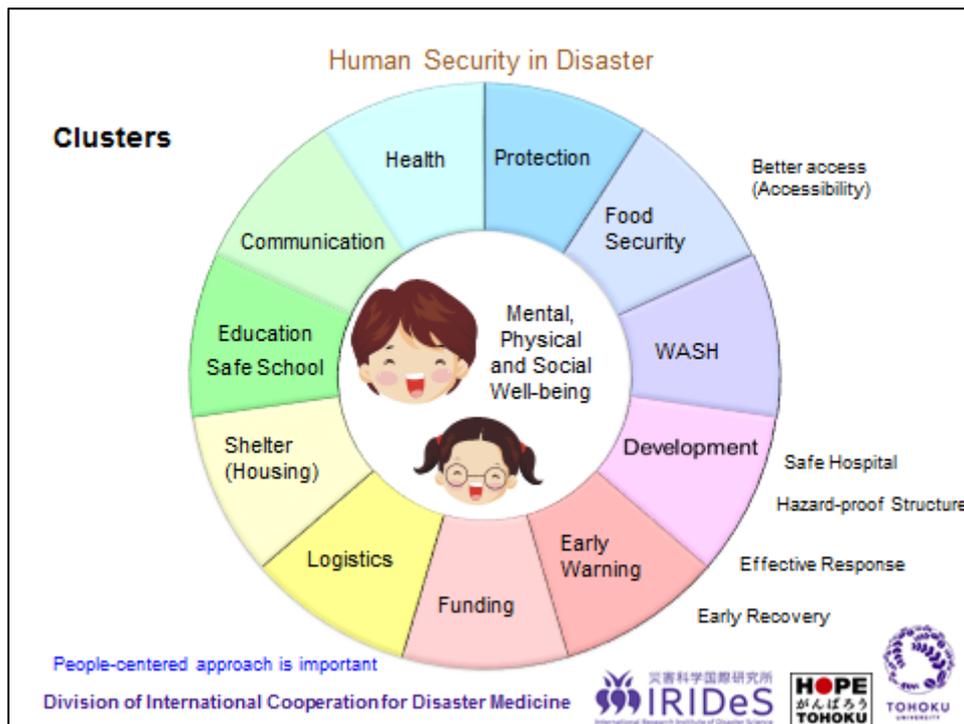


IRIDeS



Division of International Cooperation for Disaster Medicine





Conclusion

- Sendai Framework for Disaster Risk Reduction is action oriented human centered framework for all levels and stakeholders.
- Fukushima large scale evacuation demonstrates how peoples health is affected by disaster. It suggests the importance of risk communication and the preparedness in all-hazard approach.
- Self preparedness, mutual help, public help enhance the resilience.
- Multi-sector collaboration and cooperation is necessary.

Division of International Cooperation for Disaster Medicine



Christoph Unger. Verabschiedung

Sehr geehrte Damen und Herren,

der erste AKNZ Fachkongress neigt sich seinem Ende zu.

Ziel war es, Ihnen als Fachleute im Bevölkerungsschutz eine Plattform zum Gedankenaustausch und zur Entwicklung von zukunftsweisenden konzeptionellen Ideen zu geben.

Alleine der Blick auf die von Ihnen entwickelten Thesen zur Zukunft des Betreuungswesen zeigt deutlich, dass sowohl die Wahl unseres Schwerpunktthemas als auch die Notwendigkeit, Betreuung neu zu denken, eine gute Wahl für unseren ersten AKNZ-Fachkongress war.

Die Qualität der Keynotes und Inputs aber vor allem ihr aktives Engagement in den unterschiedlichsten Gesprächsrunden lassen diesen Kongress aus meiner Sicht zu einer durchaus außergewöhnlichen Veranstaltung werden.

Sich intensiv mit einem aktuellen und zukunftsweisenden Thema im Rahmen entschleunigter Gesprächsrunden zu beschäftigen ist aus meiner Sicht der richtige Ansatz für unseren Fachkongress.

Der Blick über den Tellerrand hinaus, sei es in Bezug auf die Herausforderungen für das Betreuungswesen bei den Katastrophen in Italien und Fukushima, oder in Bezug auf die Herausforderungen, die sich aus der Konzeption zur zivile Verteidigung ergeben haben nochmals deutlich gemacht, welchen Stellenwert und welche Bedeutung ein leistungsfähiges Betreuungswesen zum Schutz unser Bevölkerung hat und haben muss.

Ich halte es ganz im diskutierten Sinne für wichtig, dass wir alle gemeinsam dafür Sorge tragen, dass Betreuungswesen zukunftsfähig fortzuentwickeln.

Und hier nehme ich uns auf der Bundesebene ebenso in die Pflicht.

Es bedarf hierzu sowohl quantitativ als auch vor allem qualitativ einer längst überfälligen Neuausrichtung der Fähigkeiten des Betreuungswesens. Neben den materiellen Voraussetzungen, erscheint es mir wichtig zu sein, das Image des Betreuungsdienstes deutlich aufzuwerten und diesen Fachdienst auch für unsere Helferinnen und Helfer sowie vor allem für neu zu gewinnende Ehrenamtliche attraktiv zu gestalten. Ansätze und Ideen hierzu haben Sie entwickelt. Hierzu sollten wir vor allem auch in die Kompetenzen und Fähigkeiten der Menschen investieren, die bereit sind, sich im Betreuungswesen zu engagieren. Hier sehe ich gerade vor dem Hintergrund der gesellschaftspolitischen Entwicklung Potentiale, den Bürger als Akteur im Bevölkerungsschutz gerade für das Betreuungswesen zu gewinnen und aktiv einzubinden.

In diesem Sinne bitte ich und ermutige ich Sie, die noch frischen Anregungen und Ideen im Gepäck mitzunehmen und Sie in Ihren Bereichen und Organisationen zur Wirkung zu bringen.

Auf dieser Grundlage bin ich mir sicher, dass unser Kongress weit über die Tage hier in Bad Breisig hinaus wirken wird.

Mein Dank gilt abschließend allen Referenten und Kolleginnen und Kollegen aus meinem Haus, die zum Erfolg des Kongresses beigetragen haben. Mein Dank gilt aber vor allen Ihnen, die den Kongress zum Leben erweckt haben mit ihren vielfältigen Beiträgen in den Gesprächsrunden.

Ich wünsche Ihnen eine gute Heimreise und darf Ihnen schon jetzt ein gesegnetes Weihnachtsfest und einen guten Rutsch ins neue Jahr wünschen.

Vielen Dank

Ergebnisse der Workshops

In 7 Workshops betrachteten die Teilnehmer das Betreuungswesen aus unterschiedlichen Blickwinkeln und diskutierten, wie unter dem jeweiligen Aspekt eine zukunftsweisende Ausrichtung erfolgen kann.

Die Ergebnisse wurden jeweils in einer These zusammengefasst und stellten die Grundlage für die Podiumsdiskussion dar.

Workshop 1: Großflächige Evakuierungen, Bevölkerungsbewegungen

Einführung

Das Thema der großräumigen Evakuierung schien im Sommer 2017 international wie national aktueller denn je zu sein:

- **Am 17. August entstand im Golf von Mexico der Tropische Wirbelsturm „Harvey“ und zog bis zu seiner Auflösung am 03. September über die Küstenregion des US-Bundesstaates Texas. Der Gouverneur von Texas stellte für den Bundesstaat den Notstand fest. Anwohner aus Teilen der Küstengebiete werden ins Landesinnere evakuiert.**
- **Vom 30. August bis zu seiner Auflösung am 14. September zog der Tropische Wirbelsturm „Irma“ über die Karibikstaaten und Florida in den USA. In Florida waren mehr als sechs Millionen Menschen aufgefordert worden, sich in Sicherheit zu bringen.**
- **Bei Bauarbeiten in der Frankfurter Innenstadt wurde am 30. August eine Luftmine aus dem Zweiten Weltkrieg gefunden. Bei der geplanten Evakuierung am 03. September mussten mehr als 60.000 Anwohner im Umkreis von 1,5 Kilometern um den Fundort der Mine ihre Wohnungen verlassen. Es war die größte Evakuierungs-Aktion in der Geschichte der Bundesrepublik.**

Diese drei Beispiele verdeutlichen, dass es verschiedene Szenarien geben kann, die die Sicherheit der Bevölkerung gefährden – neben Hurrikans oder dem Fund einer Fliegerbombe zum Beispiel auch Waldbrände, Erdbeben, Vulkanausbrüche oder etwa die Havarie eines Chemie- oder Kernkraftwerkes. Diese Gefährdung kann dazu führen, die Bevölkerung, temporär oder auf Dauer, aus dem betroffenen Gebiet zu evakuieren. Die länderoffenen Arbeitsgruppe „Fukushima“ definiert Evakuierung als „die organisierte Verlegung von Menschen aus einem akut gefährdeten in ein sicheres Gebiet, wo sie vorübergehend untergebracht, gepflegt und betreut werden (Aufnahme)“. Dem steht die Räumung gegenüber, welche „das angeordnete sofortige oder kurzfristige Verlassen bzw. Freimachen eines gefährdeten Bereichs (Objektes oder Gebietes) bei akuter Gefahr“ ist. Während die Räumung durch die örtlichen Behörden und Gefahrenabwehrorganisationen in der Regel gut bewältigt werden kann, so bindet doch vor allem die großräumige Evakuierung Personal und Ressourcen mehrerer Organisationen, Städte, Bezirke oder gar Länder, auch grenzüberschreitend. Denn je nach Szenario ist eine unterschiedlich große Fläche betroffen: Ist der Evakuierungsradius bei der Entschärfung einer Fliegerbombe meist noch relativ gering, so nimmt er bei einer größeren Naturkatastrophe wie einem Hurrikan, aber auch bei einer von Menschen gemachten Katastrophe, wie dem Unfall in einem Kernkraftwerk, mehrere Kilometer ein. Mit der Zunahme des Evakuierungsradius steigen auch die planerischen Herausforderungen, um die Bevölkerung weder physisch noch psychisch zu gefährden. Neben der Anzahl zusätzlich betroffener Menschen müssen nicht nur die Aufgaben der Warnung und Information der Bevölkerung oder des Transport- und Verkehrswesens inklusive einer möglichen Rückführung gelöst werden, sondern auch deren medizinische, soziale und psychosoziale Betreuung, Versorgung und Unterbringung. Dies bedarf geeigneter Maßnahmen des Betreuungsdienstes bei großflächigen Evakuierungen.

Die Station 1 „Großflächige Evakuierungen, Bevölkerungsbewegungen“ (11-12.30 Uhr)

In dem vormittäglichen Stationsgespräch wurde den Teilnehmern eine provokante These als Diskussionsanregung präsentiert:

„Die Konzepte des Betreuungsdienstes sind für großflächige Evakuierungen nicht geeignet!“

Zwei begleitende Parameter waren durch die Moderation vorgegeben: 1.) ein großflächiges Ereignis (z.B. große Sturmflut, KKW-Störfall, Havarie Chemiewerk, Erdbeben, Staudammbruch etc.) und 2.) eine Größenordnung von 100.000 Betroffenen und mehr. Somit können die Vorgaben an die Teilnehmer mit zwei Wörtern zusammengefasst werden: „Denke großräumig!“

Die Auseinandersetzung mit der oben formulierten These erfolgte in Form eines Weltcafés. Die Teilnehmer konnten Ihre Gedanken zur These frei äußern, die Ergebnisse wurden auf Moderationswänden gesammelt. Die folgenden unverbindlichen Denkanstöße durften zur Unterstützung genutzt werden (siehe Abbildung 1):

- **Was ist mit den Sozialindikatoren (z.B. die Betreuung und Unterbringung von Drogensüchtigen, Alleinerziehenden, Obdachlosen etc.)?**
- **Was ist mit den sich selbst Evakuierenden (allgemeine Annahme ist, dass ca. 80 % der Bewohner eines gefährdeten Gebietes sich selbst evakuieren werden)?**
- **Bezüglich der Betreuung in der Bevölkerungsbewegung (von dem Ereignisort in das Aufnahmegebiet): Wer ist zuständig bzw. wer entscheidet über Art und Umfang der Betreuung, insbesondere bei grenzüberschreitenden Evakuierungen?**
- **Schafft jedes Land, die Unterbringung, Verteilung und Versorgung für 1 % der eigenen Wohnbevölkerung sicherzustellen (Bereitstellung innerhalb 24 Stunden ab Anforderung nach dem bundesweiten, länderübergreifenden Aufnahmeschlüssel der AG „Fukushima“)? Was bedeutet das als Anforderung an die Qualität und Quantität der Betreuungsmaßnahmen?**
- **Muss dann der Betreuungsdienst flexibler sein (z.B. Hygienemaßnahmen, Essenszubereitung etc.)?**
- **Wie ist Einbindung der Evakuierten geplant (Stichwort: Selbsthilfefähigkeit der Bevölkerung, Potential von zu evakuierenden Einsatzkräften)?**

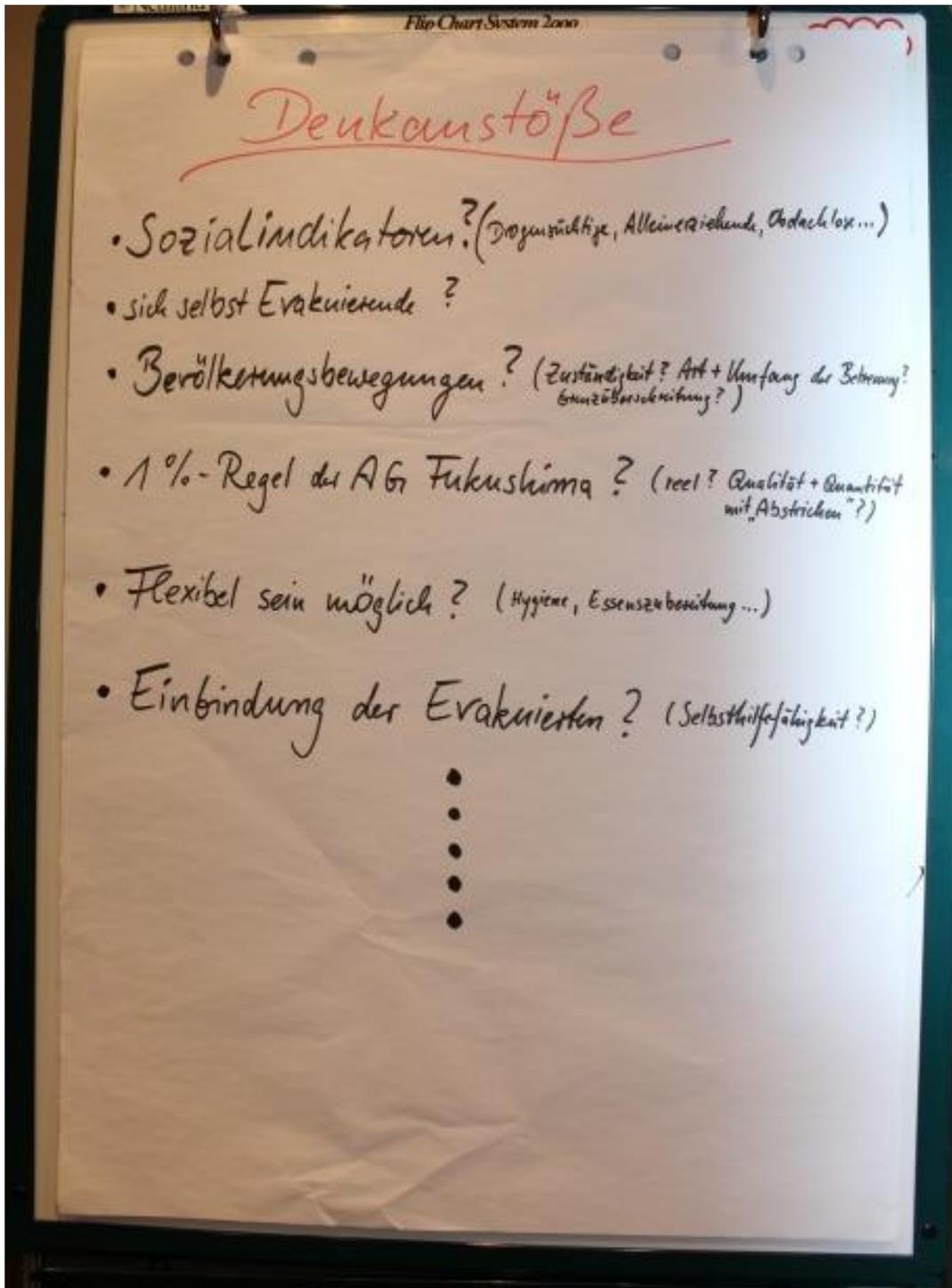


Abbildung 1: Denkanstöße zum Stationsgespräch 1

Der Workshop 1 „Großflächige Evakuierungen, Bevölkerungsbewegungen“ (14-15.30 Uhr)

Eine Auswertung der Informationen und Anregungen erfolgte anschließend am nachmittäglichen Workshop 1. Hierzu wurden sechs Cluster identifiziert und die Inhalte vom Vormittag gewichtet diskutiert (siehe Abbildung 2):

1. **Selbsthilfe** (*Stichworte: Selbstevakuierung; Einbindung freiwilliger Kräfte; Ausfall durch familiäre Betroffenheit...*)

2. **Personal** (*Stichworte: eigene Betroffenheit der BOS; familiärer Druck auf Einsatzkräfte; Personalstärke; Fähigkeitsprofile...*)

3. **Konzepte und Standards** (*Stichworte: Rechtsgrundlagen; Reduzierung von Standards; Beginn und Ende der Betreuung; Führungsmittel; Definition des Versorgungsniveaus...*)

4. **Infrastruktur und Verkehr** (*Stichworte: Umgang mit fehlender Infrastruktur; Transportmöglichkeiten mobilitätseingeschränkter Personen; Umsetzung des 1 %-Zieles der AG Fukushima; Vorhaltung von Reserven; Fähigkeiten/Leistungen der Länder; Verkehrsmanagement...*)

5. **Verantwortung** (*Stichworte: Managementaufgabe Betreuungsdienst; Zuständigkeiten; Führungsfrage; internationale Unterstützung; Grenzüberschreitung...*)

6. **Presse- und Öffentlichkeitsarbeit**

Die Frage der Finanzierung des Betreuungswesens ist eine politische und wurde nicht näher erörtert; sie bezieht sich jedoch inhaltlich auf alle voran genannten Cluster.

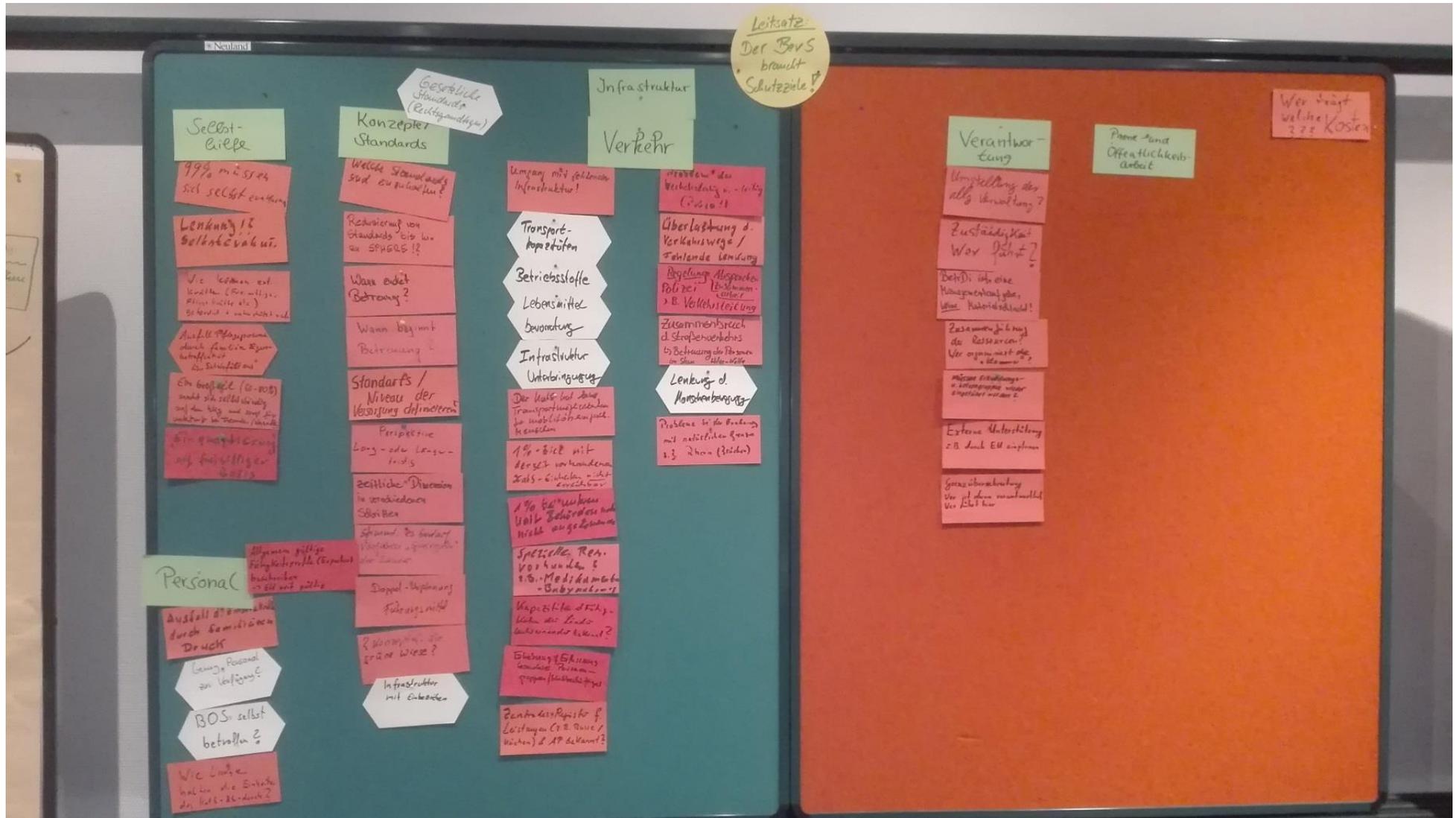


Abbildung 2: Ergebnisse des Workshops 1

Hatte zwar das Cluster 4 zu „Infrastruktur und Verkehr“ die meisten Karten auf sich vereint, so fand jedoch ein reger Austausch zu dem Cluster 3 „Konzepte und Standards“ statt. Dies führte zu einer Diskussion über die Kompetenzen der BOS (*Schlagworte*: Es braucht im Ereignisfall mehr Kompetenzzuweisungen sowie rechtliche Sicherheiten und Vorgaben für die Verwaltung! Eine Herabsenkung oder Anpassung gängiger Standards, auch Rechtsnormen, ist nötig!). Darauf aufbauend kam es zu einer Schutzzieldiskussion über das Niveau der Versorgung, die wiederum abhängig ist vom Szenario, der Zuständigkeit und der Problematik rechtlicher Festlegungen.

Was ist zukünftig im Betreuungswesen möglich bzw. was muss geschehen? Mit Blick auf den Betreuungsdienst und den Zuständigkeiten in der föderalen Unterscheidung zwischen Katastrophen- und Zivilschutz wurde von den Teilnehmern subsumierend der folgende Leitsatz entwickelt:

Workshop 1 THESE:

„Der Bevölkerungsschutz braucht Schutzziele!“

Zusammenfassung: Jens Naumann

Workshop 2: Material- und Logistikkonzepte / Ressourcenmanagement

Ausgangslage:

Derzeit liegen diverse Betreuungskonzepte der Bundesländer und Hilfsorganisationen vor. Basierend auf den wahrscheinlichen Einsatzszenarien, z.B. Kampfmittelfunde, Störungen der Verkehrsinfrastruktur, Gebäudebrände etc., wird hierbei in der Regel von kurzfristige Betreuungseinsätzen, bis zu 72 Std., bei intakter Infrastruktur ausgegangen. Hierzu gehören beispielsweise die geplante Unterbringung in festen, teils vorkundeten, Gebäuden mit einer funktionierenden Elektro- und Wasserversorgung sowie die Möglichkeit Betroffene mit Nahrungsmitteln durch Dienstleister zu versorgen. Diese Konzepte sind hinreichend erprobt und greifen.

Auf Basis dieser Konzepte ist auch Unterbringung von Betroffenen über einen längeren Zeitraum prinzipiell möglich. Bereits während der Hochwasserlage 2013 waren Betroffene teilweise bis zu einem Monat in Notunterkünften untergebracht und wurden dort versorgt / betreut.

Während der Flüchtlingslage 2015 / 2016 wurde, ebenfalls auf Basis dieser Konzepte eine Erstunterbringung der Betroffenen sichergestellt. Allerdings zeigte sich bereits hier, dass der logistische Aufwand zum Betrieb von Erstunterbringungseinrichtungen deutlich erhöht war. Des Weiteren waren nach relativ kurzer Zeit bestimmte, zur Unterbringung erforderliche Güter (Zelte, Feldbetten etc.) nicht oder nur noch bedingt verfügbar. Die längerfristige Unterbringung bzw. die Unterbringung einer großer Anzahl Betroffener, beispielsweise in den Warteräumen und Ankunftscentren war mit hohem logistischen Aufwand verbunden.

Herausforderung:

Geht man von einer Betreuungslage in Deutschland aus, die sich über einen absehbar längeren Zeitraum (mehrere Monate) erstreckt und / oder bei der eine sehr große Anzahl Betroffener zu betreuen ist, wie es beispielsweise nach Unfällen in kerntechnischen Anlagen oder im Spannungs- oder Verteidigungsfall vorkommen kann, so ist davon auszugehen, dass die derzeitige Vorhaltung an Material (Verbrauchsgüter, Nichtverbrauchsgüter, Nahrungsmittel) hierfür nicht ausreicht und auch die Nachbeschaffung infolge der veränderten Rahmenbedingungen (Betroffenheit sehr vieler Einwohner, fragile oder zerstörte Infrastruktur etc.) nicht oder nur eingeschränkt möglich sein wird.

Möglichkeiten der Bewältigung:

Im Rahmen der Stationsgespräche und des folgenden Workshops sollen die vielen und auf unterschiedlichen Ebenen gemachten Erfahrungen der Teilnehmer in die Beantwortung der folgenden Fragestellungen einfließen.

Fragestellungen:

Als Grundlage wird eine Betreuungslage angenommen, die sich über einen langen Zeitraum erstreckt und bei der eine große Anzahl Betroffener bei eingeschränkter Infrastruktur betreut und versorgt werden muss.

Im Rahmen des Stationsgesprächs wurde zunächst folgende Fragestellung diskutiert:

1. Strukturelle Voraussetzungen

- 1.1. Ist eine Rückkehr zu Parallelstrukturen (bestehende KatS-Strukturen und zusätzliche ZS-Strukturen) im Betreuungsdienst in Vorbereitung auf die beschriebene Lage notwendig?
- 1.2. Wie können derartige Strukturen geschaffen und auf Dauer betrieben werden?

Die Teilnehmer des Stationsgesprächs waren sich einig, dass entsprechende Strukturen sinnvoll wären und wünschenswert sind. Seitens der Vertreter verschiedener Kommunen wurde ausgeführt, dass ein entsprechendes Gesamtkonzept mit Vorgaben in welchem Umfang Bund, Länder und Kommunen entsprechende Vorkehrungen zu treffen haben erforderlich ist. Seitens einiger Teilnehmer wurde darauf verwiesen, dass die Vorgaben der Länder unzureichend sind und sich eine Umsetzung vor Ort, insbesondere aufgrund der finanziellen Situation in den Kommunen und der Tatsache, dass entsprechende Vorhaltungen im Zweifel totes Kapital darstellen (die in der Lage aber unbezahlbar sind), schwierig darstellt. Um eine bessere Kooperation mit allen beteiligten Akteuren sicherzustellen ist es erforderlich ständig im Dialog zu stehen. Konsens bestand darin, dass der Betreuungsdienst Aufgabe der Hilfsorganisationen ist, diese aber auf die enge Zusammenarbeit mit den Fachbehörden angewiesen sind.

Bereits im Rahmen des Stationsgesprächs wurde begonnen über Art und Umfang von vorzuhaltenden Ressourcen zu diskutieren. Hierbei kristallisierte sich heraus, dass sowohl auf Landesebene aber auch auf kommunaler Ebene im Nachgang der Flüchtlingslage 2015/2016 Material zur Betreuung unverletzt Betroffener vorgehalten wird. Es wurde dargestellt, dass diese Vorhaltungen oft nicht abgestimmt und vom Umfang her uneinheitlich sind. Dies bekräftigte den Wunsch nach einem abgestimmten Versorgungskonzept auf allen Ebenen.

Das Thema Vorhaltung von Ressourcen wurde im Rahmen des Workshops zur Station weiter erörtert. Hierzu wurden die folgenden Fragestellungen diskutiert:

2. Vorhaltung von Ressourcen (unabhängig von bestehenden Vorhaltungen der Bundesländer und Hilfsorganisationen)

- 2.1. Sollten Ressourcen zentral, dezentral (mobil) oder in Ergänzung zu einander vorgehalten werden?
- 2.2. Was muss in welchem Umfang vorgehalten werden?
- 2.3. Wie kann eine schnelle Verfügbarkeit der Ressourcen sichergestellt werden?

3. Logistikkomponente „Betreuungslage“

- 3.1. Welche Fähigkeiten sollte - sofern erforderlich - eine Logistikkomponente "Betreuung" zur Bewältigung der beschriebenen Lage haben?
- 3.2. Welche Unterschiede müssen hinsichtlich der Einrichtungs- und Betriebsphase berücksichtigt werden?

Nach Meinung der Teilnehmer ist es wünschenswert, dass sowohl eine zentrale Vorhaltung von Material in entsprechenden Liegenschaften erfolgt und sich in Ergänzung Material ständig vor Ort befindet, auf das schnell zugegriffen werden kann. Zum schnellen Transport von Material aus zentralen Lagern ist zudem eine Logistikkomponente erforderlich. Konsens bestand darin, dass grundsätzlich Material für eine winterfeste Unterbringung vorgehalten werden muss und ein Szenarien-basierter und modularer Aufbau der Komponenten möglich sein soll. Besonders hingewiesen wurde nochmals auf erforderliches Material für bestimmte Personengruppen, die entsprechender Pflege bedürfen. Insbesondere hierauf ist auch im Rahmen eines Personalkonzeptes zu achten. Insgesamt erachteten die Teilnehmer eine Vorhaltung für ein Prozent der Bevölkerung als zu niedrig.

Problematisch gesehen wurde die personelle Verfügbarkeit. Zum einen ist das Thema Betreuungsdienst im Vergleich zum Sanitätsdienst weniger attraktiv für ehrenamtliche Helfer, zum anderen wird nach Ansicht der Teilnehmer zu wenig Lobbyarbeit für die Hilfsorganisationen im allgemeinen und den Betreuungsdienst, trotz der gewonnen Erkenntnisse aus der Flüchtlingslage, im Besonderen betrieben.

Als weiterer Aspekt wurden vor Ort erforderliche Spezialfähigkeiten betrachtet, da für den Aufbau von Einrichtungen in denen mehrere tausend Personen über einen langen Zeitraum untergebracht werden können, Expertise benötigt wird, die derzeit in den Hilfsorganisationen so gut wie gar nicht verfügbar ist.

Eine Einbeziehung von Betroffenen im Rahmen der Aufbauphase wurde nach kurzer Diskussion als eher unrealistisch eingestuft.

Neben den bereits beschriebenen erforderlichen Fähigkeiten wurden seitens der Teilnehmer die Möglichkeiten einer autarken Verpflegung, der Sicherstellung des Trinkwassertransportes sowie des Transportes besonders vulnerabler Gruppen (z.B. Rollstuhlfahrer) hervorgehoben.

Bei der Erstellung der These zur Ergebnisdarstellung wurden zwei zentrale Punkte herausgearbeitet.

Auf Basis der geführten Diskussionen und der herausgearbeiteten Schlagwörter verständigten sich die Teilnehmer darauf, dass die Logistik, die für einen entsprechend leistungsfähigen Betreuungsdienst erforderlich ist außerdem mobil, flexibel, lernfähig, organisations- und behördenübergreifend abgestimmt, Szenarien-bezogen, angemessen, kompatibel sowie verpflichtend sein muss.

Wie bereits im Stationsgespräch war auch im Workshop Konsens, dass es hierfür allgemeiner Vorgaben bedarf, die für einen modernen und insbesondere einem Szenario wie dem Verteidigungsfall entsprechenden Betreuungsdienst derzeit nicht vorhanden sind.

Workshop 2 THESE:

„Logistik im modernen Betreuungsdienst muss:

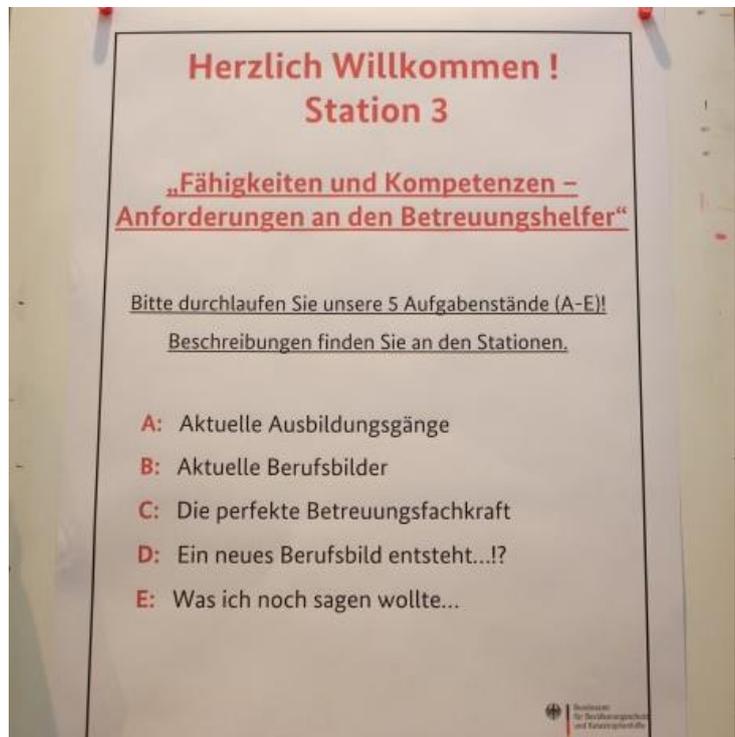
Mobil, flexibel, lernfähig, organisations- und behördenübergreifend abgestimmt, Szenarien-bezogen, angemessen, kompatibel sowie verpflichtend sein.

Hierzu bedarf es **allgemeiner Vorgaben.**“

Zusammenfassung: Dr. Christa-Maria Krieg

Workshop 3: Fähigkeiten und Kompetenzen: Anforderungen an die Betreuungshelfer

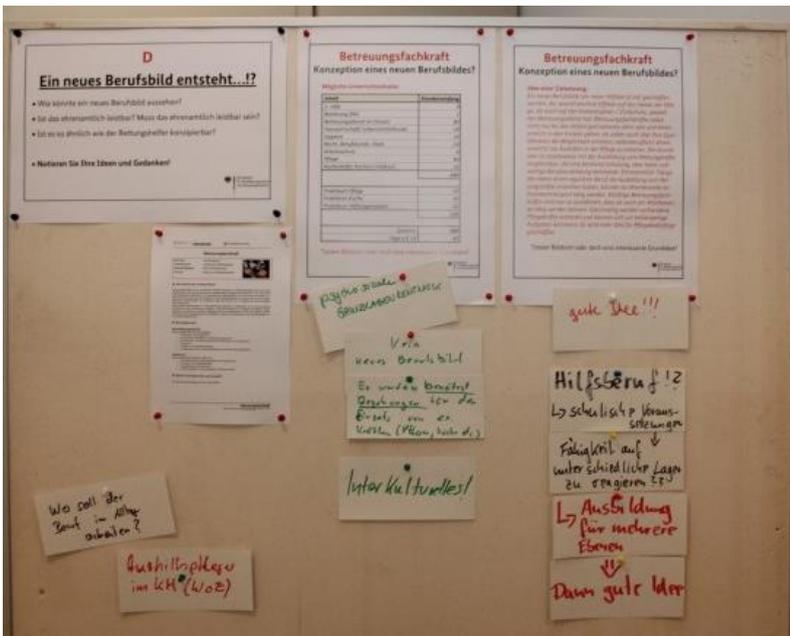
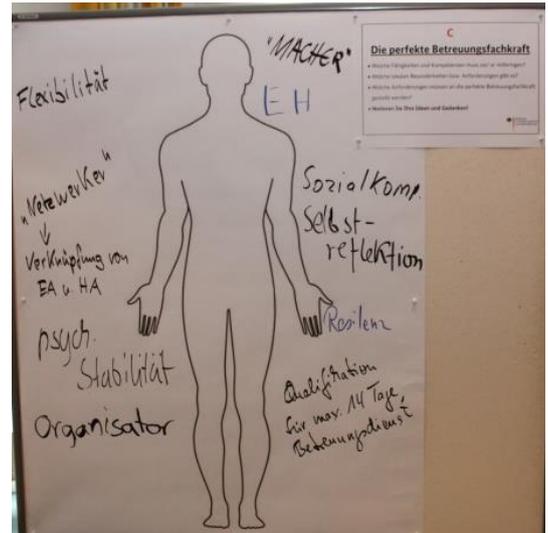
Braucht es eine Veränderung der Ausbildung im Betreuungswesen? Wie sehen die Ausbildungsgänge der anerkannten Hilfsorganisationen aus? Gibt es bestehende Berufsbilder, die einen Mehrwert für das Betreuungswesen darstellen? Welche Fähigkeiten und Kompetenzen muss ein Betreuungshelfer mitbringen, um den aktuellen Herausforderungen gewachsen zu sein? Muss gar ein neuer, mehrwöchiger Ausbildungsgang zur „Betreuungsfachkraft“ entwickelt werden? Kann diese „Betreuungsfachkraft“ dann, analog zum Rettungshelfer oder Rettungssanitäter, sowohl im Katastrophen-/ Zivilschutz, als auch im alltäglichen Dienst, z.B. in Pflegeeinrichtungen oder Großküchen arbeiten? Wie kann ein Mehrwert für den Helfer, aber auch für das gesamte System bei sinkenden Helferzahlen geschaffen werden?



Mit diesen Fragestellungen beschäftigten sich die Teilnehmer des Workshop 3. In einer Gegenüberstellung wurden die betreuungsdienstlichen Ausbildungskonzepte der Hilfsorganisationen ASB, DLRG, DRK, JUH und MHD dargestellt und miteinander verglichen. Ergänzend dazu, fand im Workshop eine Darstellung von bestehenden Berufsbildern statt- Steckbriefe der Ausbildung zur Altenpflegehelferin, zum Hauswirtschafter oder zur Fachpraktikerin für Service in sozialen Einrichtungen wurden ausgestellt.

Weiterhin hatten die Teilnehmer die Möglichkeit, Gedanken zu einer möglichen neuen Ausbildung und zu Anforderungen an den Betreuungshelfer zu notieren.

Auf dieser Grundlage diskutierten die Teilnehmer über eine mögliche und ggf. erforderliche Veränderung in der betreuungsdienstlichen Ausbildung und kamen zu dem Ergebnis, dass in Kliniken, Pflegeeinrichtungen oder der Gastronomie zahlreiche Fachkräfte vorhanden sind und kein neuer Ausbildungsgang geschaffen werden muss und die bestehenden Ausbildungsgänge insgesamt ausreichend sind. Die Mitwirkung der Bevölkerung unter dem Stichwort „Zivilgesellschaft als Ressource“ wurde in diesem Zusammenhang aber von den Teilnehmern herausgehoben. So sollen vorhandene Fachkräfte der Bevölkerung und freiwillige Helfer in größeren Lagen (+5000 Betroffene) einbezogen werden.



Für den „alltäglichen“ Einsatz, der Stunden bis wenige Tage dauert, sind die bestehenden Einheiten ausreichend vorbereitet und geschult, vorhandene Kräfte reichen aus. Lediglich für größere, länger dauernde Einsätze im Bereich der Katastrophe/ des Zivilschutzes ist aus Sicht der Arbeitsgruppe eine Qualifizierung einzelner Führungskräfte erforderlich. Hier gilt es ein Ausbildungskonzept für die Führung/ das Management großer Lagen (+5000) zu entwickeln und Kräfte zu schulen. Die allgemeine Grundausbildung der

Betreuungshelfer muss für solche Szenarien sensibilisieren, die Ausbildungskonzepte der Hilfsorganisationen müssen diesbezüglich angepasst und untereinander harmonisiert werden.

Workshop 3 THESE:

„Die bestehenden guten Ausbildungskonzepte müssen inhaltlich harmonisiert werden. Weiterhin muss eine KatS- und ZV-bezogene Ausbildung für Führungskräfte aufgesattelt werden, die die Bewältigung von Lagen +5000 ermöglicht (Management von großen Lagen), dieses unter Einbeziehung der Bevölkerung und von weiteren Fachkräften.“

Workshop 4: Schnittstellen zwischen den Akteuren und spezielle Bedarfe der Betroffenen

Der Workshop zum Thema der Zusammenarbeit, insbesondere mit den Wohlfahrtsorganisationen diente der Sachdebatte, ob die aktuellen Betreuungskonzepte im Zivil- und Katastrophenschutz noch zeitaktuell und vor allem bedarfsorientiert sind.

Die Eingangsthesen lauteten somit auch folgerichtig:

A: Die mit Betreuungsdiensten beauftragten Hilfsorganisationen sind auf die besonderen Anforderungen „vulnerabler“ Personengruppen (Demenz, Pflegebedürftigkeit, Handicaps...) unzureichend vorbereitet und

B: die Kooperationen zwischen den Hilfsorganisationen und den Wohlfahrtsverbänden sind (nicht nur) daher sinnvoll und für beide Seiten gewinnbringend.

Die Frage, ob die Hilfsorganisationen auf die besonderen Anforderung zur Betreuung vulnerabler Personengruppen vorbereitet sind, wurde kontrovers diskutiert. Deutlich wurde u.a. auch durch den Vertreter der Pfeifferschen Stiftung, Klaus-Dieter Schinkel, dass nur eine frühzeitige Planung und Sensibilisierung aller Mitarbeitenden dafür Sorge trägt, dass eine Evakuierung und Betreuung im Krisenfall reibungslos funktionieren kann. Richard Krings (LV NRW) und Leander Strate (BG) erläuterten die Besonderheiten wenn es darum geht, wie alte, kranke, hochbetagte oder behinderte Menschen solche Krisensituationen erleben. Und dass in den allermeisten Fällen die Fachkräfte in den Betreuungsdiensten wenig Erfahrungen oder Kenntnisse im Umgang mit solchen Erkrankungen haben. Dabei wird es aufgrund der demografischen Veränderung immer wichtiger, hier durch Schulung und Qualifizierung dafür Sorge zu tragen, dass diese Menschen adäquat betreut werden können. An diesem Punkte wurde klar ein Handlungsbedarf gesehen.

AKNZ-Fachkongress, 29.11. - 01.12.2017
Betreuungswesen im Bevölkerungsschutz – Perspektiven und Konzepte für die Zukunft

Workshop 4 – Schnittstellen zwischen den Akteuren und spezielle Bedarfe der Betroffenen

Hintergrund & Aufgaben:

- Gemeinsam sind es Einrichtungen der sog. KRITIS.
- Lokale / regionale Kontakte und Vernetzung sind Voraussetzung („Köpfe kennen“, Sensibilität, „vor der Lage sein“).
- Ressourcen wechselseitig nutzen.
- Innerverbandlich vernetzen.
- Inklusiven Ansatz im Denken, Führen, Ausbilden leben.
- Herausforderung „ambulant“: was wird wo für wen gebraucht ?

AKNZ Fachkongress Betreuung 2017 **Diakonie**  **DIE JOHANNITER** 
Aus Liebe zum Leben

Ein weiterer wichtiger Aspekt erschien den Teilnehmenden, dass im Vorfeld eine möglichst umfassende Kooperation mit allen Beteiligten gewährleistet ist. Gerade im Bereich der ambulanten Altenpflege existieren kaum verlässliche Zahlen über Prävalenz und Verteilung spezifischer Behandlungsbedarfe (z.B. Heimbeatmungen, Demenzerkrankte) in der Region. Das führt regelmäßig bei Evakuierungen zu Versorgungsschwierigkeiten und wird umso bedrohlicher, je umfassender das Ereignis ist (z.B. langandauernder Stromausfall). Allen war aber auch klar, dass durch die extreme Arbeitsverdichtung kaum noch Redundanzen zur Kompensation in den ambulanten Diensten vorhanden sind und kaum zeitliche Kapazitäten, sich mit langwierigen Katastrophenplänen auseinander zu setzen. Hier wäre die Politik gefragt, ähnlich wie in der Krankenhausplanung eine analoge Form der Notfallversorgung der ambulanten und stationären Einrichtungen vorzuschreiben. Nur dadurch wäre gewährleistet, dass auch entsprechende personelle und materielle Ressourcen von den Kostenträgern finanziert würden. Klaus-Dieter Schinkel unterstrich den hohen Nutzen, wenn auch in Einrichtungen der Alten- und Behindertenhilfe Krisenlagen regelmäßig geübt würden.

Positiv wurde aber auch festgehalten, dass durch eine Kooperation zwischen Hilfs- und Wohlfahrtsorganisationen in vielerlei Hinsicht ein Nutzen generiert werden kann. Nicht nur alleine, dass sich in der Krise die Führungsverantwortlichen persönlich kennen (in der Krise Köpfe kennen), können beidseits vorhandene Ressourcen schnell und effizient eingesetzt werden. Auch der Aus- und Fortbildungsbereich der Hilfsorganisationen könnte durch die engere Einbindung von Fachkräften der Wohlfahrt Nutzen dadurch ziehen, dass der Umgang oder auch Spezialkenntnisse durch die Experten vermittelt werden können. Im Gegenzug wäre eine Unterstützung der lokalen Einrichtungen zur Vorbereitung auf Krisenfälle (Notfallpläne) durch die Hilfsorganisationen denkbar.

Eine Forderung aus der Wohlfahrt an die Hilfsorganisationen formulierte eine Teilnehmende so, dass der Inklusionsgedanke sehr viel stärker Berücksichtigung finden muss in allen (Notfall)Planungen.

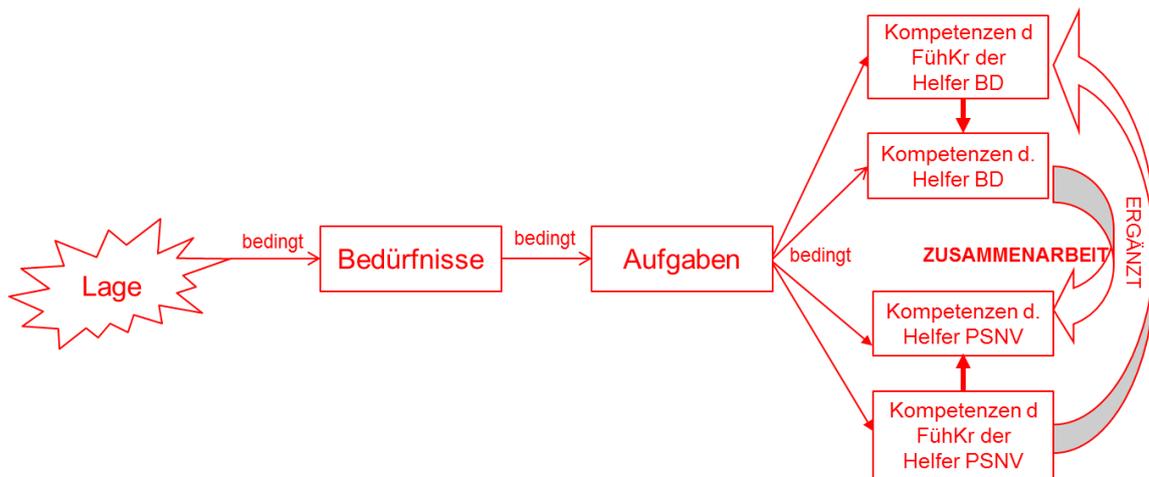
Das Thema der Betreuung und Versorgung gehandicapter Menschen bekam in der Generaldebatte später noch eine besondere Fußnote als es darum ging, ob es eine „Triage“ auch im Betreuungsdienst geben muss. Die JUH und die Diakonie haben hier klar Position bezogen und sich gegen jede Form einer „Kategorisierung“ eines Wertes eines Lebens ausgesprochen.

Workshop 4 THESE:

„Die mit den Betreuungsdiensten beauftragten Hilfsorganisationen sind auf die besonderen Anforderungen „vulnerabler“ Personengruppen (Demenz, Pflegebedürftigkeit, Handicaps...) unzureichend vorbereitet, Kooperationen zwischen den Hilfsorganisationen und den Wohlfahrtsverbänden sind (nicht nur) daher sinnvoll und für beide Seiten gewinnbringend.“

Workshop 5: Soziale Betreuung / PSNV

Der Workshop „Soziale Betreuung / PSNV“ hatte die Schnittstellen zwischen der „Sozialen Betreuung“ und der „PSNV“ thematisiert, und diese im Rahmen größerer betreuungsdienstlicher Einsätze reflektiert. Ziel war es, die Aufgaben und Fähigkeiten der beiden Dienste zunächst gesondert zu betrachten und herauszuarbeiten, um im Weiteren zu konkretisieren wie sich die Dienste optimalerweise ergänzen und unterstützen können. Als Umsetzungsmethode wurde das „World-Café“ angewandt. Der Ablauf des Workshops orientierte sich dazu an nachfolgendem Schema, das entlang einer antizipierten Chronologie eines möglichen Ereignisses reflektiert und ergänzt wurde.



Ausgehend von einer fiktiven **Lage**, welche in einem großen betreuungsdienstlichen Einsatz mündet, wurden zunächst die **Bedürfnisse**, welche auf Seiten der Betroffenen entstehen, antizipiert und inhaltlich aufwachsend beschrieben. Auf diesen Ergebnissen aufbauend wurden die daraus primär relevanten Aufgaben abgeleitet, welche sich dann konsekutiv im Rahmen der Betreuung von Betroffenen ergeben.

Folgende Zwischenergebnisse konnten festgehalten werden:

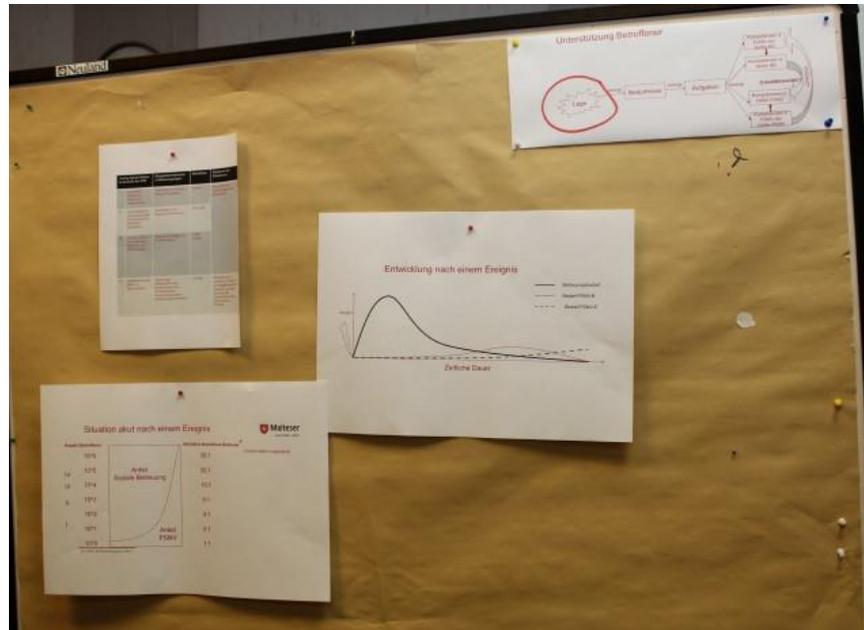
Als Lage bzw. als mögliches auslösendes Ereignis wurde ein kerntechnischer Unfall angenommen. Es wurden jedoch vorab auch andere mögliche Ereignisse z. B. Erdbeben, Sturmflut, Hackerangriffe, terroristische Angriffe oder eine Havarie in einem chemischen Betrieb als mögliche Auslöser diskutiert und benannt.

Als Bedürfnisse Betroffener wurden insbesondere Informationen, der Kontakt zu Angehörigen, der Austausch untereinander, Struktur bzw. Erwartbarkeit, Schutz, Sicherheit und eine allgemeine Grundversorgung (Kleidung, Hygiene, Lebensmittel, medizinische Versorgung) benannt.

Als Aufgaben für die Betreuung wurden insbesondere die Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs, Informationen, Ansprache, Stärken der Eigenverantwortung und die besondere Betreuung von Kindern/Alten/Kranken aus den Bedürfnissen abgeleitet.

In einem weiteren Arbeitsschritt reflektierten und diskutierten die WS-Teilnehmenden ausgehend von diesen Ergebnissen, wie sich die beiden Dienste Betreuung und PSNV im Sinne der vom Ereignis Betroffenen ergänzen können und welche Aufgaben primär durch welchen Dienst erfüllen werden könnten und sollten.

So wurde unter den WS-Teilnehmenden der Konsens erzielt, dass die Soziale Betreuung Betroffenen zunächst und in erster Linie **Sicherheit** durch die Schaffung einer sozialen Ordnung und Erwartbarkeit geben (Tagesstruktur, Sicherheit, regelmäßige und gesicherte Informationen usw.) können. Darüber hinaus wurde konsensiert, dass es zu den Aufgaben der Sozialen Betreuung gehören sollte zu erkennen, wann einzelne



Betroffene einen individuellen psychosozialen Hilfebedarf benötigen, um daraufhin konsekutiv und anlassbezogen PSNV-Fachkräfte zur Individualbetreuung hinzu zu ziehen. Diskutiert wurde darüber hinaus, welche Unterstützungsoptionen durch den Dienst PSNV neben anlassbezogenem Einsatz für Betroffene zu leisten sind. Hierzu wurde konsensiert, dass PSNV im Rahmen einer Fachberatung für Führungskräfte des Betreuungsdienstes unterstützen könnte, damit beispielsweise sich darstellende, konkrete Situationen von Betroffenen beobachtet und bewertet werden könnten. So würde möglich, dass ggf. auch präventiv und vorausschauend Maßnahmen fachberatend vorgeschlagen werden könnten.

Hoher Konsens der WS-Teilnehmenden fand sich in der Bewertung der PSNV zur Belastungseinschätzung eingesetzter Helferinnen und Helfer und insbesondere im Rahmen von Einsatzkräftebegleitung bzw. -Nachsorge. Aus Sicht der WS-Teilnehmenden sollten Fachkräfte der PSNV die Betroffenheit der Einsatzkräfte bewerten, die Führungskräfte der eingesetzten Einsatzkräfte beraten und in Rücksprache mit der Einsatzleitung ggf. notwendige Maßnahmen vorschlagen oder einleiten.

Im Rahmen des Workshops wurde aus Sicht der Teilnehmenden zudem deutlich, dass der Dienst „Soziale Betreuung“ fachlich gestärkt werden müsste, damit dieser den diskutierten Aufgaben entsprechend kompetent handeln kann. Hierzu wären Einblicke in die Dienst-Tätigkeiten anderer Fach-Dienste in der Schnittstelle zur sozialen Betreuung wichtige Bausteine.

Als weiteres Arbeitsergebnis des WS wurde vorgeschlagen, die Schnittstellen zwischen Betreuungsdienst und PSNV noch eindeutiger zu definieren.

Auftragsgemäß wurde das Arbeitsergebnis des WS abschließend in Vorbereitung der geplanten, den Workshops nachfolgenden Podiumsdiskussion in folgender These zusammengefasst:

Workshop 5 THESE:

„Die soziale Betreuung muss in Fachlichkeit, Kompetenzen und Aufgaben gestärkt werden. Soziale Betreuung muss Schnittstellen (z.B. PSNV) definieren und Kenntnisse über weitere Fachdienste haben, um diese vorher und im Einsatz adäquat einbinden zu können.“

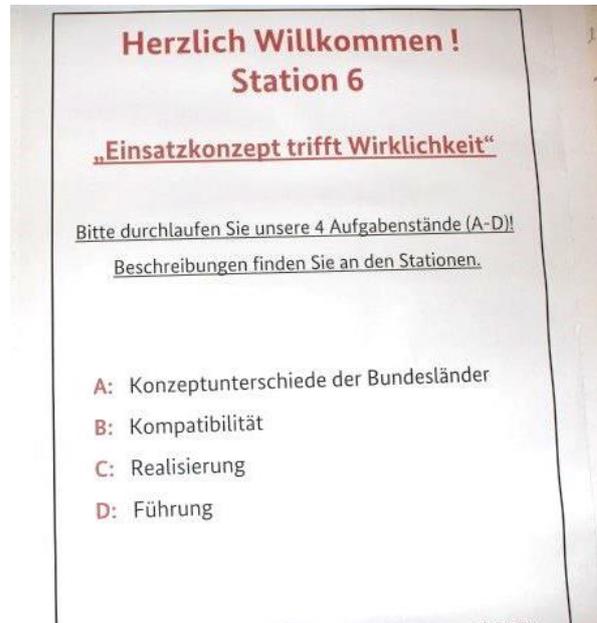
Zusammenfassung: Julian Brückner

Workshop 6: Einsatzkonzept trifft Wirklichkeit

Im Workshop 6 ging es um die Überprüfung, ob die vorhandenen Einsatzkonzepte für mögliche Einsatzszenarien im Betreuungsdienst anwendbar sind und um mögliche Veränderungsbedarfe.

Um möglichst viele Standpunkte zur Vorbereitung des Workshops einzuholen, wurden insgesamt 4 Fragestellungen in der Station 6 vorbereitet:

- A. Unterschiedliche Konzeptionen
(konzeptionelle Einheiten) der Bundesländer**
- B. Kompatibilität: wie kompatibel sind die
unterschiedlichen Konzeptionen?**
- C. Realisierung einer großen ad hoc-
Betreuungslage**
- D. Wie lassen sich große Betreuungslagen führen?
Gibt es aus Sicht der TN Regelungsbedarf?**



Die Ergebnisse wurden auf Flipchart-Blättern notiert und für den nachmittäglichen Workshop gemeinsam mit den Fragestellungen ausgehängen.

Grundsätzlich waren sich alle TeilnehmerInnen einig, dass eine ad hoc-Lage mit den bewährten Konzepten, ggfs. unter Zuhilfenahme überörtlicher Einheiten, zu bewältigen ist.

Jedoch waren sich alle Teilnehmer ebenso einig, dass die Durchhaltefähigkeit sowohl personell als auch materiell nach ca. 2 Tagen die größte Schwierigkeit darstellt.

Im Laufe der Diskussionen entwickelte sich die Fragestellung, ob eine Betreuungsdienst-Task-Force Wirklichkeit werden könnte.

Es herrschte Einigkeit darüber, dass eine vorgeplante zeitliche Aufteilung zwingend notwendig ist!

So wurde nach lebhafter Diskussion folgende Vorgehensweise, als eine mögliche Herangehensweise, für eine große Betreuungslage besprochen und vorgeschlagen:

0 h -48 h „ad hoc Betreuung“ Ausgangslage - Bewährte Konzepte der Länder – Kreise / kreisfreie Städte

Beispiel Betreuungsplätze 500 +++++ (ehrenamtliche Strukturen)

2 d – 16 d Übernahme durch Betreuungsdienst-Task-Force 5000 (BTF 5000)

(ehrenamtliche Strukturen)

Parallel

- Start Verwaltungshandeln zur Schaffung „neuer“ Strukturen / Infrastrukturen
- Aktivierung von Expertenpools
- Hilfestellung zur Selbsthilfe der Betroffenen
- Sukzessiver Personalaustausch EA – durch rekrutiertes hauptamtliches Personal (der Verwaltung)

Nach 16 Tagen Übergang von BTF 5000 auf Landes bzw. kommunale Strukturen.

Workshop 6 THESE:

„Könnte eine Betreuungs-Task-Force 5000 (BTF 5000) Wirklichkeit werden?“

Zusammenfassung: Frank Eichhorn

Workshop 7: Wahrnehmung des Betreuungsdienstes



Unter dem Titel „Wahrnehmung des Betreuungsdienstes“ wurde im Workshop 7 mit Sonja Sage (DRK) und Marcel Kübel (JUH) viel diskutiert. Als erstes wurde mit den Teilnehmern die aktuelle Wahrnehmung des Betreuungsdienstes in der Öffentlichkeit erfasst. Hier wurden Aspekte aufgeführt die von einer reinen Wahrnehmung als Sanitäter und Unbekanntheit der Betreuer, über einen Pflegedienst beziehungsweise Wahrnehmung als Betreuungskraft nach SGB, bis zu einem Materialorientierten und unspektakulären Fachdienst gehen. Häufig vergleichen auch viele den Betreuungsdienst mit einer Suppenküche.

Der Wunsch der Teilnehmer war einen Betreuungsdienst zu erhalten, welcher auf Augenhöhe dem spektakulären Rettungs- und Sanitätsdienst begegnen kann. Dies muss eine gemeinsame

Aufgabe aller Akteure im Bevölkerungsschutz sein. In der Arbeit des Betreuungsdienstes muss der Mensch mehr in den Fokus genommen werden und alle Fassetten des Betreuungsdienstes in die Öffentlichkeit getragen werden. Zum Betreuungsdienst darf nicht nur die Küche gehören, sondern auch die Arbeit am und mit dem Menschen. Bilder von großen Hallen, voller leerer Feldbetten, dürfen nicht die Darstellung des Fachdienstes sein.

Die hochkomplexe Tätigkeit mit einem hohen psychischen Einfühlungsvermögen muss intern eine höhere Anerkennung erfahren und diese muss dann auch nach außen gespiegelt werden. In der Marketingarbeit für den Betreuungsdienst, muss die Arbeit am Menschen im Fokus stehen.

Zusammenfassend wurde der Workshop mit dem Postulat beendet:

Workshop 7 THESE:

„Mit anderen auf Augenhöhe! Rettung für die Seele – Ein neuer Stellenwert für den Betreuungsdienst.“



Zusammenfassung: Marcel Kübel

„Der Workshop in einer Schlagzeile“ – 7 Thesen zu 7 Workshops

Workshop 1 THESE:

„Der Bevölkerungsschutz braucht Schutzziele!“

Workshop 2 THESE:

„Logistik im modernen Betreuungsdienst muss:
Mobil, flexibel, lernfähig, modular, organisations- und behördenübergreifend abgestimmt,
szenarienbezogen, angemessen, kompatibel sowie verpflichtend sein.
Hierzu bedarf es **allgemeiner Vorgaben.**“

Workshop 3 THESE:

„Die bestehenden guten Ausbildungskonzepte müssen inhaltlich harmonisiert werden.
Weiterhin muss eine KatS- und ZS-bezogene Ausbildung für Führungskräfte aufgesattelt werden, die
die Bewältigung von Lagen +5000 ermöglicht (Management von großen Lagen), dieses unter
Einbeziehung der Bevölkerung und von weiteren Fachkräften.“

Workshop 4 THESE:

„Die mit den Betreuungsdiensten beauftragten Hilfsorganisationen sind auf die besonderen
Anforderungen „vulnerabler“ Personengruppen (Demenz, Pflegebedürftigkeit, Handicaps...)
unzureichend vorbereitet, Kooperationen zwischen den Hilfsorganisationen und den
Wohlfahrtsverbänden sind (nicht nur) daher sinnvoll und für beide Seiten gewinnbringend.“

Workshop 5 THESE:

„Die soziale Betreuung muss in Fachlichkeit, Kompetenzen und Aufgaben gestärkt werden. Soziale
Betreuung muss Schnittstellen (z.B. PSNV) definieren und Kenntnisse über weitere Fachdienste haben,
um diese vorher und im Einsatz adäquat einbinden zu können.“

Workshop 6 THESE:

„Könnte eine Konzeption **Betreuungsdienst-Task-Force 5000** Wirklichkeit werden?“

Workshop 7 THESE:

„Mit anderen auf Augenhöhe! Rettung für die Seele.
Ein neuer Stellenwert für den Betreuungsdienst !?“

Kontakte:

Veranstaltungsort:

Rheinhotel Vier Jahreszeiten
Rheinstraße 11
53498 Bad Breisig
Tel.: 02633-607-0
Fax: 02633-607-100
E-Mail: rheinhotel@breisig.de
Internet: www.breisig.de

Ansprechpartner BBK/ AKNZ:

Inhaltliche Gestaltung:

Ulf Krüger
Tel.: 022899-550-5202
E-Mail: ulf.krueger@bbk.bund.de

Organisation:

Eckart Förster
Tel.: 022899-550-5150
E-Mail: planungsbuero@bbk.bund.de

Teilnehmer:

Oliver Gansen
Tel.: 022899-550-5170
E-Mail: teilnehmerbuero@bbk.bund.de

